

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 18. Februar 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

#### Zur Eröffnung des britischen Parlaments.

London, 14. Februar. (Eig. Ber.)

Unter der jetzt üblich gewordenen monarchischen Präsidentschaft wird sich König Eduard VII. nächsten Dienstag, den 17. Februar, nach dem Parlament begeben, um die Session zu eröffnen. Gleichzeitig bereiten sich auch die Arbeitslosen vor, eine ihrer üblichen Demonstrationen abzuhalten und an demselben Tage in starker Zahl durch die Hauptstraßen Londons zu marschieren. Selbstredend trifft die Polizei die nötigen Maßregeln, um einen Zusammenstoß oder auch nur ein Begegnen zwischen der Prozession des Glends und der Pracht zu verhindern.

Die bevorstehende Tagung wird ein umfangreiches Arbeitspensum zu erledigen haben: das Budget, die Schulvorlage für London, die irische Landbill und vielleicht auch die Novelle zum Trades-Unions-Gesetz. Außerdem eine ganze Reihe kolonialer und auswärtiger Fragen: Südafrika, Venezuela, Marokko, die Türkei und Persien. Gar manche unangenehme Viertelstunde wird den Ministern das deutsch-englische Zusammengehen gegen Venezuela bereiten. Denn der Widerwille gegen Deutschland hat hier einen Grad erreicht, gegen den mit Vernunftgründen nichts auszurichten ist. In diesen Punkten giebt es fast keinen Meinungsunterschied mehr. Leute, die sonst selbständig urteilen und durch Beobachtung und Studium zu gewissen festen Grundgedanken in der auswärtigen Politik gelangt sind, verlieren alle Ruhe, sobald sie auf Deutschland zu sprechen kommen. Jede deutsche Kundgebung wird von ihnen als ein dunkler Zug behandelt, aus dem man irgend einen verteuft tiefstimmigen Gedanken herauszufischen bemüht ist. Die deutschen Diplomaten haben keine Ahnung, für wie gehässigt man sie hier hält. So wird in London angenommen, daß die Expedition gegen Venezuela gar nicht gegen Castro, sondern gegen die Monroe-Doktrin gerichtet gewesen wäre; ferner daß England vom Kaiser mitgeschleppt worden wäre, um es mit den Vereinigten Staaten zu entzweien. Der konservative Abg. Gibson-Vomles und der liberale Henry Norman werden wahrscheinlich den Unterstaatssekretär Lord Cranborne mit diesen Fragen bestärken. Dann driften Prozedonien und die Darstellungen zum Gegenstande parlamentarischer Anfragen und Diskussionen werden. In den letzten Wochen hat der Pariser Korrespondent der „Times“ Anstrengungen gemacht, eine gewisse Verständigung zwischen England und der Türkei anzubahnen. Er sieht offenbar in Verbindung mit den liberalen Elementen der Pforte, die das Herannahen der Krise in der orientalischen Frage zu Reformzwecken auszunutzen möchten. Schließlich wird in der kommenden Session viel von Persien die Rede sein, wo England, nach vollständiger Beherrschung Teherans, auch den Süden in Beschlag nimmt. Der Persische Meerbusen ist der einzige Punkt, um den England in einen Krieg gehen würde. Der Zugang zu Indien wird die englische Diplomatie ohne einen Kampf auf Tod und Leben nicht preisgeben. Am Persischen Golf und nicht am Bosphorus ist die Kriegsgefahr zwischen den beiden Großmächten zu suchen. Ueber Südafrika wird Mr. Chamberlain dem Parlamente Bericht erstatten, ohne Zweifel zur Zufriedenheit der großen Mehrheit des Landes.

Die Thronrede wird sich besonders mit der Schulvorlage für London und mit der irischen Landbill beschäftigen. Ob auch mit einem Versprechen, das Arbeiterrecht klarzustellen und zusammenzufassen, läßt sich nicht voraussagen. Es wäre gar kein ungehöriger Schatz der konservativen Regierung, wenn sie eine derartige legislative Arbeit in Aussicht stellen sollte. Sind doch einige konservative Abgeordnete bereit, viel weiter zu gehen und das Gewerkschaftsrecht aus den Jahren 1871-75 wiederherzustellen. Mr. Nuttford, der vor wenigen Wochen gewählte konservative Abgeordnete in West-Devon, gab den Trades-Unionsisten das bindende Versprechen, für ihre einzubringende und im „Vorwärts“ abgedruckte Novelle (Trades Disputes Act) zu stimmen. Dagegen hat Mr. Asquith, der Minister des Innern im letzten liberalen Kabinett, kürzlich in einer Versammlung erklärt, daß eine Beseitigung des Grundgedankens des Taff-Bale-Entscheids unmöglich sei; die öffentliche Meinung würde es nicht begreifen, daß eine Vereinigung, die große Geldmittel verwaltet, nicht für ihre Handlungen verantwortlich sein sollte. Diese Ansicht ist fast eine allgemeine. Und wenn hier und da Stimmen laut werden, die eine Wiederherstellung des alten Rechts verlangen, so geschieht dies nur, weil einige unachtige Politiker fürchten, der Taff-Bale-Entscheid würde die Trades-Unions ins sozialistische Lager treiben. Die britischen Gewerkschaften hatten in der That in den letzten Jahren eine bevorrechtete Stellung inne, die das britische Kapital gegen den Ansturm des Sozialismus schützte. Diese Stellung wird jetzt durch das Kapital selbst erschüttert. Letzten Mittwoch, den 11. Februar, verständigten sich die Führer der britischen Eisenbahner mit dem Direktor der Taff-Thal-Bahn dahin, daß die Gewerkschaft die Summe von 23 000 Pfund Sterling an die Bahngesellschaft zahlen soll. Rechnet man noch die Kosten hinzu, die die Arbeiter auf die Prozeßführung ausgaben, so dürfte sich der Verlust der Gewerkschaft auf mindestens 33 000 Pfund Sterling (600 000 M.) belaufen. Ebenso ist der Denaby-Streik verloren, da das Appellgericht das Urteil der ersten Instanz bestätigte. Die Arbeitervertreter hätten demnach die ernstesten Gründe, unermüdlich im Parlamente für ihre Novelle thätig zu sein. Allein wir glauben nicht allzu pessimistisch zu sein, wenn wir behaupten, daß diese Sachlage von den britischen Arbeitern noch nicht begriffen worden ist.

Die kommende Schulvorlage für London wird ohne Zweifel das neue Schulgesetz für England und Wales zum Muster haben. Die kirchlich-freiwilligen Schulen werden auf Kosten der Gemeinde und des Staates unterhalten werden, während die Schulkommission

(School Board) durch eine von den Vertretern der 28 Gemeinden Londons ernannte Körperschaft ersetzt werden wird. Neben dem Grasshoftsrat war die School Board die vorgeschrittenste Behörde der britischen Metropole. Sie wird nunmehr einer reaktionären, „sparsamen“ Verwaltung Platz machen müssen.

Ungleich günstiger sind die Aussichten für Irland. Die allgemein erwartete Landbill dürfte einen umfassenden Plan zum Auslauf der irischen Grundherren enthalten. Die Einleitung zu dieser Gesetzgebung ist die teilweise Beseitigung des Ausnahmegesetzes und die Entlassung von drei Abgeordneten aus dem Gefängnis. Das Ausnahmegesetz hat jetzt seinen Sinn vollständig verloren. Es hatte den Zweck, die Grundherren gegen die Pächter zu schützen. Nachdem in den letzten Wochen die Vertreter beider agrarischen Interessengruppen friedlich zusammengearbeitet und sich auf einen Auslaufplan geeinigt hatten, ist auch der letzte Grund zur Aufrechterhaltung der Verbots-Akte verschwunden. Die fortgesetzte irische Auswanderung und die verschiedenen Bodenreform-Gesetze der letzten 30 Jahre haben die Grundherren mürbe gemacht. Ueber die Einzelheiten der kommenden Landbill liegt nichts Positives vor. Bekannt ist nur, daß die Grundherren bereit sind, ihre Ländereien zu verkaufen und zu diesem Zwecke in eine bedeutende Herabsetzung der Miete einzuwilligen, die die Grundlage des Kaufschillings werden soll. Ferner ist bekannt, daß die britischen Steuerzahler mindestens 25 Jahre lang gewisse Zuschüsse werden leisten müssen, um den irischen Grundherren ein standesgemäßes Einkommen zu sichern. Auf irgend welchen Widerstand wird die Bill im Parlamente kaum stoßen, da England der irischen Agitation müde ist. Sowohl die Konservativen wie die Liberalen sind entschlossen, dem irischen Glend ein Ende zu machen. Auch in Irland ist ein Umschwung der Stimmung sichtbar. Nach dem Februarheft der „Nineteenth Century“ war ein oppositioneller irischer Führer mit dem Ergebnis der gemeinsamen Konferenz so zufrieden, daß er begeistert erklärte: „Es ist das erste Mal in meinem Leben, daß ich mit aufrichtiger Freude ausrufen kann: Gott erhalte unsren König!“ Irland wird loyal. Mr. John Redmond, der parlamentarische Führer der Iren, ist sogar Imperialist. Nach Ablösung der irischen Grundherren und der Verwandlung der Pächter in Bauern wird Irland eines der reaktionärsten Länder der Kulturwelt sein. Dort werden sich alle die in unserer Zeit freiheitsfeindlich wirkenden Kräfte vereinigen finden: Katholische Kirche, Nationalismus und Kleinbauernum. Es wird interessant sein zu sehen, ob die Bill auch das Landproletariat berührt.

Die kommende Parlamentssession kam durch die Annahme der irischen Landbill geschichtlich denkwürdig werden. Sie kam Jahrhunderte von Unrecht beseitigen und den unterdrückten Klassen und Völkern eine Ermütigung und eine Lehre sein, daß festes, klares Wollen, verlorpört in einer mächtvollen politischen Organisation schließlich zum Siege führen muß.

#### Die Thronrede

beschäftigte sich zunächst in allgemeinen Wendungen mit dem Venezuela-Konflikt, dessen befriedigenden Abschluß sie begrüßt. Sie fährt dann fort: Der Zustand der europäischen Provinzen der Türkei giebt Anlaß zu erster Besorgnis. Ich habe mich aufs Beste bemüht, dem Sultan und seinen Ministern die dringende Notwendigkeit praktischer, wohl-erwogener Reform-Maßnahmen vorzustellen. Die Regierungen von Oesterreich-Ungarn und Rußland haben Erwidrungen darüber angestellt, von welchen Reformen es wünschenswert wäre, daß die Mächte, die am Berliner Vertrag teilgenommen haben, sie dem Sultan zur sofortigen Annahme empfehlen. Ich vertraue, daß die gemachten Vorschläge sich für den Zweck als ausreichend erweisen werden und daß ich es möglich finden werde, ihnen meine Unterstützung zu leisten. Die Thronrede spricht sodann das Bedauern des Königs aus, daß die Bemühungen der britischen Regierung, zusammen mit der türkischen Regierung eine gemeinsame Festsetzung der Grenzen des Hinterlandes von Aden durchzuführen, bisher noch zu keiner Abmachung geführt hätten; die Verhandlungen über den Gegenstand würden dringlich betrieben.

Die Rede erwähnt sodann die Landung von englischen Truppen in Ochia zum Zwecke eines Vorgehens gegen den Rulah, hebt die Mithridat-Italien bei diesem Unternehmen hervor und giebt der Hoffnung Ausdruck, daß diese Operationen das Ergebnis haben werden, die Stämme in den Protektoraten Englands und Italiens vor weiterer Verwilderung zu bewahren. Die Entwicklung in Südafrika schreite in befriedigender Weise fort. Der Besuch des Kolonialministers habe daselbst bereits die besten Ergebnisse gezeitigt. Wasdan bespricht die Thronrede die Expedition nach Kano, welche hervorgerufen worden sei durch die feindselige Haltung des dortigen Emirs. Hierauf kommt der König auf die Kronungsfeierlichkeit in Delhi zu sprechen, deren Glanz beispiellos gewesen sei und bei der von den tributpflichtigen Fürstlichkeiten und Häuptlingen und allen Klassen der indischen Bevölkerung erfreuliche Kundgebungen der Loyalität und Hingebung dargebracht worden seien.

Die Thronrede bemerkt sodann bezüglich des Budgets, obgleich daselbe mit gebührender Rücksichtnahme auf die wirtschaftliche Lage aufgestellt sei, möchten doch die Bedürfnisse des Landes und des Reiches große Ausgaben untermeidlich. Unter den Vorlagen, welche die Thronrede anstündlich befindet sich eine solche zur Erleichterung des Verkaufs von Farmen an die Pächter in Irland sowie eine Vorlage zur Vervollständigung der in der letzten Session beschlossenen Unterichtsreform durch Ausdehnung derselben auf London.

#### Politische Uebersicht.

Berlin, den 17. Februar.

Reichstag.

Erst am Mittwoch wird die sozialpolitische Generaldebatte, die sich beim Gehalt des Staatssekretärs des Innern am Sonnabend

#### Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgepaltenen Kolonialzettel oder deren Raum 40 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Berichts- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort frei). Inzerate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 6 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch-Adresse:  
„Socialdemokrat Berlin“.

vor acht Tagen entsponnen hat, ihr natürliches Ende finden. Die Mehrheit ist zwar schon lange auf dem Sprunge, Schluß zu machen, aber dem Willen fehlt die Kraft: ihre Mitglieder sind nicht zur Stelle zu bringen.

Nach am Dienstag waren die Verhandlungen von zwei socialdemokratischen Reden eingrahmt: an erster Stelle sprach Genosse Sachse, an letzter Genosse Jubel. Der polemische Teil der Sachseschen Rede galt den Reden der Süder, Hilber, Pehl und Stödel und brachte neues Material zur Beurteilung der Kruppischen Wohlfahrtsanstaltungen bei. Seine sozialpolitischen Ausführungen behandelten den Normalarbeitstag, die Arbeiterkontrolle in der Gewerbe-Aufsicht und besonders die Lage der Vergarbeiter. Hier beschwerte sich unser Redner über die mangelhafte Gruben-Inspektion, die hier und da sogar den Namen der beschwerdeführenden Arbeiter vor der Grubendirektion nicht geheim zu halten scheine, und über das Strafwesen auf den Gruben. Den glänzenden Ueberschüssen der Vergwerke stellte er die Lohnreduktionen und Feterschichten gegenüber, unter denen die Arbeiter zu leiden haben. Zum Schluß forderte er schärfere hygienische Vorschriften und strengere Jarmehaltung der zur Verhütung der Wurmtauheit getroffenen Maßnahmen.

Zwei Regierungsvertreter antworteten ihm. Was der preussische Oberbergamt-Präsident über die Unfallversicherung im Bergbau zu sagen hatte, blieb ganz sein Geheimnis; auch im Saale machte er sich nur seinen nächsten Nachbarn verständlich. Der sächsische Geheimrat Dr. Fischer polemisierte gegen diesmalige und frühere socialdemokratische Reden; von welchem Geiste diese Polemik getragen war, davon zeugte die Verteidigung der Siemensischen Aktiengesellschaft für Glasindustrie, die der Herr Geheimrat vornahm. Er berief sich unserm Genossen Horn gegenüber auf eine Erklärung dieser Gesellschaft, worin sie versichert, daß es ihr niemals eingefallen sei, das Koalitionsrecht ihrer Arbeiter zu beschränken, sie werke bloß diejenigen Leute heraus, deren Agitation ihr nicht passe. Wenn nun die socialdemokratische Kritik nicht verstummt, liegt es nicht an Herrn Fischer, der selbst den genialen Ausdruck des sächsischen Oberbürgermeisters in seinen amtlichen Schutznahm, wonach den Frauen keine weiteren Rechte zu gewähren sind, weil sie sonst Uebermenschen gebären würden.

Zwischen die kurzen Reden des wildliberalen Abg. Schwarz-München, der sich gegen den Befähigungsnachweis erklärte, und des Centrumsabgeordneten Euler, der den gegenentwärtigen Standpunkt verttrat, schob sich eine längere Philippika des Reichsportierers und Konfistorialrats Dr. Stodmann gegen die Socialdemokratie ein. Die Rede war für diesen Vertreter des offiziellen Christentums, der sich auf seine Schläuheit bei den Politaris-Verhandlungen so viel zu gute gethan hatte, recht unklug. Er war unvorsichtig genug, aus seinem eignen Wahlkreise von Landarbeitern zu berichten, die einmal socialdemokratisch gewählt hätten, um es nie mehr wieder zu thun. Es handelt sich um den holsteinischen Wahlkreis Heiligenhafen-Rustadt. Dort wurde im Jahre 1874 unser Parteigenosse Reimer in den Reichstag gewählt. Die Folge war, daß die Justizseite von den Gutsherren mit unerhödeter Grausamkeit gemahregelt wurden. 8-900 Familien wurden mitten im Winter aus den Gutswohnungen vertrieben, und als im Jahre 1877 die Neuwahl kam, wurde von den Herren erklärt, daß sie so viele Arbeiter auf die Straße werfen würden, als socialdemokratische Stimmen in jedem Stützbezirk abgegeben würden. Diese Drohung veranlaßte damals die socialdemokratische Partei selber, ihren Anhängern den Rat zu geben, sich der Wahl lieber zu enthalten, als sich der Brutalität dieser holsteinischen Elladenhalter auszuliefern. Mit solchen Erinnerungen kann man wirklich keinen Staat machen. In der Darstellung des Herrn Stodmann ist von diesen Thatsachen nicht die Rede, da ist es die bessere Einsicht der Landarbeiter, die nun lieber ihre Beiträge in die Sporkasse frage, statt sie der Partei zur Verfügung zu stellen. Auch im übrigen sprach Herr Stodmann wie ein politischer Schlachzige von dem Koalitionsrecht der Landarbeiter. Sein Programm ist, daß der strafrechtliche Kontraktbruch der Landarbeiter in allen Staaten, in denen er noch nicht eingeführt ist, schleunigst eingeführt wird. Die Rede klang aus in einen komischen Appell an die Kriegervereine, an deren Felsen sich die Wogen der Socialdemokratie brechen würden.

Genosse Jubel rechnete sehr wirkungsvoll und drastisch mit Herrn Stodmann ab und gab ein ungeschminntes Bild von der trostlosen Lage der Landarbeiter, vor allem von der Beschaffenheit der Wohnungen, die Herr Camp so überaus gerühmt hatte. Unser Redner brachte schließlich noch die Verhältnisse der Ziegelei- und Mühlenarbeiter zur Sprache und kritisierte die milden Strafen, die deutsche Richter gegen Unternehmer wegen Uebertretung der Arbeiter-Schutz-Gesetze verhängen. Hier traf ihn ein ganz unmotivierter Ordnungsruf des nationalliberalen Vizepräsidenten Büsing.

#### Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus begann am Dienstag die zweite Lesung des Etats des Handelsministeriums. Die Debatte über die Einnahmen setzte programmmäßig mit einer Rede oder vielmehr mit der Rede des Abg. Jellisch (L.) über die Notwendigkeit der Einführung des Befähigungsnachweises für das Baugewerbe ein. Abg. Wallbrecht (natl.) bemühte sich, an der Hand seiner 40jährigen praktischen Erfahrungen, dem Untel Jellisch begreiflich zu machen, wie unsinnig ein solches Verlangen sei. Jrgend welchen Eindruck wird er damit kaum erzielt haben.

Zu dem Ausgabebetitel „Minister“ lag ein Antrag Deser (Hosp. d. fr. Vp.) und Genossen über zollfreien Veredelungsverkehr vor. Wie zu erwarten war, kam es bei der Beratung dieses Antrages zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen den Freunden und den Gegnern der Kartelle. Daß dabei etwas Neues zu Tage gefördert ist, kann man beim



besten Willen nicht behaupten. Die Anhänger der Kartellwirtschaft halten es nach wie vor für eine Verhätigung des höchsten Patriotismus, an das Ausland billiger zu verkaufen, als an das Inland. Viel wichtiger als die Herbeiführung billiger Inlandspreise erscheint es ihnen, den Bestrebungen auf Verkürzung der Arbeitszeit und auf einen Ausbau der sozialen Gesetzgebung entgegenzutreten. Insbesondere war es der freikonserervative Kommerzienrat Borster, der diesem Verlangen Ausdruck gab. Sein Fraktionsfreund Gamp schloß sich den Mägen über die hohe Belastung von Industrie und Landwirtschaft durch die allgemeine Schulpflicht, die Wehrpflicht, die öffentliche Armenpflege und die sozialpolitischen Gesetze an. Wenn wir nicht sehr irren, hat er dasselbe Mägel erst vor wenigen Wochen im Reichstage angestimmt.

Abg. Defer zog seinen Antrag, nachdem er eingesehen hatte, daß an seine Annahme nicht zu denken sei, zurück.

Zu einem heiteren Schauspiel kam es in der zweiten Hälfte der Sitzung, als sich ganz plötzlich und unerwartet ein Unwetter über den unglücklichen Handelsminister entlud. Abg. Herold (C.) richtete heftige Angriffe gegen den Minister, weil er in öffentlicher Rede zu den Kartellen Stellung genommen hat, obwohl gerade jetzt eine Enquete darüber veranstaltet wird. Ganz besonders erbost aber ist der Centrumsagrariar darüber, daß Herr Möller kürzlich die Kaufleute aufgefordert hat, für eine bessere Vertretung ihrer Interessen im Auslande zu sorgen. Sowohl Abg. Herold als auch Abg. von Seydebrand (L.) thaten so, als ob es etwas ganz Unerhörtes ist, wenn Minister in Preußen öffentlich Wahlplagiate treiben. In Wirklichkeit sind sie natürlich nur deshalb mit Herrn Möller unzufrieden, weil er nicht für den Bund der Landwirte agitiert hat. Wir sind es doch längst gewohnt, daß nicht nur die verantwortlichen Minister, sondern auch die unverantwortliche Stelle in Festreden ihre Ansichten über alle möglichen Fragen äußern. Warum also auf einmal so fittlich entrüstet? Warum auf einmal so aufgeregt, daß bei uns so viel geredet wird? Und gerade Herr Möller hätte es doch am ehesten verdient, daß die Agrarier ihn etwas weniger unfaßlich anfaßen. Ist er es doch, der seiner Zeit als einfacher Abgeordneter den Aufruf zur Sammelpolitik erlassen hat, zu jener Politik, die schließlich in dem Buchertarif ihre Krönung fand!

Die Debatte wird am Mittwoch fortgesetzt.

**Neue Zettelungen gegen die Geschäftsordnung des Reichstages.** Im ehrenwerten Centrum besteht die Absicht, die Ordnung des Reichstages vollends zu zerstören und die parlamentarischen Verhandlungen zur Lächerlichkeit herabzuwürdigen. Die „Germania“ veröffentlicht einen Artikel „aus parlamentarischen Kreisen“, der die geheimen Umtriebe der reaktionären Unsturzleute in auffälliger Weise ausplaudert. Der Artikel teilt zunächst mit, es sei „in den Kreisen der Mehrheitsparteien des Reichstages erwogen worden, daß die bereits vorgenommene Abänderung der Geschäftsordnung noch weiter vervollständigt werden sollte, um den tatsächlichen Vorgang der Verhandlungen zu sichern und einer Obstruktion wirksam zu begegnen.“ Es wird dann der Vorschlag einer Beschränkung der Redezeit auf eine Stunde besprochen, aber als unzumutbar verworfen. Dafür wird folgende Bestimmung in Vorschlag gebracht:

Vor Eintritt in die Diskussion eines Antrages, einer Vorlage, eines Amendements oder bestimmten Abschnittes (Artikels) könne der Reichstag auf schriftlichen Antrag von 30 Mitgliedern das Höchstmaß der Zeit bestimmen, für welche jedem Redner das Wort erteilt werden soll. Dieser Antrag soll allen anderen Vorschlägen und Wortmeldungen vorgehen. Ein Redner dürfe für und einer gegen diesen Antrag, jeder höchstens 10 Minuten sprechen; dann erfolgt sofort Beschluß durch Aufstehen oder Sitzenbleiben.

Es soll also jedesmal beschlossen werden, ob 10, 15, 20, 25, 30 Minuten gesprochen werden dürfe. Diese Regelung habe, sagt der Centrumsparlamentarier, den Vorzug „absoluter Unparteilichkeit“. Die Unparteilichkeit würde darin bestehen, daß die famosen Mehrheitsparteien sich für ihre eignen Anträge ihnen beliebende Redezeit und für die ihnen unangenehmen Anträge eine möglichst kurze Redezeit bewilligen würden, die sich schließlich auf eine halbe Minute zurückführen ließe.

Im übrigen bedarf der reizvolle Vorschlag nicht der ernsthaften Besprechung, da das Centrum in seinen Vergeßlichkeitsneigungen dem doch nicht thöricht genug sein wird, ihn durchzuführen. Die Centrumsleute werden sich selbst sagen, daß eine solche Bestimmung ein sehr geeignetes Mittel zur Verschleppung der Reichstags-Verhandlungen werden könnte. Die Bedeutung des Vorschlags liegt nur darin, daß das Centrum das Geständnis weiterer Vergeßlichkeitsneigungen offen ablegt. Am Schluß des Artikels verabschiedet der Verfasser seine Offenherzigkeit also:

„Selbstverständlich blieben dadurch noch eine Reihe von anderen Wünschen auf Verbesserung und Abänderung der Geschäftsordnung, insbesondere hinsichtlich der Pünktlichkeit der namentlichen Abstimmungen, der Feststellung der Beschlußfähigkeit und ähnlicher Punkte, unerfüllt. Auch für diese und andere Vorschläge liegen bereits ausgearbeitete Abänderungsvorschläge vor, auf die wir vielleicht demnächst zurückkommen werden.“

Das ausschlaggebende Centrum ist zu sein, um die Regierung zur Bewilligung von Diktanden zu nötigen. Da aber seine Abgeordneten sich hartnäckig weigern, ohne Diktanden ihre parlamentarische Pflicht zu erfüllen und in Berlin zu erscheinen, wodurch die Mehrheitsparteien leicht die ihnen nicht beliebende Länge dieser oder jener Debatte kürzen könnten, so will diese Partei „für Wahrheit, Freiheit und Recht“ die noch übrig gebliebenen Rechte der Reichstags-Vorladung für ihre eigne Zümmlichkeit und Pflichtvergessenheit büßen lassen.

## Deutsches Reich.

### Das Reichsdefizit von 1902.

Der Budgetkommission des Reichstages ist das mutmaßliche Ergebnis des Reichshaushalts für das Rechnungsjahr 1902 auf Grund der Dezember-Abkässe übermittelt worden. Danach belaufen sich im „eigenen Reichshaushalt“ die Mehrausgaben auf 10.207.000 M. Davon kommt ein Mehr von 6.114.000 auf die Verwaltung des Reichsheeres und ein Mehr von 2.745.000 auf die Verzinsung des Reichsschulds. Minder ausgaben sind nirgends gemacht worden.

Die Mehreinnahmen, die besonders und der Reichsbörsensteuer, Draufsteuer und der neuen Schaumweinsteuer rühren, betragen 9.617.000 M. Die Minder einnahmen aber 33.504.000 M. Hiervon kommen auf die Zuckersteuer 15.703.000 M., auf die Draufsteuer 2.084.000 M., auf Post- und Telegraphen-Verwaltung 3.700.000, auf den Gewinn aus der Reichsbank ca. 8 Millionen Mark.

Es bleibt also im ganzen Einnahmebudget eine Mindereinnahme von 23.887.000 M. Diese und die oben bezifferte Mehrausgabe ergeben zusammen einen Fehlbetrag von 34.094.000 Mark. Die Ueberweisungsteuern betragen, vornehmlich infolge der Mehreinnahmen aus den Zöllen, 5.536.000 Mark.

### Auf den Scheiterhaufen!

Wahrhaft mittelalterlich mutet der Kampf des Bischofs Korrum gegen die staatliche höhere Mädchenschule in Trier an. Diese Schule ist nicht etwa konfessionslos, sondern lediglich paritätisch, d. h. die SchülerInnen erhalten nach ihrer Konfession Religionsunterricht. Die Kirche aber will eine rein katholische Schule. Und weil der Staat für die Entwicklung der paritätischen Schule weitere Gelder hergeben

will, darum wurde in allen Pfarrkirchen der Stadt Trier von der Kanzel, wie schon kurz erwähnt, folgende Bekanntmachung verlesen:

„Die heiligste Pflicht der Eltern ist die gute Erziehung ihrer Kinder. Die Religion muß aber die Grundlage der Erziehung bilden. Nach wiederholten Entscheidungen der Kirche ist es katholischen Eltern nicht erlaubt, ihre Kinder in nicht-katholische oder konfessionslose Schulen zu schicken, besonders wenn an denselben Orte katholische Schulen vorhanden sind. Dieser Grundsatz gilt auch für Trier und für die hiesige konfessionslose höhere Mädchenschule und kann nicht abgeändert werden. Daher erklären die Pfarrer der Stadt Trier im Anschluß an den Erlaß des hochwürdigsten Herrn Bischofs: Wenn katholische Eltern ihre Kinder ohne die wichtigsten von der Kirche anerkannten Gründe, welche für schulpflichtige Kinder höchst selten gelten können, und ohne die notwendigen Vorkehrungsmaßnahmen dieser Schule überweisen, so verdrängen sie sich schwer und können im Sakramente der Buße nicht losgesprochen werden. Demnach bitten und beschwören die Pfarrer der Stadt Trier die katholischen Eltern, dieser ihrer heiligsten Pflicht und ihrer Verantwortung vor Gott doch eingedenk zu sein.“

In der nationalliberalen Presse entziffert man sich stark. Die „National-Zeitung“ droht mit dem sogenannten Kanzelparagraphen (§ 180a des Strafgesetzbuches), der lautet:

Ein Geistlicher oder anderer Religionsdiener, welcher in Ausübung oder in Veranlassung der Ausübung seines Amtes öffentlich vor einer Versammlung, oder welcher in einer Kirche oder an einem andern zu religiösen Versammlungen bestimmten Orte vor mehreren Anwesenden des Staats in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise zum Gegenstande einer Verurteilung oder Erörterung macht, wird mit Gefängnis oder Festungshaft bis zu zwei Jahren bestraft.

Gleiche Strafe trifft denjenigen Geistlichen oder andern Religionsdiener, welcher in Ausübung oder in Veranlassung der Ausübung seines Berufs Schriftstücke ausgiebt oder verbreitet, in welchen Angelegenheiten des Staats in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise zum Gegenstande einer Verurteilung oder Erörterung gemacht wird.

Und bereits ist im Abgeordnetenhaus folgende Interpellation Borgmann und Genossen (natl.) eingegangen:

„Hat die Staatsregierung Kenntnis genommen davon, daß der Bischof von Trier den Eltern von Kindern, welche eine staatliche Schule besuchen, die Absolution verweigert hat, und welche Maßnahme beabsichtigt die Regierung gegen diese geistlichen Uebergriffe zu ergreifen?“

Die liberale Bourgeoisie in der Zeit des heiligen Paasche ist längst unfähig und unwillig geworden, einen ernsthaften Kampf gegen den Merkantilismus zu führen. Und die plötzliche Sturmluftentladung ist um so spärlicher in einem Augenblick, da dieselben Liberalen, trotz aller Abkennungen, wie wir bestimmt wissen, mit dem Centrum (und den Konservativen) einen Wahlkampf organisieren, der die Fortsetzung des Protowahlertricks gegen die Sozialdemokratie darstellt.

**Das Centrum und die Polen.** Das Centrum fürchtet sich vor den polnischen Kandidaturen in Oberschlesien. So macht es jetzt, während es im Abgeordnetenhaus nur sehr sanft auftrat, in der Presse frampshafte Versuche, die katolische Polenpolitik der Regierung zu bekämpfen. Anlässlich des Sturzes des Oberpräsidenten Ritter schreibt die „Germania“ einen langen Zeilartikel, in dem sie die Hoffnung ausspricht, daß das neue Oberpräsidium nicht ein Hauptquartier eines radikal-fanatischen Geistes im Galatismus, sondern eine Stätte des Rechts und der Gerechtigkeit werde, und in diesem Sinne zugleich ein Hort des Friedens und der Versöhnung sein werde.

Das Centrum ist als Regierungspartei nicht nur zwischen Arbeiter und Bauern geraten, sondern hat es auch mit den Polen verdorben, auf deren Wahlhilfe es angewiesen ist. Mit einem leisen Widerspruch gegen die Regierungspolitik in der Polenfrage ist es aber nicht geblieben. Diese Politik ist prinzipieller Natur und man kann nicht zugleich eine Regierungspartei sein und ihren Galatismus bekämpfen. Das Centrum kommt in seinem Bemühen, es allen recht zu machen, nachgerade in die Lage, es mit allen zu verderben.

Am den Freiherrn v. Hehl richtet die „Wormser Volkszeitung“ eine offene Erklärung, in der sie ihn auffordert, seine Reichstags-Ansprüche über das Koalitionsrecht seiner Arbeiter und die „Verleumdungen“ des „Schandblattes“ außerhalb des Schutzes der Immunität zu wiederholen. Sie würde dann Herrn v. Hehl verurteilen und den Beweis für ihre Behauptungen vor Gericht führen.

Im übrigen hält die „Wormser Volkszeitung“ aufrecht, daß Herr v. Hehl in seinen Fabriken das Koalitionsrecht der Arbeiter auf alle Weise unterdrücke.

**Großes Heil widerfahren ist,** so berichtet man uns aus Halle, den Halleischen Freiwilligen. Ihr Stadtverordneter Richter ist heute nunmehr auf Verlangen des Stadtverordneten-Kollegiums bei dem Minister zum unbedingten Stadtrat befähigt worden. Der Regierungspräsident von Merseburg, Freiherr v. d. Rede, der die Befähigung ohne Angabe von Gründen verweigerte, ist hierdurch als reaktiviert anzusehen.

### Chinaprozess des „Vorwärts“.

Das Reichsgericht vertwarf am Dienstag die Revision des Redakteurs des „Vorwärts“, Wilhelm Schröder, der durch das Urteil des Landgerichts Berlin vom 18. Juli v. J. wegen angeblicher Verleumdung des Ostasiatischen Expeditionskorps zu vier Monaten Gefängnis verurteilt war. Es handelte sich in der Revisionsinstanz vornehmlich noch um die Frage, ob der Strafentwurf des preussischen Kriegsministers für das ohne geschliche Grundlage aufgestellte ostasiatische Expeditionskorps als gültig anzusehen sei. Das Reichsgericht erklärte den Strafentwurf für gültig.

## Wahlvorbereitungen.

### Das sozialdemokratische Gefühdel.

Im II. Berliner Wahlkreis kam es am Montag in einer von konservativer Seite einberufenen Volksversammlung zu lebhaften Auseinandersetzungen. Ein Arbeiter Wilhelm Reinhardt sprach über die Organisation der Sozialdemokraten gegenüber den anderen Parteien. Der christlich-soziale Gouverneur Kluge hielt — wie wir Berichten bürgerlicher Blätter entnehmen — den Konservativen vor, daß die sozialdemokratische Organisation in vieler Beziehung musterhaft sei. Wo würde es vorkommen, daß ein Angehöriger der konservativen Partei, ein General zum Beispiel Flugblätter verteile oder ähnliche Dienste verrichte, wie es von der Sozialdemokratie von ihren Anhängern gefordert würde. Die Konservativen seien im Gegenteil immer lässiger geworden, selbst die königlichen Beamten bleiben bei den Wahlen zu Hause und überlassen andern das Feld. Die „Staatsbürger-Zeitung“ läßt den Mann noch wahre Ritualmordgeschichten von sozialdemokratischem „Terrorismus“ erzählen. Nach einer Protestversammlung gegen den Protowahlertrick soll es ihm wie folgt ergangen sein: „Eine Horde von „Genossen“ folgte mir nach. Ich wurde verhöhrt, gestochen, man spuckte aus vor mir. Der ist ja begahnt!“ hieß es, und unter der Schär hatten sich besonders einige Weiber hervor. So wurde ich von den Freiheitsbrüdern begleitet, und erst an der Friedrich- und Reitzigerstraße, als ein Schutzmann dazwischen trat, spritzte die ganze Bande auseinander. So behandelt die „Arbeiterpartei“ einen Arbeiter, weil er es wagt, für seine Ueberzeugung auch einzustehen! Kluge berichtete noch aus früheren Erfahrungen mit der Sozialdemokratie. Da er keine „reine Wäsche“ hatte, das heißt

einer sozialdemokratischen Organisation sich nicht tributpflichtig gemacht hatte, wurde er von seinen sozialdemokratischen Arbeitssollegen fortwährend gilantert. Man nagelte seine Schuhe auf den Fußboden, rümierte ihm den Kaug, drehte ihm das Gas vor der Nase aus und was dergleichen „keine Mittel“ mehr sind, um die „freiwillige“ Organisation der Arbeiter zu fördern. Die Beschwerden beim Chef nützen nichts. Der suchte die Äpfel und meinte: „Sie stehen ganz alleine; soll ich mich wegen Ihnen mit meinen dreißig, vierzig Arbeitern verärgern.“ Es blieb dem „Alleinstehenden“ nun nichts weiter übrig, als das Feld zu räumen und seine Stelle aufzugeben. So bringt die Sozialdemokratie jeden Arbeiter, der eine eigene Ueberzeugung hat, aus Brot und Lohn und liefert ihm dem Hunger aus. In der christlichen Arbeiterbewegung kann man durch viele Beispiele den Nachweis führen, daß die Zustände heute noch genau so sind.“

Man sieht: Dieser Kluge ist ein würdiger Schüler des Stüder. Wasam aber kam der „Haatserhaltende“ Kandidat des zweiten Wahlkreises, der Prof. v. Wenzel an die Reihe. Der tobte wie ein Wessener gegen die Sozialdemokratie. Die sozialdemokratischen Redner seien ein Beweis dafür, welche Verwüstung die Partei in Menschenköpfen anrichte. (Chorus.) Durch den Redner habe die Sozialdemokratie erklärt, daß sie auf die Ideale preiße, und eine solche Partei wage es, andern Gruppen, den Konservativen, die Ideale zu bestreiten. (Große Anruhe.) Die Konservativen sollen politisch arbeiten, das sei auch seine Meinung und diese politische Arbeit nicht dem Gefühdel in der Sozialdemokratie überlassen. (Großer Lärm, der Redner wird so durch leidenschaftliche Jurate unterbrochen, daß es ihm unmöglich ist, weiter zu sprechen.)

Die Staatserhaltenden fangen hübsch an. Mit dem Herrn v. Wenzel darf man allerdings nicht zu scharf ins Geriät gehen. Der Mann, der sich mittlerweile durch schreiende Schwärmereien für Flotte und Zuchtstern zum Professor emporgestreckt hat, war früher, wenn wir nicht irren, Aufseher auf japanischen Planlagen. Die dort herrschenden Sitten ließen ihm noch an.

**Konservative Wahlhinterreden.** Aus Spandau wird uns berichtet: Am vorvergangenen Sonntag hatte der Abgeordnete Pauli-Potsdam („Westdeulen“, auch „Kaltdeulen“—Pauli genannt) eine Deputation der Arbeiter-Ausschüsse der hiesigen Staatsbetriebe, zusammen 19 Personen, gnädigt eine Audienz in — Potsdam bewilligt, um dort die „Wünsche“ der Staatsarbeiter entgegenzunehmen. Herr Pauli erklärte der Deputation von vornherein, daß es ihm gar nicht einfallt, eine Wahlrede zu halten, und so ist denn auch über die Kandidatenfrage gar nicht verhandelt worden. Den Arbeitern war vielmehr einzig darum zu thun, Herrn Pauli zu betanlassen, die Forderungen und Beschwerden der Staatsarbeiter im Reichstage zu vertreten. Wohl oder übel mußte er ihnen denn auch das bindende Versprechen geben, obwohl es ihm sichtlich unangenehm war. Nichtsdestoweniger stand am andern Tage im „Potsdamer Intelligenzblatt“ zu lesen, daß — „sich die Arbeiter-Deputation mit der Kandidatur des Herrn Pauli einverstanden erklärt hätte!“

Was man mit dieser unwarhen Behauptung von der „gutgesinnten“ Presse, welche dieselbe erfreut nachdruckt, beabsichtigt, ist jedem sofort klar, nämlich: — Baurufgang! Die drei Deputierten der Munitionsfabrik sind auch am Freitag von ihrer Direktion darüber befragt worden und sie sollen die Erklärung abgegeben haben, daß der Arbeiterauschluß sich mit Wahlangelegenheiten überhaupt nicht beschäftigen, und daß sie für ihre Person sich schon deshalb gar nicht über die Wiederlandkandidatur Pauli äußern konnten.

**Aus Weimar** wird uns berichtet: Die Wahlvorbereitungen im ersten weimariischen Wahlkreise machen den Gegnern viel Kopfschmerzen. Der Major v. Hagen verurteilt ein Zusammengehen aller bürgerlichen Parteien zu ermöglichen, um den Sozialdemokraten aus dem Reichstage wieder hinaus zu thun. Das Kompromiß ist aber nicht geblüht, die Freisinnigen haben abgewinkt. Die Konservativen schlagen nun einen Dorf-Würgermeister, der dem Landtage angehört, vor, von welchem sie erwarten, daß er die meisten bäuerlichen Stimmen erhält. Begegnend für die Stimmung, daß es mit dem Hinabsinken des Sozialdemokraten (Waubert) aus dem Reichstage doch nichts wird, ist die Notiz: „Aber das würde selbst bei dem Hinzukommen aller konservativen und nationalliberalen Stimmen in den Städten nicht genügen, um den sozialdemokratischen Kandidaten aus dem Felde zu schlagen.“

**Felisch-Hader.** Die „Post“ ist mit der Kandidatur Felisch durdaus nicht einverstanden. Sie erklärt schon jetzt, daß die event. Wahl des Befähigungs-Baumeisters für ungültig erklärt werden würde, weil der Regierungspräsident in seinem Amtscharakter als Interzeidner des Wahlaufs für Felisch aufgetreten sei. Darin sei das Wahlkomitee zur Zurückziehung dieser Kandidatur verpflichtet.

**Gegen Eugen Richter** hat in Hagen das Centrum den Abg. Zausgel als Kandidaten proklamiert. — Trotz der Protowahlertrick!

## Husland.

### Der belgische Staatsstreich - Versuch.

Brüssel, den 15. Februar. (Eig. Ber.) Die Regierung hat durch ihr Recht und Gesetz mit zügigen tretenden Vorgehen die gesamte Opposition der Kammer zu einem Kampfe aufgepeitscht, der selbst die heftigsten Wahlrechts-Kämpfe winzig klein macht. Der am Donnerstagnachmittag begonnene Kampf endete erst am Sonntag früh gegen 8 Uhr. Die letzte Sitzung, die endlich der Regierung die Leute brachte, dauerte nicht weniger als 20 Stunden.

Die Ursache dieses historischen Kampfes ist folgende: Am Donnerstags erließen der Ministerpräsident mit fünf Gesegntwürfen, die unter andern die Erhöhung der Altersrenten der Arbeiter und die Erhöhung der Altholsteuer von 15—20 Millionen verlangten. Für diese Entwürfe verlangte die Regierung die Dringlichkeit, sofortige Votierung ohne Diskussion.

Die Verwegenheit dieses Verlangens gewinnt erst ihre ganze Größe, wenn man in Erwägung zieht, daß die Kammer von diesen Projekten vorher auch nicht ein Wort erfahren hatte. Nur die liberale Fraktion war kurz vor der Renarfung zur Beratung des Unfallversicherungsgesetzes zu einer Versammlung eingeladen worden, in der sie von den Plänen der Regierung Kenntnis erhielt.

Im allgemeinen war das Geheimnis gut gewahrt worden; selbst die den Merkmalen und der Regierung sehr nahe stehenden Doktrinare und Liberalen wurden durch die Projekte nicht wenig überrascht. Natürlich war die liberale Majorität fest entschlossen, dem Verlangen ihrer Regierung ohne weiteres Rechnung zu tragen.

Die ungeheuerliche Absicht, fünf Vorlagen von solch eminenter Bedeutung ohne Diskussion zu votieren, ohne daß sie auch nur im Druck vorlagen, konnte nur eine Majorität wagen, die sich allein herrschend und allmächtig fühlte. Und hätte sich hier die Opposition nicht wie ein Mann mit der besten Energie dem liberalen Wolschlismus entgegengestellt, so hätte sie ihr Daseinsrecht für immer verwickelt und sich ihrer letzten winzigen Rechte beraubt.

Man mußte auch bis dato schon, daß die liberale Majorität ihr Reaktionszimmer als das eigentliche Parlament betrachtete, daß sie sich annahmte, die ganze Volksvertretung zu sein und die Opposition nur als ein Uebel ansehe, dem man noch gnädig die Gesetzesvorlagen zusande und ihm das Recht ließ, einige Heben zu halten. Diese Gnade auch diesmal obwalten zu lassen, hielt sie für nicht mehr nötig.



Das die Majorität und Regierung gerade jetzt, inmitten vollstündiger Windstille, und mit der Erhöhung der Alkoholsteuer den Vorstoß zur Stabilisierung ihrer absoluten Alleinherrschaft unternehmen, hat seine Ursache in der gewaltig drohenden Ebbe in der Staatskasse.

Das Loch in der Staatskasse vergrößerte sich beängstigend rasch und um es in seinem Wachstum aufzuhalten, mußten Gelder schamlos flüchtig gemacht werden und dies ohne Geräusch, um die Verwaltungsmisere nicht offenkundig werden zu lassen. Daher die Eile und Rücksichtslosigkeit in der Kammer.

Wenn die Regierung die Erhöhung der Alkoholsteuer wählte und diese mit der Erhöhung der Alterspensionen und der Abschaffung der Abgaben auf Kaffee verknüpfte, so blieb sie nur ihrem politischen Jesuitismus treu. Bei der Anziehung der Alkohol-Steuerhaube hält sich die Regierung in das Gewand des Philanthropen; glaubt sie doch den politischen Blinden weis machen zu können, daß sie den Schnapsteufel bekämpfen wolle. Die Alkohol-Steuererhöhung bringt immerhin 15—30 Millionen ein, wovon leicht 3—5 Millionen für die Altersrenten und andre socialpolitische Reklamen verwendet werden können und der Rest reicht vorläufig hin, das Defizit der Staatsfinanzen noch einigermaßen zu vertuschen.

Nur schade, daß dieser fein ausgelegte Plan von der Opposition feilweise vernichtet wurde. An dem eisernen Widerstande der Socialisten, die diesmal auch von den Liberalen und Doktrinarern unterstützt wurden, scheiterte die vertuschende Eile der Majorität.

Die Alkoholsteuer an sich wäre kein Objekt gewesen, um das ein solcher Kampf geführt worden wäre. Wäre der Entwurf geschäftsordnungsgemäß eingebracht worden, hätte sich relativ leicht ein Weg zur Verständigung finden lassen. Aber unter den obwaltenden Umständen gebot der Opposition die Erhaltung von Gesetz und Recht den äußersten Kampf.

Auf die häßliche Erklärung des Ministerpräsidenten, die Kammer trenne sich nicht eher, bis die Entwürfe votiert seien, antwortete die Opposition mit reglementarischer Obstruktion. Als die Aussicht auf Sieg für die Regierung immer fraglicher wurde, berief sie sich noch am späten Abend des Donnerstags ihre fechtenden Mannschaften telegraphisch — auf Staatskosten natürlich, wie sie das immer thut — herbei. Jedoch ehe diese nur eintrafen, hatte die Opposition schon die Organisation der Obstruktion vollendet und — die Tag- und Nachtschicht eingerichtet. Die am Donnerstag um zwei Uhr begonnene Sitzung dauerte bis Freitag früh 1/2 Uhr. Nach fünfzehnstündigem Ringen mußte die Regierung um Waffenstillstand nachsuchen, und ihrem Ziele war sie auch noch keinen Schritt näher gekommen.

Am Freitagmorgen begann der Kampf von neuem und mußte gegen Abend wegen Ermüdung der Streiter abgebrochen werden mit gleichem negativen Erfolg. Endlich in der dritten Sitzung gelang die Einbringung der Deute. Diese Sitzung begann Sonnabend früh 10 Uhr und endigte Sonntagmorgen nach zwanzigstündigem Kampfe. Der Verlauf dieser Campaigne aber war geeignet, den Liberalen Hebernat gehörig zu dämpfen. So ist die Heriale Heuchelei und die demagogische Hinterabsticht des Staatsreiches vor aller Welt gebrandmarkt worden.

#### Die Nachwirkungen der Blockade.

Der „Warning Post“ wird aus New-York gemeldet, daß durch die Aufhebung der Blockade ganz außerordentliche Vorbereitungen für die Verschiffung amerikanischer Waren nach Venezuela veranlaßt worden sind. Die Exporteure erhalten fast sämtlich von ihren dortigen Vertretern Telegramme des Inhalts, daß der Abzug für Nahrungsmittel und Werkzeuge aller Art thatsächlich ein unbegrenzter sei. Die öffentliche Meinung in Venezuela ist gegen Großbritannien und Deutschland eine anhaltend noch immer sehr erbitterte. Die Produkte dieser Länder werden wahrscheinlich boykottiert werden, während die Märkte der Amerikaner nach dem beendeten Streit einen ganz unerwarteten Aufschwung genommen haben.

#### Österreich-Ungarn.

Ein Minister zur Ordnung gerufen.

Im ungarischen Abgeordnetenhause kam es im Verlauf einer Rede des Landesverteidigungs-Ministers Fejervary zu einem stürmischen Zwischenfall. Der Minister rief dem Abg. Joltan Lengyel (Konservativ-Partei) auf eine von diesem aufgestellte Behauptung hin zu: „Sie lügen“ und wiederholte mit erhöhter Stimme diesen Satz. Es entstand hierauf ein ungeheurer Tumult. Die Abgeordneten verließen ihre Plätze und gerieten unter einander in heftigen Wortwechsel. Der Tumult dauerte mehrere Minuten. Die Opposition schreit unaufhörlich: „Der Minister darf nicht mehr zu Worte kommen“. Es wird auf die Kulldecke geklopft. Als der Präsident sich endlich Gehör verschafft, ruft er den Minister des unparlamentarischen Ausdrucks wegen zur Ordnung. Landesverteidigungs-Minister Fejervary v. Fejervary sagt hierauf, er unterwerfe sich dem Ordnungsruf des Präsidenten, er stehe nicht an, sein Bedauern wegen des starken Ausdrucks, der ihm entflohen sei, auszusprechen. (Stürmische Eisenrufe rechts.) Der Minister konnte hierauf die Rede ungestört fortsetzen.

#### Österreich, Rußland und die Sparte.

Die „Neue Freie Presse“ meldet: Die österreichisch-russische Reformnote ist heute (Dienstag) den Kabinetten von Berlin, London, Paris und Rom überreicht worden und soll am Donnerstag der Sparte übermitteln werden. Sollten von Seiten der Mächte Einwendungen erhoben werden, so wird die Ueberreichung an die Sparte erst am Sonnabend erfolgen.

Die Reformvorschlüsse Österreichs und Rußlands sind finanzieller und administrativer Natur und zum überwiegenden Teil solche, welche die Sparte bereits selbst wiederholt gemacht, aber nie ausgeführt hat. Neu ist die Forderung, daß die Zehnten-Eingänge nicht mehr nach Konstantinopel geschickt, sondern im Lande für dessen Verwaltung verwendet werden sollen. Ferner soll ein Gouverneur ernannt werden, der zwar kein Christ sein muß, aber so ausgebildete Vollmachten erhalten soll, daß er sich nicht in jedem einzelnen Falle um Instruktionen an die Sparte zu wenden braucht.

#### Frankreich.

Die „Affaire“. Der Feldzugplan, der bei der neuen Affaire Drehfus zur Ausführung kommen soll, wird seitens Jaurès und Genossen sehr geheimnisvoll behandelt. Delorme, der Redakteur des „Peuple“, war extra nach Paris gereist, um etwas über die Drehfus-Affaire zu erfahren. Er teilt seinem Blatt das Resultat der Reise mit, und das ist gleich Null. In der Redaktion der „Petite République“ fand er außer Géraud-Richard noch 7 oder 8 Redakteure und socialistische Deputierte vor, die ihm aber alle versicherten, daß sie selbst nichts wüßten, daß überhaupt nur 4 oder 5 Personen erriethen, die in die Sache eingeweiht seien. Jaurès lasse absolut nichts verlauten, welcher Art die Enthüllungen, die er und Pressencé zur Affaire machen würden, seien; alles, was die Blätter darüber schreiben, sei Kombination.

#### Amerika.

Amerikanische Flottenstationen auf Kuba. Präsident Palma hat ein Abkommen mit den Vereinigten Staaten unterzeichnet, dem zufolge den letzteren das Recht gewährt wird, auf Kuba Flotten- und Kohlenstationen zu errichten.

## Parlamentarisches.

### Budget-Kommission.

In der Sitzung am Dienstag wird in der Beratung der fort-dauernden Ausgaben für die Verwaltung des Reichsheeres fortgefahren. Für „Bekleidung und Ausrüstung der Truppen“ werden 28 225 308 M. gefordert, gegen das Vorjahr eine Zunahme um 1 014 250 M. In Aussicht genommen ist die den Bekleidungsämtern des Garde- und 15. Armee-corps die Beschäftigung von Civil-handwerkern, während bisher Soldaten zu den Arbeiten herangezogen worden waren. Und zwar sollen eingestellt werden beim Bekleidungsamt des Gardecorps 328 Arbeiter und bei dem des 15. Armee-corps 296 Arbeiter mit einem Jahresdurchschnitts-Verdienst von je 1300 M. Die auf diese Weise frei gewordenen Mannschaften der Linie sollen dazu verwendet werden, um 4 Infanterie-Compagnien zu bilden. Der Kriegsminister weist eingehend nach, daß sich die vier neuen Compagnien „infolge des weiteren Ausbaues des Landesverteidigungssystems als unausschießbar erwiesen“ habe. Für die Ersetzung der Militärhandwerker durch Civilarbeiter bei den Bekleidungsämtern aber habe sich der Reichstag bereits früher erklärt. Die Abgg. Roeren und Müller-Julda wollen zwar gegen die Bildung der vier Infanterie-Compagnien keinen Einspruch erheben, tragen aber Bedenken, jetzt unmittelbar vor Ablauf des geltenden Militär-gesetzes, auf einem Umwege derartige Erhöhungen der Präsenzstärke des Heeres einzutreten zu lassen. Dies könne, wenn im nächsten Jahre ein neues Militärgesetz vereinbart werden müßte, die Stellung des Reichstags gegenüber den Forderungen der Regierung auf weitere Vergrößerung des Heeres schwächen. Aus diesem Grunde sollte jetzt unter keinen Umständen über dasjenige hinausgegangen werden, was wirklich notwendig sei. Sie beantragen daher, daß nur die Forderung für das Bekleidungsamt des Gardecorps bewilligt, die für das Bekleidungsamt des 15. Armee-corps dagegen gestrichen werden soll. Der Kriegsminister erklärt sich bereit, sich mit der verminderten Summe im nächsten Jahre einzurichten. Die Abgg. Müller-Sagan, Stodmann, Häring und Graf v. Koon bedauern, daß der Kriegsminister sich so schnell den Wünschen des Centrums gefügt habe, sie wollen auch mit der Umwandlung des Bekleidungsamtes beim 15. Armee-corps nicht länger warten. Schließlich wird gegen die Stimmen des Centrums und der Socialdemokraten die ganze Summe bewilligt; den Ausschlag für die Bewilligung geben die Freisinnigen. — Bei dem Kapitel: „Geldverpflanzung der Truppen“ entspinnt sich eine sehr ausgedehnte Debatte über die beantragte Erhöhung der Befoldung für die Oberlieutenanten der Infanterie. Das gegenwärtige Gehalt dieser Offiziere beträgt 5850 M. pro Jahr. Es soll jetzt um 1350 M., also auf 7200 M. erhöht werden. Dies hat eine jährliche Mehrausgabe von über 400 000 M. zur Folge. Der Kriegsminister tritt wiederholt für diese Gehaltserhöhung ein. Die Beförderungsverhältnisse seien bei der Infanterie viel schlechter als bei der Artillerie und Kavallerie. Daher komme es, daß die Oberlieutenanten bei der Infanterie bis zu zehn Jahren in ihren Stellen bleiben müssen und während dieser ganzen Zeit trotz den sich steigenden Lebensbedürfnissen auf dieselbe Befoldung von „nur“ 5850 M. angewiesen seien. Ihre Kollegen bei der Artillerie und Kavallerie seien in demselben Alter schon längst in die Stellung eines Regimentskommandeurs mit einem Gehalt von 7800 M. eingestiegen. Dies sei eine Ungerechtigkeit gegen die betreffenden Offiziere und führe zu einer schweren Schädigung der Infanterie. Schon jetzt zeige sich ein unverhältnismäßiger großer Andrang zur Kavallerie und Artillerie, während die Zahl der Feststellen bei der Infanterie steige. Für diese Gehaltserhöhung treten die Abgeordneten Graf v. Koon, v. Tiedemann, v. Balbow und Reichenstein und Freese ein, gegen die Gehaltserhöhung erklären sich außer den Socialdemokraten die Abgeordneten Müller-Julda, Gröber und Müller-Sagan. Die Debatte wird schließlich auf Mittwoch vertagt.

## Partei-Nachrichten.

Der socialdemokratische Verein in Oera beschäftigte sich in seiner letzten Versammlung mit dem Artikel „Die Verfassung“ in der übergroßen Mehrheit der Ansicht, daß dieser Streit und Streit weder eine Partei- noch eine Gewerkschaftsfrage sei; für die Parteimitglieder habe man keine Verantwortung und wenn die Massenmitglieder mit ihrem Vorstande einverstanden seien, dann solle man den Streit ruhig zwischen diesen und den Zeitgenossen ausfechten lassen. Tief zu bedauern und entschieden zu verurteilen sei es, daß dieser Streit jetzt auch noch in die gewerkschaftliche Organisation hineingetragen werde, die dadurch auf alle Fälle geschädigt werde. Der lahende Dritte seien hier die Unternehmer, die sich freuen, daß die Arbeiter durch diesen Streit unter sich uneinig geworden seien. Das Streben aller wirklichen Genossen müßte darauf gerichtet sein, die Gegensätze nicht zu verschärfen, sondern auszugleichen.

Der Tätigkeitsbericht der socialdemokratischen Partei Badens für 1902 läßt eine rege Agitationsarbeit erkennen. Neben der regen Versammlungsagitation wurde auch durch Verbreitung von Flugblättern in Massenauslagen und älterer gediegener Parteischriften für unsre Ideen gewirkt. Im Unterland erschien in Einzelauslagen von 5000—13 000 Exemplaren allmonatlich der in Mannheim herausgegebene „Arbeiter- und Bauernfreund“, dessen Auflage sich auf insgesamt etwa 100 000 stellt. Dann wurde ein größeres Flugblatt, enthaltend die Rede des Bebel vom 25. Oktober, in einer Auflage von 200 000 Exemplaren verbreitet. Hocherfreulich waren die geradezu überraschenden Erfolge, die die Partei bei den Gemeindevahlen in Stadt und Land errang. In mindestens 25 Ortschaften, hauptsächlich im Mittel- und Unterland, aber auch auf dem Schwarzwalde, eroberten wir die dritte, in einer ganzen Anzahl auch die zweite Klasse des Bürgerausschusses. Die Gewerbevereinigungen wählen brachten und liberal ohne Ausnahme den Sieg. — Die Landesorganisation wurde durch Angliederung von 14 neuen Mitgliedern (insgesamt jetzt 88) erheblich erweitert. Die Einnahmen und Ausgaben der Landesliste balancieren mit 4071,96 M. Der Vermögensstand betrug am 1. Januar d. J. 719,97 M. gegen 675,77 M. am selben Tage 1902.

Von der Parteipresse. Die „Berliner Volkszeitung“, Kopfblatt der „Vollstunde“, die bisher dreimal in der Woche erscheint, wird vom 1. April ab täglich erscheinen, damit die Genossen während der Wahlzeit ein brauchbares Agitationsinstrument besitzen, mit welchem eventuell der Kreis erobert werden soll. Auch die „Kuglsburger Volkszeitung“ wird vom 2. Quartal an in Rücksicht auf die Wahl täglich erscheinen.

Die drei socialdemokratischen Vereine Hamburgs haben jetzt zusammen 14 343 Mitglieder gegen 13 771 im Jahre vorher. Die Gesamtsummen der drei Vereine betragen 72 504 M. Die Ausgaben 65 656 M. Darunter 22 000 M. an die Hauptkassen in Berlin.

Die Landesversammlung der socialdemokratischen Partei Sachsens wird in Rücksicht auf die Reichstagswahlen bereits am 15. März in Wittweida abgehalten werden.

Die Einigung in Solingen ist nunmehr vollständig geworden. In einer Kreisparteiversammlung am Sonntag wurde der Beschluß der Kreisversammlung in Ohligs von 1898, durch welchen eine Anzahl Personen aus der Partei ausgeschlossen wurden, gegen wenige Stimmen aufgehoben. — Die Leitung der Wahlgeschäfte wurde dem Kreiscomitee übertragen.

#### Dolizeiliches, Gerichtliches usw.

##### Das Versammlungsrecht in Danzig.

Das Ober-Verwaltungsgericht hat bekanntlich Ende Januar dieses Jahres in einer Klagefache gegen den Oberpräsidenten von Posen entschieden, daß Versammlungen in geschlossenen Räumen

nicht im voraus unter der Begründung verboten werden können, daß eine Störung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit zu befürchten sei. Die Parteigenossen in Danzig, denen seit Monaten mit derselben Begründung Versammlungen in ihrem Parteilokal unmöglich gemacht werden, glaubten nun, daß die Autorität des Ober-Verwaltungsgerichts für die dortige Polizei maßgebend sein werde und daß sie daher nun wieder Versammlungen abhalten dürften. Wie sehr sie sich darin geirrt haben, beweisen die folgenden beiden Verfügungen, von denen die erste eine Versammlung des Gewerkschafts-Partells für den 9. Februar und die andre eine Versammlung des socialdemokratischen Vereins für den 12. Februar verbietet: Danzig, den 9. Februar 1903.

Hgl. Polizei-Präsident.

Journal: IV 588.

Auf Ihre Anzeige vom 8. Februar er. erhalten Sie hiermit zum Bescheide, daß meine Verfügung vom 5. Juli 1902 — IV 2654 — wonach die Benutzung des Lokals Brodbänkengasse Nr. 11 zu Versammlungszwecken bis auf weiteres verboten worden ist, aufrecht erhalten werden muß und sonach die für heute von Ihnen angemeldete Versammlung der Delegierten des Gewerkschafts-Partells in Danzig in dem vorerwähnten Lokale nicht stattfinden darf. Wessl.

Im Interesse der zum Uebervachungsdienst kommandierten Polizeibeamten muß verlangt werden, daß das Versammlungslokal auf mindestens 15 Grad Celsius erwärmt ist.

Gleichzeitig bemerke ich, daß die Abhaltung von Versammlungen in dem Lokal Brodbänkengasse Nr. 11 aus Sicherheitspolizeilichen Gründen verboten ist und daher die Benutzung dieses Lokals für die angemeldete Versammlung unter keinen Umständen gestattet werden wird.

IV. 631.

Der Polizei-Präsident.

Wessl.

Da sich trotz dieser Verfügungen Versammlungsteilnehmer eingefunden hatten und die Polizei gleichfalls zahlreich zur Belagerung angetrieben war, enthielten wieder allerlei Reibungen, die schließlich dazu führten, daß der Genosse Berger, dessen Ehefrau die Konzeption in dem Lokale besitzt, verhaftet werden sollte. Als Berger den anwesenden Polizei-Inspektor v. Sauten auf die erstwähnte Entscheidung des Ober-Verwaltungsgerichts aufmerksam machte und das Verbot als ungesetzlich bezeichnete, antwortete ihm der Beamte nach dem Bericht der „Königsberger Volkszeitung“: „Sie befinden sich in einem juristischen Irrtum, Herr Berger, wir verbieten ja keine Versammlung, sondern nur Lokale und Versammlungsräume zur Benutzung für Versammlungen.“

Darin sehen wir allerdings mehr eine sophistische, als eine juristische Unterscheidung.

Ueber den Hintergrund der Kruppaffaire hatte die „Märkische Volksstimme“ in Forts in den ersten Tagen dieses Jahres einen Artikel gebracht. Daraufhin wurde gegen den damaligen Verantwortlichen des Blattes, Genossen Eberhard, jetzt in Nürnberg, ein Strafverfahren wegen Majestätsbeleidigung eingeleitet. Jetzt ist dem Genossen Eberhard vom Staatsanwalt mitgeteilt worden, daß das Verfahren gegen ihn eingestellt worden ist.

Die weimarische Bezirksdirektion in Apolda hat sich mit dem Gemeindevorstande in Rothenstein nicht einverstanden erklärt, daß es noch nicht Zeit sei, über die Reichstagswahlen zu reden. Auf die Beschwerde des Einberufers der Versammlung hat diese Behörde entschieden, es bedürfe keiner näheren Darlegung, daß die Ausführungen des Gemeindevorstandes das Verbot nicht rechtfertigten.

Gegen Beleidigung eines Stadtverordneten wurde in Leipzig der Parteigenosse Seyferth zu 300 M. Geldstrafe verurteilt. Seyferth war bei der letzten Stadtverordnetenwahl Vorsitzender des socialdemokratischen Wahlcomitees. Er glaubte Beweise dafür zu besitzen, daß der Stadtverordnete Körner sein Amt dazu benütze, sich durch Grundstücksgehefte zu bereichern und stellte in einem von ihm verlegten Flugblatte entsprechende Behauptungen auf, worauf Körner Klage. Seyferth mußte vor Gericht zugeben, daß ihm unrichtige Angaben gemacht worden seien. Das Gericht verurteilte ihn den Satz des § 193 und nahm die Abfertigung an. Da Seyferth kein Minister ist, mußte er bestraft werden.

## Aus Industrie und Handel.

Das erste Jahr der Berliner elektrischen Hoch- und Untergrundbahn. Heute, am 18. Februar, wurde die Berliner elektrische Hochbahn dem allgemeinen Verkehr mit der Eröffnung der Strecke vor einem Jahre übergeben. Am 11. März erfolgte die Eröffnung der Weststrecke, am 23. die des Duragangsbetriebes vom Osten zum Westen. Die Bahn beförderte vom 18. Februar 1902 bis 17. Februar 1903: 22 691 829, also pro Tag im Jahre 61 029 Personen. Der Verkehr auf der Bahn hob sich andauernd von Monat zu Monat. Er betrug im Februar 1902 täglich 80 491, März 48 008, April 55 239, Mai 57 765, Juni 54 126, Juli 49 809, August 54 048, September 60 401, Oktober 70 257, November 73 814, Dezember 80 411; 1903: Januar 79 525, Februar (1. bis 17.) 82 282 Personen. Im Betrieb stehen 15 Züge, 12 mit 3, 3 mit 4 Wagen.

Eine Masseneinwanderung italienischer Arbeiter hat, wie die „Mannheimer Volksstimme“ berichtet, seit kurzen in Baden begonnen. Nachdem schon in voriger Woche kleinere Gruppen in Konstanz durchgereist waren, langten am Sonntag früh etwa 400 Mann an, welche alsbald nach Mannheim weiterfuhren. Für die nächsten Tage stehen Transporte bis zu 1000 Mann an einem Tage bevor. Zweifellos muß sich durch diese Zuwanderungen der Arbeitsmarkt, der ohnehin schon ein äußerst unglücklicher, noch weiter verschlechtern.

Erhöhung des Hopfenzolls in Frankreich und Rußland. Diejenigen Zollpolitiker, die vorausgesehen hatten, daß die Staaten, nach denen wir unsere Hopfen exportieren, unsere exportirten Zoll-erhöhungen auf Agrarprodukte ihrerseits mit einer gleichartigen Erhöhung gerade der Jolle beantworten würden, an deren niedriger Normierung Deutschland im Interesse seiner Ausfuhr viel gelegen sein muß, haben durchaus recht behalten. So wird nach einem Telegramm des Wolffschen Bureaus aus Paris der französische Ackerbau-Minister demnächst eine Vorlage einbringen, wonach auf ausländischen Hopfen ein Einfuhrzoll von 87 1/2 Franc oder 70 M. auf 100 Kilogramm erhöht werden soll. Das ist genau derselbe Zoll, den der deutsche Reichstag im neuen Zolltarif festgelegt hat. Die Commission Denaque hatte in ihrer Sitzung vom 15. Januar d. J. bloß 70 Franc beantragt. Das Ministerium geht also noch höher; es folgt ganz dem Beispiel Deutschlands. Rußland hat sogar einen Zoll von 15 Rubel per Pud (= 16,38 Kilogramm) in seinem neuen Zolltarif aufgestellt. Nach dem bisherigen Vertrag wurden nur 3 1/2 Rubel per Pud erhoben.

In der Versammlung der Vorstand-Cementwerke, die heute hier stattfand, wurde irgend ein Beschluß nicht gefaßt. Nach einem längeren Referat des Kommerzienrats Mandt-Hannover, der den Zusammenhang zu einem Credit und Kontingenzierung der Produktion empfahl, entspann sich eine Debatte über die beste Art der Organisation, die schließlich zur Wahl einer engeren Kommission führte, welche in den nächsten Tagen eine passende Form für den Zusammenschluß finden soll.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

Zum Streit in der Goldaderischen Brotfabrik wird uns von der Verbandsleitung der Bäcker geschrieben: Die Arbeitsniederlegung in diesem Betriebe erfolgte, weil Herr Goldader, der am 12. d. Mts. unter Hinzuziehung zweier Vertreter der Organisation einen Arbeitsvertrag eigenhändig unterschrieb und den Vertretern der Organisation ausdrücklich für ihre Versammlungen zwecks gütlicher Beilegung des Streiks vom 6. d. Mts. dankte, zwei Tage



darauf den Vertrag durchbrach, um die Organisation in seinem Betriebe zu zerrüttern. Der Herr, dessen Erzeugnisse fast nur in Arbeiterkreisen Absatz finden, will mit despotischem Nachwort die Arbeiter seines Betriebes von der Organisation fernhalten, um wie bisher, in unschöner Weise mit ihnen umspringen zu können. Daß auch die Polizei dem bedrängten Herrn zu Hilfe eilt, erscheint selbstverständlich. Mit Argusaugen wacht sie, daß die Streikbrecher nicht „behaftigt“ werden. Am Sonntagabend wurde ein Streikposten fiktiv, aber nach kurzer Zeit wieder freigelassen, da er nur auf den Streik im Betriebe aufmerksam gemacht hatte. Dagegen sind Herrn Goldader höhere Freiheiten gestattet. Als am Sonntagvormittag dadurch, daß statt 48 Mann nur 22 im Betriebe arbeiteten, auch die Sonntagsruhe überfüllt und die Polizei darauf aufmerksam gemacht wurde, erteilte diese die Auskunft, daß für Goldader heute gesetzlicher Ueber-  
Arbeitsstag sei. — Wie jetzt ist es noch nicht gelungen, die Streikenden vollständig durch Streikbrecher zu ersetzen. Originell ist, daß letztere am Montagabend gleich mit dem Brotwagen in den Betrieb hineingeführt wurden, da man fürchtete, sie könnten sich im letzten Augenblick doch noch befehlen und Herrn Goldader im Stich lassen. Die Arbeiter-Kundenschaft scheint diesem Unternehmer ihren Unwillen schon recht deutlich fühlen zu lassen, denn aus allen Pflanzeln wird über den Mißgange des Geschäftes berichtet. Im Hauptgeschäft in der Brunnenstraße sind seit Montag statt drei nur noch zwei Verkäuferinnen thätig. — Die Haltung der Streikenden ist ausgezeichnet. Von den 48 Arbeitern des Betriebes stehen 44 im Streik; vier, darunter die Badmeister, wurden zu Streikbrechern.

**Zum beendeten Streik der Jungbierlutscher.** Der Brauereibesitzer A. Lehmann, Oranienstr. 4, welcher laut Annonce im „Vorwärts“ wiederholt die Behauptung ausgesprochen hat, daß er die von den Aufsichtern gestellten Forderungen bewilligt hat, was den Thatsachen jedoch nicht entspricht, weigert sich auch jetzt wieder, den von den Ringbrauereien anerkannten Lohnsatz zu unterschreiben und hat seine Aufsicht nunmehr ausgesperrt. Wir bitten die Arbeiterschaft, hiervon Notiz zu nehmen.  
Die Ortsverwaltung Berlin  
des Centralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands.

**Achtung, Buchbinder! Galanterie-Arbeiter!** Bei der Firma J. F. Diehl in Offenbach a. M. sind zwischen den dort beschäftigten Kollegen und Kolleginnen und der Geschäftsleitung Differenzen ausgebrochen. Die Firma sucht in Berlin Erlaß für neue dortigen Kollegen. Wir ersuchen deshalb die Berliner Kollegen, Arbeitsangebote dieser Firma strikte zurückzuweisen.  
Die Ortsverwaltung des Buchbinder-Verbandes.

**Achtung, Buchbinder und verwandte Berufsgenossen!** In der Neuen Photographischen Gesellschaft in Steglitz haben gestern wegen Raubregelung mehrerer Kollegen sämtliche Buchbinder die Arbeit niedergelegt. Zutritt ist streng fernzuhalten!  
Der Vorstand  
der Zahlstelle Steglitz des Deutschen Buchbinder-Verbandes.

**Zum Streik bei Kessler u. Schmidt** teilt der Metallarbeiter-Verband mit, daß die Firma in Ermangelung von brauchbaren Ersatzkräften am Orte solche auswärtig, besonders in Chemnitz sucht.

**Lohnbewegung der Tischler.** Zu der Notiz in der gestrigen Nummer des „Vorwärts“ ersucht uns die Vereinigung Berliner Lederwaren-Fabrikanten mitzuteilen, daß sie, zum Einigungsamt am Sonnabend (nicht Donnerstag) berufen, ein Erscheinen vor demselben abgelehnt habe, da in der Angelegenheit nichts mehr zu sagen sei, und sie bereit wäre, den alten Vertrag bestehen zu lassen, womit die Gehilfschaft seiner Zeit selbst einverstanden gewesen sei.

**Holzbearbeitungs-Maschinenarbeiter.** Die Zahlstelle Südost befindet sich nicht mehr in der Reichensbergerstraße, sondern im Lokal von Hagen, Musauerstr. 19/20, Ecke der Pflaumerstraße.

Die **Polizei** wurde am Sonntag wieder einmal der Grund zur Auflösung einer gewerkschaftlichen Versammlung, die der Handels- und Transportarbeiter-Verband am Sonnabend in Zehlendorf abhielt. Witten im Vortrage des Referenten erfolgte Schlag 10 Uhr die Auflösung. So sieht es mit dem Versammlungsrecht vor den Thoren Berlins aus.

### Deutsches Reich.

**Zum Hafenarbeiterstreik in Bremerhaven** berichtet unser in Bremen erscheinendes Parteiorgan, daß die Entlassung eines örtlichen Vorstandsmitgliedes des Hafenarbeiter-Verbandes, die nach einem Streik mit einem Vorarbeiter erfolgte, die eigentliche Ursache des Ausstandes ist. Es handelt sich um die bei der Firma Hinrich besichtigten Verladungsarbeiter, etwa 700 Mann. Der Ausstand wurde erst beschlossen, dann aber auch einmütig durchgeführt, nachdem mehrfache Verhandlungen wegen Wiedereinstellung des Entlassenen keinen Erfolg hatten.

**Metallarbeiter - Streik.** Aus Tönning in Schleswig-Holstein wird uns telegraphisch, daß dort die Metallarbeiter sämtlicher Branchen im Streik stehen. Es wird erzuht, den Zugang fernzuhalten.

**An dem Schriftgießereistreik in Offenbach** sind 114 Schriftgießer und 28 Hilfsarbeiterinnen beteiligt. In den Frankfurter Schriftgießereien ist die Kündigung aus Anlaß des Offenbacher Ausstandes seitens der Unternehmer erfolgt. 210 Schriftgießer und 70 Hilfsarbeiterinnen sind davon betroffen.

Die **Bädergehilfen in Frankfurt a. M.** haben beschlossen, mit der Arbeitgeber-Organisation in Verhandlung zu treten wegen vollständiger Durchführung der sechsstündigen Arbeitszeit, Sonntagsruhe, Regelung des Lohnsatzes, der Arbeitszeit und Arbeitsvermittlung.

**Glasarbeiter!** Wie uns aus Wolfrauschhausen (Oberbayern) gemeldet wird, sucht die dortige Glasfabrik von Richtein auswärtige Glasarbeiter anzuwerben. Deshalb sei bemerkt, daß in diesem Betriebe Differenzen mit den Arbeitern bestehen.

### Sociales.

**An der Wurmfurkrankheit** sind auf der Zeche „Lothringen“ in Essen der Betriebsführer, zwei Steiger und 434 Arbeiter erkrankt, auch die Zeche „Erin“ ist fast verheult, andre benachbarte Zechen weniger. Um weiterer Verheerung vorzubeugen, beabsichtigt die Bergbehörde, den Betrieb einzustellen, bis die betreffenden Gruben gründlich desinfiziert worden sind.

**Zur Ausführung der einheitlichen Arbeitsmarkt-Statistik** sind jetzt den dem Verbands angehörigen Arbeitsnachweiser die Mitteilungen über die von der Konferenz am 23. Januar gefassten Beschlüsse und die Formulare zur Ausführung der Statistik zugegangen. Das aufgestellte Verzeichnis der Berufsgruppen umfaßt 24 Nummern. Die erste Aufstellung soll den Monat März betreffen.

### Krankenkassen und Aufsichtsbehörden.

Was man sich den Krankenkassen gegenüber heute erlauben zu können meint, darüber besteht eine Verhinderung vor dem Verwaltungsgerichtshof in Braunschweig, über die unser dortiges Parteiblatt, der „Vollstrecker“, berichtet. Eine freie Hilfskasse, die in Braunschweig besteht, nahm in ihr Statut in formell unanfechtbarer Weise die Bestimmung auf, daß die Einladungen zur Generalversammlung in Zukunft im „Vollstrecker“, also dem sozialdemokratischen Parteiblatt, bekannt gemacht werden sollen. Die Mitglieder hatten das in ihrer Generalversammlung beschlossen und sie müssen ja selbst am besten wissen, welches Blatt sie lesen.  
Die Aufsichtsbehörde hielt sich für berechtigt, diesen Beschluß zu beanstanden. Daher die Klage, die aus formalen Gründen nicht erledigt wurde.

Der erste Kongress der deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten wird am 9. und 10. März in Frankfurt am Main abgehalten. Auf der Tagesordnung stehen: 1. Strafrechtliche und zivilrechtliche Bedeutung der Geschlechtskrankheiten. Gutachter: Geh. Justizrat Prof. Dr. v. Liszt, Berlin-Charlottenburg und Geh. Justizrat Prof. Dr. Sellwig, Berlin. Referent: Oberlandesgerichtsrat Schmölder, Hamm. 2. Die Forderung der Verhütung durch Belehrung der Gesunden und Kranken der Verbreitung der Geschlechtskrankheiten zu steuern? Referent: Dr. med. Reuberger, Nürnberg. 3. Das Wohnungswesen der Großstädte und seine Beziehungen zur Verbreitung der Geschlechtskrankheiten und zur Prostitution. Referent: Stadtarzt Pphilus Dr. Pfeiffer, Hamburg, und Herr P. Kampffmeyer, Cronberg i. T. 4. Nach welcher Richtung läßt sich die Reglementierung der Prostitution reformieren? Referent: Geh. Medizinalrat Prof. Reiser, Breslau, und Fräulein A. Papprik, Berlin.

Die **bedingte Begnadigung** wurde nach der dem Reichstage zugegangenen Uebersicht bisher in 52 268 Fällen angewandt, wovon auf das Jahr 1902 11 415 Fälle kommen. Die Ziffer der endgültigen Begnadigungen, das heißt derjenigen, in welchen die Begnadigten sich innerhalb der Bewährungsfrist gut geführt haben, beträgt für Preußen ungefähr 73,2 auf 100.

## Aus der Frauenbewegung.

**Achtung, Arbeiterinnen!** Donnerstag, den 19. Februar, abends 9 Uhr, findet in den Anninbällen, Kommandantenstr. 20, eine öffentliche Versammlung statt, in welcher über die Entziehung der Handlungsgeschilfsinne gesprochen wird. Es soll dort protestiert werden gegen die Entziehung unfrei Wahlrechtes zu den Krankenkassen-Vorständen, wie sie in der neuen Novelle zum Krankenversicherungs-Gesetz beabsichtigt wird. Desgleichen soll Einspruch erhoben werden gegen die Vorenthaltung des Wahlrechtes der Frauen zu den laienmännlichen Schiedsgerichten. Da diese beiden Fragen für alle arbeitenden Frauen von größter Wichtigkeit sind, fordern wir zu regem Besuch der Versammlung auf.  
Die Vertrauensperson.

Die **geistigen Leistungen der Frau.** Die Anstellungsprüfungen für Schullehrer in Oberbayern ergaben das Resultat, daß durchweg die weiblichen Prüflinge weit bessere Centuren erwarben wie die männlichen. Es wurden folgende Noten ausgeteilt:

	I.	II.	III.	IV.	durchgefallen
an männliche	2	40	17	1	8
an weibliche	5	70	7	—	1

## Verfammlungen.

„Die **Bäderei-Mißstände in früherer und neuerer Zeit**, die Stellungnahme des Ausschusses für Gutachten beim Berliner Gewerbegericht und wie stellen sich die Berliner Bädereigenossen zu der sittenpolizeilichen Kontrolle durch die Innung“, lautete das Thema, über das eine sehr stark besuchte Versammlung der Bäderei-Arbeiter am Dienstag im großen Saale bei Keller, Stopenstraße, verhandelte. — Der Ausschuss für Gutachten beim Gewerbegericht sowie die Innungsvorstände waren hierzu eingeladen. Vom Obermeister Bernard war ein Schreiben eingegangen, in welchem er mitteilte, daß er den Versammlungen so lange fern bleiben werde, als die organisierten Bädereigenossen es nicht unterlassen, die Bäderei-Verhältnisse in der Öffentlichkeit herabzusetzen. Der Referent Dr. Schneider verwies darauf, daß schon in den sechziger Jahren dieselben Mißstände in Bädereien wie jetzt festgestellt worden sind und die Gesellen fortgesetzt die Beseitigung der miserablen Zustände und namentlich menschenwürdiger Arbeits- und Schlafräume forderten. So wie in letzter Zeit, so haben auch früher die Bädereigenossen die Mißstände nicht etwa beseitigt, sondern deren Vorhandensein einfach bestritten. Die gründliche Revision, die im Jahre 1900 von den Behörden vorgenommen worden ist, hat die von den Gesellen aufgestellten Behauptungen über die schauerhaften Verhältnisse in den Bädereibetrieben vollumfänglich bestätigt. Und trotzdem und obwohl immer wieder neue Schweinereien festgestellt und ans Tageslicht gezogen werden, ist von den Bädereigenossen gutwillig absolut nichts geschehen. Die gesetzlichen Bestimmungen, die vielleicht einigermaßen bessere Verhältnisse herbeiführen würden, werden in den meisten Betrieben nicht beachtet und von den Unternehmern mit allen Mitteln bekämpft. Der Redner machte hierauf eine größere Anzahl Bädereien namhaft, in denen geradezu grauenhafte Zustände vorherrschen. Er führte zum Schluß aus, daß nur durch die Anerkennung der von den Gesellen gestellten Forderungen die Beseitigung der Mißstände erzielt werden kann. — Dem oftmals durch lebhafteste Zustimmungskundgebungen unterbrochenen Vortrage folgte eine längere Diskussion, an der sich auch der Gewerkschaftssekretär Alwin Körsten beteiligte und in der von mehreren Rednern haarsträubende Einzelheiten aus verschiedenen Bädereien geschildert wurden. Ein Redner, der behauptete, daß bei einer Kontrolle im vorigen Jahre die kontrollierenden Beamten mit Cognac und Pfannkuchen von dem Unternehmer traktiert wurden, machte den überwachenden Beamten genaue Angaben über diesen Fall machen. Nachdem noch wiederholt zum festen Zusammenschluß in der Organisation aufgefordert worden war, wurde einstimmig folgende Resolution beschlossen:

Die Versammlung erklärt: Durch die Erhebung des Berliner Gewerbegerichts ist nur bestätigt worden, was vom Abg. Rebel sowie der Reichskommission für Arbeiterstatistik und auch vom Verband der Bäder durch wiederholte Erhebungen festgestellt wurde, daß nämlich in den Bädereien haarsträubende Zustände herrschen. Die Versammlung ist sich bewußt, daß diese Mißstände nicht durch Ableugnen aus der Welt geschafft werden können, sondern im Interesse des konsumierenden Publikums so lange veröffentlicht werden müssen, bis das tägliche Brot in jeder Weise musterhaft hergestellt wird. Die Versammlung ist der Meinung, daß die Innungen mit ihrer geplanten Sittenkontrolle das Publikum täuschen wollen, um die durchgreifenden Reformen, die man den Gesellen 1900 versprochen hat, nicht einführen zu müssen und die preussische Staatsregierung davon zurückzuhalten, eine hygienische Bädereibereinerordnung, wie sie im Jahre 1900 projektiert war, zu erlassen. Erst wenn das Kost- und Logiswesen beseitigt und jeder Bäder in der Lage ist, einen eignen Hausstand zu gründen, wenn ferner die Bädereien im Keller vollständig beseitigt sind und eine sachmännliche Kontrolle von Revisoren und Gesellen ausgeübt wird, werden die Mißstände beseitigt werden können.

Hierauf berichtete M. Vartz über den Streik bei Goldader und wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in der sich die Versammlung mit dem Vorgehen der Streikenden durchaus einverstanden erklärt und denselben die moralische und materielle Unterstützung zusichert.

Die **Arbeiter der Firma Wig u. Genes**, Telephonapparaten-Fabrik, waren am Montag im „Königshof“ sehr zahlreich versammelt, um über Mißstände im Betriebe zu sprechen. Wesentlich, als Vertreter des Metallarbeiter-Verbandes, kritisierte besonders das Ueberstunden-Nutzen in der Fabrik. Schon seit Jahr und Tag werden dort in den verschiedensten Abteilungen Ueberstunden gemacht, so daß der 8 1/2 stündige Arbeitstag, auf den die Firma so außerordentlich stolz ist, fast beständig in einen zwölf- bis vierzehnstündigen verwandelt wird. Es wurde lebhaft Klage darüber geführt, daß zwei Meister ihre Arbeiter häufig unter Androhung der Entlassung zur Ueberstundenarbeit zwingen, wie auch die Behandlung in diesen beiden Abteilungen nahezu alles zu wünschen übrig läßt. Die Versammlung war einmütig der Meinung, daß hier eine Aenderung eintreten müsse. Sie wählte eine Kommission, die den Auftrag erhielt, bei der Direktion um Abschaffung der Ueberstunden vorstellig zu werden.

In **Neue Wühle bei Königswusterhausen** fand am Sonntag bei Leiste (früher Parlow) eine sehr gut besuchte Volksversammlung statt.

Aus den entferntesten Orten waren die Teilnehmer trotz des schlechten Wetters gekommen, darunter auch viele Landleute, welche den trefflichen Ausführungen des Referenten Max Kiesel, welcher über den Ansturz im Reichstage sprach, stürmischen Beifall zollten. Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, in welcher die Annahme des Posttarifs sowie das Verhalten der Reichstagsmehrheit verurteilt und für die Wiederwahl des Genossen Jubel zu wirken erklärt wird. In der Versammlung wurden vier neue Mitglieder für den Wahlverein und 17 neue Abonnenten des „Vorwärts“ gewonnen.

**Centralverband der Konditoren und verwandter Berufe.** Heute abend 8 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Vereinslokal Vincastr. 96. Gäste willkommen.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Diäten für Reichstags-Abgeordnete.

**Darmstadt, 17. Februar.** (W. Z. B.) In der heutigen Nachmittags-Sitzung der zweiten hessischen Kammer erklärte Staatsminister Kotze auf eine Anfrage, daß die hessische Regierung die Gründe nicht verkenne, welche dafür sprechen, den Reichstags-Abgeordneten Diäten zu bewilligen; nicht minder seien derselben die Bedenken, die dem entgegenstehen, bekannt. Die hessische Regierung erachte aber die dafür sprechenden Gründe für überwiegend. Das Haus beschloß schließlich einstimmig, die Regierung zu ersuchen, beim Bundesrat aufs nachdrücklichste für die Bewilligung von Diäten einzutreten.

### Die österreichische Wehrvorlage.

**Wien, 17. Februar.** (W. Z. B.) Abgeordnetenhause. Das Haus begann die zweite Lesung der Wehrvorlage. Der Minoritäts-Verichterstatler, Sozialdemokrat Schumacher, tritt für die Einführung der zweijährigen Dienstzeit ein und erklärt, das Haus sollte, solange diese Forderung nicht erfüllt wird, keine Rekrutenerhöhungen bewilligen. Abg. Schrott (C.) verlangt ebenso wie der deutsch-sozialistische Wohlfahrts-Vereinsführer der landwirtschaftlichen Bevölkerung, fordert die Abschaffung des Duellzwanges und eine intensivere Pflege des religiösen Gefühls in der Armee. Die Abgeordneten Schüder (deutsche Fortschrittspartei), Chiari (deutsche Volkspartei) und Ludwigstorff (verfassungstreuer Großgrundbesitzer) befragten die Vorlage im Interesse der Erhaltung der Schlagfertigkeit des Heeres und der Wehr- und Vindictivfähigkeit des Reichs und betonten: Wir alle wissen, daß der Hort des Friedens in Europa der Dreibund ist, dessen Grundlage das deutsch-österreichische Bündnis ist, das uns allen am Herzen liegt. (Zustimmung links.) Dieses Bündnis verpflichtet uns, einen entsprechenden Teil der Lasten auf uns zu nehmen, denn es muß ein starkes Österreich an der Seite des starken Deutschland stehen. Wenn wir die Erhaltung des Friedens wollen, müssen wir die Mittel dazu bewilligen. Abg. Schevenhaller spricht aus dem gleichen Grunde für Ausgestaltung des Heeres, namentlich der Artillerie und Marine. Perold erklärt, die Jungczechen lehnen die Vorlage ab, um ihr Mißtrauen gegen das ganze Regierungssystem auszudrücken. Abg. Schreiber (christlich-social) spricht für Ablehnung der Vorlage, weil der Staat nichts für die Entlastung der Bevölkerung thue. Darauf wird die Beratung abgebrochen und das Haus vertagt sich auf morgen.

### Die englische Adress-Debatte.

**London, 17. Februar.** (W. Z. B.) Oberhaus. Das Haus beginnt die Adress-Debatte. Lord Spencer führt aus, es sei von guter Vorbereitung, daß die Ehrenrede weder China noch Rußland erwähne, er möchte daraus schließen, daß die dem auswärtigen Amt über die Beziehungen Englands zu allen am äußersten Osten interessierten Mächten vorliegenden Nachrichten befriedigend sind. Die Venezuela-Angelegenheit habe große Besorgnis hervorgerufen, weil in England jedermann eifrig darauf bedacht sei, daß die guten Beziehungen zwischen England und den Vereinigten Staaten nicht gestört werden, und weil man das Gefühl gehabt habe, daß England durch das Zusammenwirken mit einer andern Macht in erste Schwierigkeiten geraten könnte. Er wolle dabei bemerken, daß er alles, was eine Besserung in den gegenseitigen Beziehungen zwischen England und Deutschland herbeiführen könnte, mit Freude und Beugung begrüßen würde. (Hört! hört!) Er glaube, es würde nur wenige Menschen geben, welche die Regierung tabeln möchten, wenn sie Schritte unternimmt, um Gemüthsruhe für gewisse Verleumdungen zu erhalten; es bestehe ihm einiger Zweifel, ob nicht ein gemeinsames Vorgehen mit einer andern Macht in solchen Angelegenheiten, wenn man nicht sehr auf der Hut sei, unheilvolle Ergebnisse zeitigen könnte. Redner erwähnt dann die macedonischen Unruhen.

Der Vordräsident des Geheimen Rates Herzog v. Devonshire erwidert: Spencer scheint der Ansicht zu sein, daß alle Verhandlungen über die Venezuela-Angelegenheit abgeschlossen sind. Das ist nicht der Fall. Es giebt noch Fragen, die dem Schiedsgericht unterbreitet werden müssen, und man kann unmöglich sagen, ob selbst unter dem Vorstande des Schiedsgerichtshofes sich nicht Streitfragen erheben können, zwischen England und andern Mächten, die in hervorragender Weise an den Verhandlungen beteiligt sind. Es kann nicht geleugnet werden, daß die jüngsten Vorgänge Gefahren mit sich gebracht haben.

Herzog v. Devonshire fährt fort: Die Amerikaner sind Leute von sehr praktischen Ansichten und meiner Meinung nach giebt es keinen besseren Weg, ihr Vertrauen zu erlangen, als sie so zu behandeln, daß man ihnen zeigt, daß man sich von der Bedeutung seiner Ansprache nicht durch irgend welche Versicherungen vor Empfindlichkeiten abbringen läßt, die nicht bestehen. Ich freue mich, daß Lord Spencer nicht die thörichte und übertriebene Sprache bezüglich der sogenannten Alliance mit Deutschland beibehält. Es ist immer erklärt worden, daß nichts bestanden hat, was einer Alliance gleichkommt.

### Das italienische Militärbudget.

**Rom, 17. Februar.** (Vossische Zeitung.) Deputiertenkammer. Die Beratung des von Mirabelli am Sonnabend im Namen der republikanischen Abgeordneten eingebrachten Antrages betreffend die militärischen Ausgaben wird fortgesetzt. Rosano befreit, daß die Ausgaben des Kriegsbudgets nicht im Einklange ständen mit der Finanzlage des Staates, denn die genannten Ausgaben änderten sich nicht, während doch die wirtschaftliche Lage des Landes stetig fortschreite. Die militärischen Ausgaben müßten den besonderen geographischen Bedingungen des Landes und seiner Verteidigung angepaßt werden. Italiens Ausgaben für das Heer seien niedriger, als die entsprechenden Aufwendungen anderer Länder. Redner spricht sich schließlich in anerkannter Weise über das Heer aus, das die sicherste Hoffnung des Landes sei und die beste Garantie des Friedens. (Beifall.) Cicotti (Soe.) tritt für den Antrag ein. Votello weist die Notwendigkeit einer starken Marine nach, welche die Aufgabe habe, überall da für Italiens Rechte einzutreten, wo Italiener arbeiten und des nationalen Schutzes bedürfen. (Lebhafte Zustimmung.) Die italienische Marine habe bei den jüngsten internationalen Konflikten Italiens Ehre hochgehalten. Die Sitzung wird hiernach aufgehoben.

### Krupp und die „Propaganda“.

**Keupel, 17. Februar.** (W. Z. B.) Das Gericht verurteilte den Geranten des sozialistischen Blattes „Propaganda“, Pasquale Poffiglione, wegen des unter dem Titel „Der Kaiser und Krupp“ veröffentlichten Artikels zu 2 Monaten Gefängnis und 200 Lire Geldstrafe. Der Prozeß fand unter Anschluß der Öffentlichkeit statt.

**Budapest, 17. Februar.** (W. Z. B.) Infolge des Streites, den der Landesvertheidigungsminister Arsz. v. Feyerbach im Abgeordnetenhause mit dem Abgeordneten Vengyel hatte, ließ dieser den Minister fordern.



Reichstag.

260. Sitzung. Dienstag, den 17. Februar 1903, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Graf v. Pofadowsky. Zunächst werden die Vahlen der Abgg. Faber, Forchheim (natl.) und Wehl - Jallersleben-Giffhorn (natl.) gemäß dem Beschlusse der Kommission Berichterstatter Abg. Schwarz - Lippstadt (C.) für gültig erklärt.

Hierauf wird die zweite Beratung des Etats des Reichsantritts des Innern fortgesetzt.

Abg. Sachse (Soz.):

Herr Baasche hat eine Tabelle über die Lebensmittelpreise in der Kruppischen Konsumantentafel verlesen. Diese Preise decken sich aber so ziemlich mit den Preisen bei anderen Konsumantentafeln. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Nur bei dem Artikel Schwarzbrot findet eine Ausnahme statt, und gerade diesen hat Herr Baasche besonders erwähnt. Auch bei dieser Konsumantentafel haben die im Laufe des Jahres freiwillig oder unfreiwillig ausscheidenden Arbeiter alle Ansprüche ein. Was die Pensionstafel anlangt, so bezieht die große Masse der Arbeiter eine Pension von etwa 500 Mark, die ganz hohen Pensionen, die Herr Baasche anführte, erhalten nur ganz wenige Vorarbeiter, die schon mehr Beamtencharakter haben. Der Hauptmangel ist und bleibt aber, daß ausscheidende Arbeiter ihre Beiträge verlieren. Diese Beiträge sind ihnen vom Lohn, also ihrem Eigentum abgezogen worden und gehören ihnen demnach von Rechts wegen. Ein Arbeiter hatte in 14 Jahren über 500 M. eingezahlt, er wurde entlassen und erhielt trotz mehrfacher Gesuche nichts von dieser Summe zurück, weil er keinen Rechtsanspruch darauf hatte. In seinem andern Knappschaftskontingente findet sich übrigens eine Karenzzeit von 20 Jahren, wie bei Strupp, die höchste Karenzzeit ist sonst 5 Jahre. Sehr gewundert hat es mich, daß auch Herr Sittart die Nichtzurückzahlung der Beiträge für gerechtfertigt hielt. Er sieht da in direktem Widerspruch zu den Anschauungen der christlichen Gewerkschafter. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Im Offener „Allgemeinen Beobachter“, einem bürgerlichen Blatt, stand am Sonnabend ein „Eingekerkertes“ Kruppischer Arbeiter, das sich vollkommen mit den Ausführungen Wurns einverstanden erklärte. Das Blatt sagt weiter: „Man bedenke: ein socialdemokratischer Abgeordneter vom Wahlkreise Neuh muß sich der Interessen der Kruppischen Arbeiter annehmen. Unser Reichstags-Abgeordneter Stödel stimmerte sich in seiner Rede um diese Sachen nicht. Es wäre seine Schuldigkeit gewesen, gegen die freizeitsraubenden Einrichtungen der Kruppischen Pensionstafel Stellung zu nehmen und die sogenannte arbeiterfeindliche Centrumspartei zu veranlassen, daß sie gesetzliche Maßregeln gegen solche Kräfte verlangt. Aber zu solchen Sachen hat Herr Stödel keine Zeit; freilich, als es galt, für den Wuchertarif zu stimmen, da war er zu haben.“ Das Eingekerkertes schließt mit der Aufforderung, bei der nächsten Wahl einem wirklich arbeiterinteressierten vertretenden Kandidaten die Stimme zu geben. Der Offener „Allgemeine Beobachter“ hat sonst stets Krupp in Schutz genommen, und es ist sehr bezeichnend, daß er jetzt dies Eingekerkertes aufnimmt. Daß die Enthüllungen des „Vorwärts“ nicht ganz wirkungslos gewesen sind, beweist ja auch das Vorgehen des Kölner Magistrats, der eine Strafe, die vor kurzem Kruppstrafe genannt werden sollte, nun Weinsbergstrafe genannt hat. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Wir verlangen, daß auf dem Wege der Gesetzgebung dafür gesorgt wird, daß die Arbeiter zu solchen Pensionstafeln nicht jahrelang umsonst Beiträge zahlen müssen. Eine Kasse, die nur durch solche Beiträge bestehen kann, ist nicht wert, am Leben zu bleiben. Herr Stödel meinte, es sei in der Weltgeschichte noch nicht dagewesen, daß sich Proletarier einen Kapitalisten wie Singer zum Führer wählten. Jedenfalls ist es besser für die Arbeiter, wenn sie sich einen Singer, der solche Opfer an Arbeitskraft und Kapitalien für die Arbeiter gebracht hat, zum Führer wählen, als wenn sie einen angeleglichen Christen an die Spitze wählten, der kapitalistische Interessen vertritt.

Daß unsere Parteigenossen in der Fraktion kapitalistische Interessen vertreten, wird ihnen niemand nachsagen können. Wie Herr Stödel übrigens zu der Behauptung kommt, in der socialdemokratischen Fraktion säßen nur drei wirkliche Arbeiter, verstehe ich nicht, das ist jedenfalls ein Auslegungsumstand, wie es nur Herr Stödel fertig bringt. Herr Stödel hat sich denn auch für Arbeiterkandidaten ausgesprochen, wie ja auch andre Parteien jetzt für den „schärfsten Mann aus der Werkstatt“ eintreten. Wenn das Centrum aber zum Beispiel solche Arbeitervertreter ernstlich gewollt hätte, hätte es sie schon längst in großer Zahl in den Reichstag bringen können; ebensogut wie die socialdemokratische Partei ihre Arbeitervertreter unterhält, wäre das auch dem kapitalistischen Centrum möglich gewesen. Ich wundere mich nur, warum Herr Stödel gerade 15 bis 20 königstreue Arbeiter, die nicht Socialdemokraten sind, im Reichstag haben will. Wäre es ihm ernst um die Sache, so müßte er doch gleich 200 Arbeitervertreter wünschen, damit sie die Mehrheit haben und ihre Interessen wahrnehmen können. Im Wahlkreise Bochum haben liberale Zeitungen sogar den Kollegen Franken als den „einfachen Mann aus der Werkstatt“ ausgegeben! (Heiterkeit bei den Socialdemokraten.) Herr Stödel verlangte christliche, gute und ruhige Arbeiter für den Reichstag, mit andern Worten christlich-social. Derselbe Mann aber, der jetzt das Wort vom einfachen, schlichten Mann ausgesprochen hat, hat einmal gesagt: „Christlich-social ist Unsinn!“ Damit mag sich Herr Stödel auseinandersetzen. Er setzte seine Hoffnung auf die christlichen Bergarbeitervereine. Die Organisation der christlichen Bergarbeiter ist aber in der letzten Zeit zurückgegangen. Im übrigen hätten wir nicht gegen christliche Bergarbeiter als Reichstags-Abgeordnete; sie würden jedenfalls in vielen Fällen mit uns Hand in Hand gehen müssen. Während die Rechte sich jetzt für diesen „schlichten Mann“ begeistert, ist kürzlich in freisinnig-vollparteilichen Kreisen der Gedanke einer Kandidatur des Prinzen Heinrich aufgetaucht; es wäre ein hübsches Bild im Reichstag: Arbeitervertreter auf der rechten Seite, Prinz Heinrich, Eugen Richter und Dr. Crüger auf der Linken! (Heiterkeit bei den Socialdemokraten.) Die christlichen Arbeiter leiden vielfach genau so wie wir unter der Willkür der Unternehmer. So wurden längst in Godesfeld in Westfalen christliche Textilarbeiter von den Centrumsfabrikanten ausgesperrt. Darauf schrieb das Organ dieser christlichen Arbeiterorganisation: „Die sich christlich schimpfenden Unternehmer zahlen den Arbeitern die denkbar schlechtesten Löhne“ usw. Redner verliest noch einige weitere Ausführungen des betreffenden Artikels. Auch aus diesen Ausführungen geht hervor, daß die christlichen Arbeitervertreter meist mit uns Hand in Hand gehen würden.

Herr Stödel sagte, wir brauchen die Arbeiter ihres Glaubens und verhehnen sie. Aber gerade die Zeitung des Herrn Stödel, die „Offener Volkszeitung“, treibt in schamloser Weise die Verhegung gegen die Socialdemokratie. So führte sie als angebliche zehn Gebote der Socialdemokratie unter andern die folgenden auf: „Du sollst den Namen Gottes verlassen. Du sollst Vater und Mutter misshandeln. Du sollst nach Belieben die Ehe brechen. Du sollst alles stehlen. Du sollst eines jeden Weib begehen. Du sollst die Revolution anführen.“ Selbst der rückständigste Arbeiter muß doch begreifen, daß das läge und Verleumdung ist. Sogar die „Königliche Volkszeitung“, das Organ des Dr. Baasche, hat diese Verhegungen als Insult bezeichnet. Der Hauptredakteur des Offener Blattes ist ein Kaplan. Herr Stödel sagte, daß unsere Flugblätter von Gotteslästerung frey sind. Das ist durchaus unpassend; wenn es der Fall wäre, wäre wohl der Staatsanwalt rasch dahinter her.

Wir stimmen selbstverständlich für die Entzweiung Gräber und Köpfe. Mit der gesetzlichen Anerkennung der Berufsvereine allein ist aber nichts getan, den Arbeitern muß auch das volle Koalitionsrecht

gewährt werden. Redner führt hierauf mehrere Beispiele an, in denen die Polizei in Schlesien die Socialdemokraten durch Saalabtreibungen verhindert hat, Versammlungen abzuhalten und wendet sich darauf gegen die Äußerungen der Abgg. Frhr. v. Heyl und Hilka über den Normal-Arbeitstag. Besonders im Bergbau werden seit einiger Zeit mehr und mehr jugendliche Arbeiter herangezogen, auch seitens der fiskalischen Bergbehörden. Herr Hilka ist jetzt im Gegensatz zu seiner früheren Ansicht sogar ein Gegner des Zehnhunderttages geworden, weil den Arbeitern nicht die Möglichkeit genommen werden dürfe, freiwillig längere Arbeitszeit zu leisten. Seit wann legt er denn auf die Freiheit der Arbeiter einen so großen Wert, und wo giebt es Arbeiter, die durch Ueberstunden reich geworden sind? Herr Hilka steht sogar mit seinem eignen Praktikationsgenossen Heyl in Widerspruch. Es ging ja auch die Nachricht durch die Blätter, er wolle sich nur unter der Bedingung wieder aufstellen lassen, daß er nicht der nationalliberalen Fraktion wieder beitrete. Es ist also höchste Zeit, daß Arbeiterkontrollen für die Gewerbeaufsicht geschaffen werden. Die Gesamtzahl der Unfälle im Bergbau hat sich wieder nach dem letzten Bericht von 58 000 auf 68 000 vermehrt. (Hört! hört!) bei den Socialdemokraten.) Im Ruhrkohlenrevier sind bei fast gleichbleibender Arbeiterzahl auch im letzten Jahr die Unfälle gestiegen. Besondere Mißstände bestehen im königlichen Drauzohlenrevier, wo das Centrum dominiert. Dort wird den Arbeitern in den Gruben nicht genügend Wasser geliefert, sie müssen zum Teil Sumpfwasser trinken, das noch verunreinigt wird, da keine ausreichenden Aborte vorhanden sind. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Die Inspektion hat von diesen Mißständen bisher nichts gemerkt. Erfolgt einmal eine Anzeige, so ist die Bestrafung ganz minimal. Herr Hilka behauptete, kein Arbeiter werde entlassen, weil er sich beim Berginspektor beklagt habe. Wir sind eine Reihe solcher Fälle aus dem Ruhrrevier und aus Sachsen bekannt. Zu Sachsen erkundigte sich ein Arbeiter, ob er Sonntagsarbeit machen müsse, und was war die Folge? Der Inspektor kam aus Wert, vernahm den Arbeiter, und dieser wurde natürlich entlassen. Die Inspektoren müßten zur strengsten Geweisshaltung der Bergwerken angehalten werden. Vom Oberbergamts-Bezirk Dortmund wurde einem Arbeiterbesitzer, einem sehr vernünftigen und ehrenwerten Mann, der sich erkundigte, wann die Berg-Gewerbegerichtsverhandlung stattfinden würde und welche neuen Ausführungsbestimmungen erlassen seien, eine schändliche Antwort zu teil. Auskunft erhielt er nicht. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Die Behörden sind doch zum Schutze der Arbeiter da! — Während die Löhne der Arbeiter zurückgingen, sind bei einzelnen Bergwerks-Gesellschaften die Ueberlässe gestiegen. Herr Hilka hat also gar keine Ursache, von den großen Löhnen der Bergwerks-Besitzer zu sprechen. Redner führt aus einer Reihe von Geschäftsberichten von Bergwerks-Gesellschaften den Beweis, daß die Dividenden gesunken sind. Manche Gesellschaften nehmen direkt unrichtige Berechnungen vor, um ihre Selbstkosten der Steuerbehörde gegenüber zu erhöhen. Ein großer Mißstand ist weiter das Strafweisen auf den Gruben. Einzelne Rechen haben bis 2000 M. Strafen im Jahre verhängt. Diese Summen fallen dann den berühmten Wohlthätigkeitsvereinen zu. Auch die christlichen Bergarbeiter beschwerten sich über das Straf-Weisen. Auf einer Reise wurde ein Arbeiter von einem Beamten so geschlagen, daß er sich in ärztliche Behandlung begeben mußte. Trotzdem wurde er mit seinen Anprüchen von der Knappschaftskasse abgewiesen mit der Bemerkung, er habe sich als Vole an dem betreffenden polnischen Bedienten, an dem die Sache vorliege, gewiß besonders aufgeregt und sei über den Strang geschlagen. Das war aber abfolut nicht der Fall.

Zu alledem kommen Einstimmungen der Förderung, Lohnreduktionen und Festschickeln! Das ist das Bild, das uns sich bei Betrachtung der Lage der Bergarbeiter darbietet. Endlich komme ich noch auf die Wurmkrankheit der Bergarbeiter. Die zum Schutze der Bergarbeiter erlassene Verordnung vom 12. März 1900 wird wenig beachtet. Und doch ist die Verfestigung dieser Krankheit sehr leicht. (Abg. Franken: So?) Ja wohl, Herr Franken, es muß nur Geld aufgewandt werden. Aber lange ist so gut wie nichts geschehen. Erst seitdem die Wurmkrankheit in gefährlicher Weise überhand genommen hat, hat sich ein Ausschuss von Vertretern, Knappschaftsältesten, Vertretern des Bergamtes und einzelnen Ärzten, der sogenannte „Wurm-Ausschuss“ gebildet. Des näheren werde ich auf diese gefährliche Seuche beim Etat des Gesundheitsamtes eingehen. Redner verliest darauf ein ärztliches Gutachten über die Entstehung und die Gefahren der Wurmkrankheit. Die Krankheit erzeugt Platonur, sie vergiftet das Blut. Ein Kranter kann 1000 und mehr Wässer beherbergen. Ein sachverständiger Arzt verlangte Desinfektoren zur Deauffischung der Kessel. Bis jetzt sind selbst die notwendigsten hygienischen Maßnahmen verabsäumt worden. Die Berichte der Berginspektoren konstataren trotz der enormen Ausbreitung der Krankheit: „Es wurden einzelne Fälle von Wurmkrankheit entdeckt, denen wirksam entgegengetreten wurde.“ „Der Gesundheitszustand war normal“ usw. Ich hoffe, daß die Regierung dieser Frage nunmehr die nötige Aufmerksamkeit schenken wird und so gut, wie sie Maßregeln dagegen getroffen hat, daß die Viehweiden vom Auslande eingeschleppt werden, auch Maßnahmen zum Schutze der deutschen Arbeiter trifft, deren Leben und Gesundheit doch ebenso viel wert ist, wie das von Schweinen und Ochsen. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Sächsischer Geheimrat Dr. Fischer: Mit dem Vordredner habe ich nicht bloß ein Hähnchen, sondern sogar ein großes Huhn zu pflücken, nicht nur wegen seiner heutigen Rede, sondern besonders wegen früherer Ausführungen. Herr Wurm hat darauf hingewiesen, daß in dem sächsischen Inspektionsbericht jeder größere socialpolitische Ueberblick fehle. Höchstens seien einmal ein paar abfällige Bemerkungen über Arbeiterorganisationen zu finden. Demgegenüber betraue ich darauf, daß der Staatssekretär die Inspektoren angewiesen hat, sich größerer socialpolitischer Auseinandersetzungen zu enthalten. Dann hat uns Herr Wurm ausnahmsweise ein Lob gespendet und betont, daß ein sächsischer Gewerbe-Inspektor in einem Arbeiterverein einen Vortrag gehalten hat; früher sei dies verboten gewesen. Hierin irrt Herr Wurm. Bei dem bisherigen Verhältnis zwischen Gewerbe-Inspektor und Arbeitern, war es selbstverständlich ausgeschlossen, daß die Gewerbe-Inspektoren in solche Versammlungen gingen. Ich freue mich, daß das Verhältnis nun ein besseres geworden zu sein scheint. Jedenfalls haben die Arbeiter den Gewerbe-Inspektor aufgefordert und er ist ihrer Aufforderung bereitwillig gefolgt. Herr Müller-Reinigen hat eine angebliche Äußerung des Dresdener Oberbürgermeisters Ventzer angeführt: „Herzgebirg und Geistesbildung der Frau erzeuge Uebermenschen!“ Ja bin nicht in der Lage, die Richtigkeit dieser Behauptung nachzuprüfen. Jedenfalls kann der Ausdruck dem Sinne nach nur so gedeutet werden, daß Geistesbildung auf Kosten der Herzensbildung Uebermenschen erzeuge. Herr Müller-Reinigen hat dann im Anschluß daran bemerkt, er wisse, daß es in Dresden viele Damen gebe, die Herzensbildung mit Geistesbildung vereinten. Im Namen der Damen Dresden danke ich dem Herrn Abgeordneten für diese Anerkennung. (Heiterkeit.) — Herr Horn hat dann im Gegenatz zu dem Bericht eines sächsischen Gewerbe-Inspektors behauptet, daß die Aktiengesellschaft für Glasindustrie in Dresden das Koalitionsrecht ihrer Arbeiter beschränke. Vor mir liegt eine Erklärung der Gesellschaft, die das entkräften in Abrede stellt, andererseits aber betont: Wir haben das Recht, solche Arbeiter nicht zu beschäftigen, welche uns durch geistige Agitation schädigen. Der Widerspruch in den Angaben des Herrn Abg. Horn und des Gewerbe-Inspektors wird sich also wohl aus ihrer verschiedenen Auffassung des Begriffs Koalitionsfreiheit ergeben. Auf Äußerungen über Beschränkung der Versammlungsfreiheit in Sachsen habe ich seiner Zeit erklärt, nicht mehr eingehen zu wollen. Herr Feine meinte damals, man werde mich zwingen, Rede zu stehen. Nun, Sie können es ja versuchen. — Herr Sachse hat diesmal nur eine Beschwerde aus

Sachsen vorgebracht, ein Gewerbe-Inspektor soll in der Grube selbst die Beschwerden eines Arbeiters entgegengenommen haben. Sollte er vielleicht dem Arbeiter einen Teil des Lohnes nehmen, indem er ihn zu sich bestellte? Daß der Arbeiter entlassen wurde, dafür kann doch der Inspektor nichts. (Lachen bei den Socialdemokraten.) — Von den fünf oder sechs Beschwerden, die Herr Sachse seiner Zeit hier vortrug, hat sich auch nicht eine als thatsächlich begründet erwiesen. (Hört! hört! rechts.) Unter andern betraf eine Beschwerde des Abgeordneten Sachse eine angebliche Äußerung eines Berginspektors, einige Arbeiter hätten verdient, daß sie entlassen worden seien; er selbst habe dazu beigetragen. Es ist aber amtlich festgestellt, daß eine solche Äußerung nicht gefallen ist. Konnte man in diesen und andern Fällen annehmen, daß Herr Sachse von seinen Gewährsmännern gelächelt worden ist, so hat er in einem andern offenbar fahrlässig gehandelt. Er sprach davon, daß ein Berginspektor der Schwiegerohn eines Bergwerksleiters sei; dies Verhältnis müsse zu Begünstigungen usw. führen. Herr Sachse hat aber nicht erwähnt, daß der Bergwerksleiter in einem ganz andern Bezirk ansässig ist als sein Schwiegerohn. (Hört! hört! rechts.) Die sächsische Regierung wird die Ehre ihrer angegriffenen Beamten stets verteidigen und dem Abg. Sachse, falls er wieder Beschwerden über sächsische Verhältnisse vorbringt, scharf auf die Finger sehen. (Beifall rechts.)

Preussischer Geh. Oberbergat Weisner giebt eine Uebersicht über die Zahl der im Bergbau vorgekommenen Unfälle, die sich im Verhältnis zu der gestiegenen Förderung nicht vermehrt, sondern vermindert hätten. Im einzelnen bleibt der Redner auf der Tribüne vollkommen verständlich.

Abg. Schwarz-München (wildlib., schwer verständlich) äußert sich über die Wohnungsfrage und spricht sich gegen die Einführung des Befähigungsnachweises aus.

Abg. Dr. Stockmann (Sp.) giebt seiner Freude darüber Ausdruck, daß die hohe Bedeutung der Wohnungsfrage immer mehr anerkannt wird. Der Resolution Jäger werde ich gern zustimmen. Bezüglich der Frage des übermäßigen Alkoholgenußes möchte ich dem Wunsch Ausdruck geben, daß das Gesetz gegen die Trunksucht endlich dem Hause vorgelegt werden möge. — Herr Feus hat Klage geführt, daß das preussische Gesetz, welches den Ungehorsam ländlicher Arbeiter bestraft, noch immer nicht aufgehoben sei. Durch dies Gesetz werde dem ländlichen Arbeiter das Streiken unmöglich gemacht. Dahinter steckt der Jammer der Socialdemokratie, daß es ihr noch immer nicht gelungen ist, die Landarbeiter für sich zu gewinnen. Gewiß würde sie leichtere Arbeit bei ihnen haben, wenn das uneingeschränkte Koalitionsrecht für die Landarbeiter bestände und sie würde sie auch leichter zu Streiks anführen können. Aber zur Besserung ihrer Lohnverhältnisse bedürfen die ländlichen Arbeiter gar keiner Streiks. Das beweist die große Steigerung der Löhne während der letzten 30 Jahre, die fast an die Grenze dessen gehen, was von unsrer in ungunstigen Verhältnissen lebenden Landwirtschaft verlangt werden kann. Die Socialdemokratie verlangt für die ländlichen Arbeiter höhere Löhne und für die industriellen Arbeiter billigeres Brot, also für die Landwirtschaft Steigerung der Produktionskosten und zugleich Verminderung der Einnahmen. Dieser Widerspruch rühet Sie (zu den Socialdemokraten) nicht. Ihnen kommt es nur darauf an, Forderungen aufzustellen, die den Arbeitern unangenehm in die Ohren klingen. Heute tragen viele ländliche Arbeiter ihr Geld auf die Sparkasse. Unter socialdemokratischer Führung würde das bald anders werden, denn die Socialdemokratie hat kein Interesse daran, daß die Arbeiter etwas besitzen, sie könnten dann zufrieden werden. Erfielten sie wirklich etwas mehr Lohn durch Streiks, so würde das auch nicht ihrer, sondern der Parteikasse zu gute kommen. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Diese behauptet die Arbeiter prozentual weit mehr als irgend ein Staat oder eine Kommune ihre Steuerzahler. (Sehr richtig! rechts.) Mein Wahlkreis war einmal socialdemokratisch vertreten und es ergab, daß in dem Wahlbezirk, zu dem das Gut meines Vaters gehörte, fast alle Arbeiter socialdemokratisch gewählt hatten. Mein Vater fragte darauf einige der älteren Arbeiter, weshalb Sie einen Socialdemokraten gewählt hätten. Die Arbeiter antworteten: „Warum soll wir das nicht mal versuchen, sie verprühen uns ja so viel!“ (Heiterkeit.) Das ist der Grund, warum manne Arbeiter für Sie (zu den Socialdemokraten) stimmen. Die drei Jahre bis zur nächsten Wahl hatten aber völlig genügt, die Arbeiter aufzuklären. Sie tusten nur, daß es doch besser sei, ihre Groschen zur Sparkasse zu bringen, als zu der nimmeralten socialdemokratischen Parteikasse. Ein Streik der landwirtschaftlichen Arbeiter könnte leicht die Folge haben, daß die ganze Ernte verdirbt. Das wäre ein Schaden für das ganze Land. Deswegen muß die Gesetzgebung Vorkehrung für solchen Kontraktbruch treffen. Wir müssen daher dafür sorgen, daß auch in denjenigen Teilen des Deutschen Reichs, wo ein Gesetz über die Bestrafung des Kontraktbruchs ländlicher Arbeiter noch nicht besteht, ein solches eingeführt wird.

Abg. Hoch beschwerte sich darüber, daß ein Landrat in der Keimzeit die Kriegervereine seines Bezirkes zusammenberufen und ihnen gesagt habe, sie dürfen keiner Gewerkschaft beitreten. Die Kriegervereine stehen unter dem Wahlspruch: „Mit Gott für König und Vaterland!“ Die Socialdemokratie aber ist befreit, Religion, Königstreue und Vaterlandsliebe aus den Herzen ihrer Anhänger zu entfernen. Ein Kriegervereins-Mitglied bricht die Treue, wenn es irgendwie socialdemokratische Bestrebungen unterstützt, ist es auch nur durch Beitritt zu einer socialdemokratischen Gewerkschaft. Die Kriegervereine müssen der feste Fels bleiben, an dem sich die Wogen der Socialdemokratie brechen! (Bravo! rechts.)

Abg. Euler (C.): Die Einführung des Befähigungsnachweises ist nicht so unausführbar, wie Staatssekretär Graf Pofadowsky meinte.

Abg. Zubeil (Soz.): Gegen ein Trunksuchtgesetz, wie es Dr. Stockmann vorschlug, haben wir Socialdemokraten nichts einzuwenden. Wichtiger aber ist die Einführung einer vernünftigen Arbeiterchutzgesetzgebung, Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Sonst wird sich die Trunksucht nie aus der Welt schaffen lassen. Die Forderung des Koalitionsrechtes für die Landarbeiter hält Dr. Stockmann sächsisch für ein Scheitmander der Socialdemokratie. Er meinte, es läme uns nur darauf an, die Stimmen der ländlichen Arbeiter zu gewinnen. Bei den nächsten Wahlen aber wird Dr. Stockmann sehen, daß wir auf dem Lande auch ohne das Koalitionsrecht weitere große Fortschritte machen werden. Weiter behauptete Dr. Stockmann, die Arbeiter müßten mehr Beiträge an die socialdemokratische Parteikasse als Steuern an Staat und Kommune bezahlen. In Sachsen, wo die stärkste socialdemokratische Organisation besteht, hat die socialdemokratische Partei im letzten Jahrzehnt pro Kopf der Bevölkerung 26,3 Pf. jährlich an die Partei-Partei-Kasse aufgebracht. Im besten Falle werden in unsrer Wahlvereine pro Woche 10 Pf. an die Parteikasse bezahlt, in Berlin bezahlen wir im ganzen Monat 25 Pf. Beitrag. Die Socialdemokratie verspricht den Arbeitern nichts. Sie besitzt nichts und kann daher nichts versprechen. Sie fordert nur die Arbeiter auf, sich in ihrer eignen Organisation zusammenzutun und ihr Recht zu vertreten. Herr Stockmann behauptete, bei der nächsten Wahl hätten dann die Arbeiter, weil von den Versprechungen nichts eingetroffen ist, wieder nicht socialdemokratisch gewählt. In der That wurde aber den Arbeitern vor der Wahl im Jahre 1877 angedroht, es würden unbarbarisch so viel Arbeiter vom Gut getrieben, wie viel socialdemokratische Stimmen sich in der Urne finden würden. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Wenn Sie mit solchen Mitteln kämpfen, ist es freilich nicht zu verwundern, wenn die Arbeiter aus Not nicht wieder socialdemokratisch wählen. Wir versprechen den Arbeitern damals,



dafür zu sorgen, daß die Leibesgenossenschaft aufgehoben werde. Wenn Herr Stadmann es sich zum Verdienst anrechnet, dafür gesorgt zu haben, daß die Arbeiter ihr ganzes Leben lang Knechte bleiben müssen — wir beneiden ihn nicht darum. — Wir vertrauen die Arbeiter allerdings nicht auf das Jenseits. Wir empfehlen ihnen, sich schon in diesem verdammten Jammerthal recht viel Zukererbien zu verschaffen und es Herrn Stöcker gleich zu thun, der es auch verstanden, sich das Leben hier so angenehm wie möglich zu machen. Er muß wohl nicht so ganz sicher gewesen sein, daß wenn er in das Himmelreich kommt, es ihm ebenso gut geht. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.)

Herr Stöcker hat neulich ein Citat aus dem „Vorwärts“ verlesen, in dem die gewerkschaftliche und die politische Organisation ihrem Wesen nach verglichen werden. Diese Ausführungen haben aber niemals im „Vorwärts“ gestanden. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Herr Stöcker hat also hier offenbar wider besseres Wissen, mit Absicht ein Citat verlesen, von dem kein Wort im „Vorwärts“ enthalten war. Ich will nicht sagen, wie man das anderweit im täglichen Leben nennt.

Auch Herr Stöcker hat socialpolitische Gedanken geäußert. Aber Abg. Stöcker selbst heudet die Kinder seiner Kurrende in einer Weise aus, wie es in einer Fabrik kaum jemals vorkommt. Ja, er scheidet sich nicht, die Kinder in Lokale mit Damenbedienung zu schicken, damit sie dort sitzen und Geld in Empfang nehmen — alles zur höheren Ehre Gottes! Ein solcher Mann hat nicht das Recht, sich als einen Freund der Socialpolitik aufzuspielen.

Abg. Gamp suchte die Wohnungsverhältnisse auf dem Lande zu verdeutlichen. Sehen Sie (nach rechts) sich kurz hinter Königswusterhausen bei einem Standesgenossen einmal die Arbeiterwohnhäuser an. Dort giebt es keine Glasfenster, sondern die Fenster sind mit Papier verklebt. Im Parterre giebt es keinen Fußboden usw. Auch bei einem Herrn von Oldenburg sollen die Verhältnisse nicht anders stehen. Ein verheirateter Arbeiter erhält dort pro Jahr 90 M., dazu als Deputat ein Stück Kartoffelfeld, das er am Sonntag bestellen darf. Die Wohnung ist ganz verwaist; die Decke besteht aus Brettern, der Keller ist unbrauchbar. Ein anderer Standesgenosse von Ihnen (nach rechts), auch nicht weit von Berlin, hat ebenso schlechte Arbeiterwohnungen auf seinem Gute. Herr Gamp sollte also mit seinem Lobe etwas vorsichtiger sein.

Gegenüber Herrn Pauli nur wenige Worte. Er will Arbeiterfurcht, aber bei Leibe nicht in so jämmerlichem Tempo! Er hält die sociale Fürsorge, die heute den kranken Arbeitern aus den Mitteln der Versicherungsanstalt zugewandt wird, für viel zu weitgehend; die Gefengetheime sind ihm zu luxuriös. Er fürchtet wohl, an den Kalbsteufen, die er erwähnt, möden sich die Arbeiter den Nagen verderben. Aber für die in der Gefengetheime befindlichen Arbeiter sind die besten Speisen gerade gut genug!

Die Verordnung für die Ziegelei-Arbeiter läuft am 31. Dezember 1903 ab. Der Staatssekretär hat uns nichts davon mitgeteilt, ob sie erneuert werden soll. Inzwischen hat die Regierung Erhebungen über die Arbeitsverhältnisse besonders der jugendlichen Ziegelei-Arbeiter angeordnet.

Die Aufsichtsbearbeiter empfehlen erhebliche Herabsetzung der Arbeitszeit für jugendliche und weibliche Arbeiter in den Ziegeleien. Noch heute werden diese Kinder in allen Teilen Deutschlands in den Ziegeleien ausgebeutet, die Frauenarbeit ist noch sehr verbreitet und die Arbeitszeit beträgt trotz der Verordnung 10—18 Stunden. Vielfach müssen noch Männlein und Weiblein, Verheiratete und Ledige durcheinander in der Nacht beisammen schlafen. Das liegt sicher nicht im Interesse der Sittlichkeit. Um diese skandalösen Zustände zu beseitigen, müssen strengere Maßnahmen gegen die Unternehmer getroffen werden. Heute aber stellen sich die Gerichte fast stets auf die Seite der Unternehmer, höchstens werden Strafen von 5 bis 20 Mark verhängt, die natürlich ohne Wirkung bleiben. Die Arbeiter empfinden das als Parteilichkeit. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Vizepräsident Bösing:

Herr Abgeordneter, ich kann nicht zulassen, daß Sie dem deutschen Richterstand Parteilichkeit vorwerfen. Ich rufe Sie wegen dieser Ausführung zur Ordnung. (Bravo! rechts.)

Abg. Jubel (fortfahrend):

Eine Kammergart-Spinnerei hat die Erlaubnis erhalten, innerhalb 60 Tagen bei 80 Arbeitern über 23 000 Ueberstunden zu machen und zwar jeden Abend 2 Stunden! Was müden da alle Bestimmungen und Gesetze! Auch hier in Berlin haben wir in den Großmühlen eine 18stündige Arbeitszeit und eine fast regelmäßige Sonntagsarbeit. Wie die Landes-Polizeibehörden Bundesrats-Verordnungen achten, dafür nur ein Beweis. Am 9. März v. J. sind die Gastwirtsgehilfen in Berlin beim Polizeipräsidium eingefommen, es möge doch endlich gemäß der Bundesrats-Verordnung vom 21. Januar die neunstündige Ruhepause durch amtliche Verordnung in Berlin eingeführt werden. Eine Antwort aber wurde den Gastwirtsgehilfen nicht zu teil; statt dessen hat das Polizeipräsidium die Petition den Gastwirts-Zmungen überreicht. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten) mit der Aufforderung, sich darüber zu äußern. Am 21. Dezember beschwerten sich die Gastwirtsgehilfen beim Oberpräsidenten. Aber sowohl Polizeipräsidium wie Oberpräsident schweigen noch heute!

Wenn das am grünen Holz geschieht, wie mag es da erst draußen im Lande aussehen. — Als wir die Arbeitslofenfrage hier behandelten, hatten sich die Berliner Gewerkschaften an den Reichskanzler gewandt mit der Aufforderung, ihnen aus Reichsmitteln eine Unterstützung zukommen zu lassen. Dies geschah am 17. Januar 1902. Erst am 19. Juni 1902 hat der Reichskanzler die Gewerkschaften einer Antwort gewürdigt und wie lautete die Antwort: Für die gefällige Mitteilung der auf die Arbeitslofenstatistik bezüglichen Tabellen danke ich verbindlich. Wegen des in der Eingabe vom 14. März erwähnten angeblichen Geheimnisses des königlich preussischen Justizministers, dessen Existenz im preussischen Abgeordnetenhaus ausdrücklich verneint wurde, stelle ich anheim, etwaige Vorstellungen an den genannten Minister zu richten. Zur Gewährung von Geldbeihilfen an Gewerkschaften stehen mir Mittel nicht zur Verfügung. — Reichskanzler — Reichsamt des Innern. — Was würde der Verband der Industriellen dazu sagen, wenn er so behandelt würde. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.)

Es mag Ihnen (zur Mehrheit) unangenehm sein, wenn Tag für Tag von dieser Stelle aus die Beschwerden der Arbeiterklasse hier der großen Öffentlichkeit unterbreitet werden. Aber steter Tropfen höhlt auch hier den Stein, unsere mausgeheute Kritik zwingt Sie doch dazu, eine etwas ernsthaftere Socialpolitik für die deutsche Arbeiterklasse zu machen. Wir fürchten uns nicht vor den Reichstagswahlen; wir wünschen, sie möden morgen stattfinden, die Socialdemokratie ist für den Kampf gerüstet! Dann wird sich zeigen, wer sich bei der deutschen Arbeiterklasse Vertrauen erworben hat, die Socialdemokratie oder Sie. (Beifall bei den Socialdemokraten.)

Darauf verlegt sich das Haus.

Persönlich bemerkt

Abg. Pauli-Potsdam (l.): Ich habe mit keinem Wort gesagt, daß bei den Heilanstalten der Invalidenversicherung, namentlich in Weitz, das Eisen zu reichlich sei, sondern nur, daß dort das Eisen vielfach in einer Weise verwandt werde, die nicht zu billigen sei. Herr Jubel sollte erst einmal richtig zuhören lernen.

Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Beratung.)

Schluß 6 1/2 Uhr.

## Abgeordnetenhaus.

23. Sitzung vom Dienstag, 17. Februar, 11 Uhr.  
Am Ministertische: Müller.  
Die zweite Lesung des Etats wird beim Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung fortgesetzt.

Abg. Dr. Barth (fr. Bg.) macht darauf aufmerksam, daß die Einrichtungen aus den staatlichen Bergbauwerken einer bedeutenden Steigerung fähig wären, wenn etwas weniger bürocratisch und mehr launmässig verfahren würde.

Bei den Ausgaben (Titel I „Ministergeld“) liegt vor eine Resolution Defer (fr. Bg.), den zollfreien Veredelungsverkehr in solchen Fällen zu gestatten, in denen durch verschiedene Bemessung der Preise für inländische Rohstoffe und Halbfabrikate, je nachdem es sich um den Abiag im Inland oder Ausland handelt, preussischen Unternehmern die Ausfuhr ihrer Erzeugnisse unmöglich gemacht wird.

Abg. Dr. Defer (fr. Bg.) begründet diese Resolution. Ich bitte, in der Resolution nicht mehr zu lesen, als wirklich darin steht. Es soll die Verarbeitung ausländischen Rohmaterials im Inlande soweit wie möglich ausgedehnt werden, um einen Schutzwall gegen das Wertverfall einzelner Kartelle zu haben. Herr Hirsch-Essen hat vor kurzem gemeint, das Verbot von Kartellen müßten auch die Arbeiter mit Freunden begrüßen. Ich will zugeben, daß in Zeiten der Hochkonjunktur die Kartelle keine Veranlassung haben, niedrige Arbeitslöhne zu zahlen. Der Arbeitslohn wird einfach auf den Preis geschlagen. Anders liegt es aber in Zeiten der Krise. Dann werden sich die Kartelle so schädlich wie möglich zu halten suchen; in erster Linie wird dann an den Arbeitslöhnen gespart. (Sehr richtig! links.) Das Vorgehen des Eisenkartells, des Textilkartells, des Spinnerkartells usw. beweist, daß überall die gleichen Manipulationen vorgenommen werden, und daß ein Einbrechen des Staates nötig ist. Auch der Zeitpunkt zu einer Aenderung ist sehr günstig. Wir stehen vor dem Inkrafttreten eines neuen Zolltarifs, von dem wir annehmen, daß er eine internationale Anschwellung der schutzlosen Bewegung zur Folge haben wird. Um so mehr muß unser Bestreben dahin gehen, unserer inländischen Industrie möglichst billige Rohstoffe zu verschaffen. Nun hat man im Reichstag versucht, diese Frage zu lösen durch Einfügung einer Kartellklausel in das Zolltarif-Gesetz. Dieser Versuch ist aber leider nicht geglückt. Hier liegt, wie ich glaube, ein Punkt vor, wo Schutzzölner und Freihändler zusammen gehen können.

Preussischer Handelsminister Müller: Der Antrag Defer stößt eigentlich offene Thüren ein. Schon heute wird in jedem einzelnen Falle genau geprüft, ob es im Interesse der inländischen Industrie liegt, den zollfreien Veredelungsverkehr zuzulassen. Ich habe im Namen der Regierung zu erklären, daß wo durch die erhöhten Zölle eine schädigende Wirkung eintreten könnte, wir für die verarbeitenden Industrien in weitgehender Weise als bisher den zollfreien Veredelungsverkehr zulassen werden. Ich kann deshalb nicht einsehen, daß die Annahme des Antrags Defer irgendwie notwendig ist. In der Sache sind wir alle einverstanden.

Abg. Borster (fr.): Der Abg. Defer hat heute wieder von den verwerflichen Manipulationen des Spinnerkartells gesprochen. Erstens hat dieses Kartell nur 1 1/2 Jahre bestanden und zweitens müßte jeder, der im industriellen Leben einigermaßen Bescheid weiß, wissen, daß die Spinneret in Deutschland Rot leidet. (Sehr richtig! rechts.) Auch mit dem Schienenkartell hat sich Herr Defer geirrt. Minister Bubbe hat in der Budgetkommission ausdrücklich anerkannt, daß er mit dem Schienenkartell durchaus zufrieden ist. Herr Defer hat sich wieder darüber beklagt, daß die Kartelle nach dem Auslande billiger verkaufen als nach dem Inlande. Nun kann es dem inländischen Konsumenten doch ganz gleichgültig sein, was für Preise die Kartelle in Holohama oder San Francisco nehmen. (Widerspruch links.) Herr Defer muß uns immer erst noch beweisen, daß der inländische Konsument dadurch geschädigt wird. Der Gedanke, daß deutsche Industrielle sich nach Holland begeben könnten, ist unsinnig. Es giebt keinen deutschen Industriellen, der in ein Land gehen wird, wo er sich die Bedingungen von den Arbeiterorganisationen aufzwingen lassen muß. (Sehr richtig! rechts.) Wenn Herr Defer der exportierenden Industrie nützen will, so möge er den Einfluß auf seine Freunde im Reichstags dazu benutzen, daß sie die Anträge auf Verkürzung der Arbeitszeit und andre socialpolitische Anträge, die die Exportindustrie schwer befallen würden, ablehnen. Durch jene Anträge würde die Exportindustrie einfach ruiniert. Den ganz unbestimmt gefaßten Antrag Defer bitte ich abzulehnen. (Bravo! rechts.)

Abg. Hirsch-Essen (nat.) bittet ebenfalls um Ablehnung des Antrags Defer. Wenn der inländische Konsument teurer kauft als der ausländische, liegt dies oft daran, daß er es versäumt habe, in der Zeit der absteigenden Preise zu kaufen.

Abg. Gortzein (fr. Bg.): Den inländischen Konsumenten gehen die Auslandspreise der Kartelle dann sehr viel an, wenn er mit einem Teil seiner Produktion auf den Auslandsmarkt angewiesen ist und dort nicht konkurrenzieren kann, weil das Ausland kohlener oder das Eisen billiger kauft als er selbst. Die Anträge auf Verkürzung der Arbeitszeit sind nicht von den Freisinnigen gestellt worden, sondern außer von den Socialdemokraten vom Centrum. Der Minister nannte den Antrag Defer formlos, er meinte, der Antrag renne offene Thüren ein. Wenn das wirklich der Fall ist, dann könnten doch die Herren Borster und Hirsch für ihn stimmen. Herr Hirsch machte den Konsumenten den Vorwurf, daß sie sich nicht rechtzeitig geduldet haben. Gerade das Kohlenkartell, das Coalitionskartell, der Robeisenverband und der Holzzeugverband haben die Abnehmer zu langen Wschlüssen mit den hohen Preisen gezwungen. Die Streiks in Holland werden deutsche Unternehmer nicht abhalten, ihre Fabrikation nach Holland zu verlegen, wenn sie dort die Rohmaterialien billiger erhalten. Der Vinnenschiffbau hat sich vom Niederkommen ganz nach Holland gezogen.

Abg. Herold (l.): Mit der verschiedenen Preisbemessung für Inland und Ausland ist häufig Mißbrauch getrieben worden, aber es wäre falsch, diese doppelte Preisbemessung unter allen Umständen zu verwerfen. An sich sind die Kartelle berechtigt. Nur dem Mißbrauch muß entgegengetreten werden. Da sind gesetzgeberische Maßnahmen an der Hand. Der Minister hat sich in Hannover gegen solche Maßnahmen ausgesprochen. Es wäre vorsichtiger gewesen, wenn der Minister erst die Enquete abgewartet hätte. Gerade die Kartelle machen eine gesetzliche Festlegung der Arbeitszeit erforderlich. Auch der Ruf des Handelsministers an die gewerbliche Bevölkerung hat mich merkwürdig berührt. Er ist doch nicht mir Handelsminister, sondern Staatsminister. Es geht zu weit, wenn ein Ressortminister die Verfassungsklage zur Agitation auf die Schanzen ruft.

Handelsminister Müller: Durch meine Rede in Hannover habe ich das Mißfallen des Abg. Herold erregt. Ich meine, wo ich im Kreise meiner Berufs- und Fachgenossen rede, brauche ich aus meinem Herzen kein Geht zu machen. So habe ich mich den Kaufleuten in Hannover gegenüber offen ausgesprochen, ihnen das Beispiel der Landwirte vorgeführt, die ihre Berufsinteressen kräftig zu wahren verstehen und ihre Enquete, sucht eure Wünsche zur Geltung zu bringen durch Männer, die eure Interessen im Parlament vertreten. Denn wir sind nur die Exekutive, wir müssen mit den tatsächlichen Wachstumsfaktoren im Parlament rechnen. Herr Herold hat dann gegen meine Aeußerung über die Kartell-Gesetzgebung polemisiert. Ich habe meine Meinung dahin ausgesprochen, daß ich gesetzgeberische Maßnahmen gegen die Kartelle kaum für wirksam halte. Man müßte dann unter Strafe stellen, daß Menschen sich zusammenschließen. Herr Herold hat mich im Reichstag angegriffen, weil ich mich in einer Rede in Köln gegen den Maximal-Arbeitszeit erklärt habe. Nach meiner Ueberzeugung kann ein Aufsteigen aus unteren nach oberen Regionen nicht erfolgen, wenn die Arbeitskraft des erwachsenen Mannes beschränkt wird. Ich halte es socialpolitisch für wichtiger, die Möglichkeit dieses Aufstieges frei zu lassen, als ihn durch Beschränkung der Arbeitszeit zu unterbinden. Etwas anderes ist es aber, ob ich in Köln meine Privatmeinung ausspreche oder hier als Minister und Vertreter der Staatsregierung spreche. Ich halte die Frage der Arbeitszeit-Verkürzung für so wichtig, daß ich meine Meinung nicht wie einen Rock ablegen kann in dem Augenblick, wo ich Minister geworden bin. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. Friedberg (nat.): Gerade die Aufforderung, die Berufsinteressen zu wahren, ist Aufgabe des Ressortministers. Besonders Fürst Bismarck hat die verschiedenen Berufsstände zur Vertretung ihrer Berufsinteressen aufgefordert. Herr Herold hat die

Aeußerungen des Handelsministers etwas unvorsichtig genannt. Ich habe noch nie gehört, daß er einen ähnlichen Vorwurf gegen den Landwirtschaftsminister erhoben hat. (Große Heiterkeit.) Es ist wohl kein Zweifel, wer in seinen Aeußerungen unvorsichtiger ist der Handelsminister oder der Landwirtschaftsminister. Wenn ein Minister im Kreise seiner ehemaligen Berufscollegen spricht, so knüpft er eben seinen ministeriellen Rock etwas auf.

Abg. v. Heydebrand und der Lasa (l.): Im Namen meiner politischen Freunde muß ich doch einige Bedenken gegen die Aeußerungen des Handelsministers und seine Rechtfertigung erheben. Wir haben hier die Empfindung, wenn überhaupt etwas weniger an schönen Reden geleistet würde. Die Minister sollten sich doch nicht bloß als Ressortminister fühlen, sondern auch bedenken, daß sie als Staatsminister der Teil eines festgefügt Ganzen sind und als solche Bedenken tragen, den Rock zu weit zu öffnen. Ihr Wort gewinnt sicherlich an Wert, wenn es seltener eingesetzt wird. Im ganzen wäre also eine größere Zurückhaltung wünschenswert.

Handelsminister Müller: Ich bin dem Vorredner dankbar für die konziliante Art und Weise, wie er dem Mißfallen über meine Rede Ausdruck gegeben hat. Ich kann nur sagen, ich spreche nicht zu meinem Vergnügen, sondern aus Zwang. Wir müssen bei solchen Gelegenheiten antworten, und nur mit Nebenarten zu antworten, fällt mir sehr schwer. (Heiterkeit.) Aber ich gebe zu, man kann verschiedener Meinung darüber sein, ob ich bei meinen Reden immer richtig vorgegangen bin. Den Vorwurf kann ich aber zurückweisen, daß ich mit meinen Reden irgendwie die Einheit des Staatsministeriums gestört hätte. Ich habe mich nur zu Fragen geäußert, in denen ich mich schon früher ganz prononciert geäußert habe. In Bezug auf die Kartelle habe ich nur meine persönliche Meinung gesagt, die mich nicht gehindert hat, alles zu thun, um die Enquete mit herbeizuführen. In dem Appell an die Kaufleute, sie sollten für bessere Vertretung ihrer Berufsinteressen im Parlament sorgen, kann ich kein Kapitalverbrechen erblicken. Es ist notwendig, daß so etwas ausgesprochen wird. Sie (nach rechts) habe ich dabei als leuchtendes Vorbild hingestellt, wie Sie es verstanden haben mit Hintanhaltung Ihrer persönlichen Interessen Sachinteressen zu vertreten. Die Aktion, die Sie mir heute erteilt haben (Heiterkeit), werde ich mir aber zur Warnung dienen lassen. Freilich niemand kann aus seiner Haut heraus. In vielen Dingen denke ich anders, als Sie (nach rechts). Das mühen Sie ja auch und trotzdem haben Sie mich bei meinem Amtsantritt freundlich begrüßt. Sie können auch versichert sein, daß ich bei meinen Entscheidungen stets vollste Objektivität bewahren werde. (Beifall.)

Abg. Dr. Sattler (nat.): Auch ich würde es für besser halten, wenn weniger geredet würde. Das gilt aber nicht nur für Minister, sondern auch für Parlamentarier und auch für die Freunde des Herrn v. Heydebrand. Die Einheit des Staatsministeriums ist vom Handelsminister in keiner Weise gestört worden. Herr v. Heydebrand hätte seine Rede besser beim Titel „Ministerpräsident“ gehalten. Sie wäre da um so angezeigter im Hinblick auf die letzte offiziöse Kundgebung, in der es hieß, die Regierung werde wohl gegen den Bund der Landwirte nicht Stellung nehmen, aber wie sich der einzelne Minister zu ihm stellen werde, das bleibe abzuwarten. Vielleicht nimmt Herr v. Heydebrand bei der dritten Lesung des Etats Gelegenheit, seine Rede beim Titel „Ministerpräsident“ zu wiederholen.

Abg. Herold (l.): Der Minister hat ja inzwischen selbst schon eingesehen, daß er besser etwas mehr Zurückhaltung geübt hätte. Seine Unterscheidung von Reden, die er hier und im Lande hält, kann ich nicht gelten lassen. Er spricht immer als Minister. Ob Fürst Bismarck als Minister die einzelnen Verufe zur Agitation aufgefördert hat, weiß ich nicht. Als er aus dem Amte geschieden war, hat er es getan. Wenn er es früher getan haben sollte, so war das eben ein Fehler, von denen ja auch Fürst Bismarck nicht frei war. Hierauf verlegt sich das Haus.

Zur Geschäftsordnung bemerkt  
Abg. Defer (fr. Bg.), daß er seinen Antrag vorläufig zurückziehe.  
Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Beratung.)  
Schluß 4 1/2 Uhr.

Den Richard Frankeschen Eheleuten zu ihrer silbernen Hochzeit am 18. Februar die herzlichsten Glückwünsche. Familie Krieglstein. [2271b]

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
(Verwaltungsstelle Berlin).  
**Todes-Anzeige.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Gürtler

**Oskar Hubert**  
am 15. d. M. gestorben ist.  
Eure feinem Andenken!  
Die Beerdigung findet statt am Donnerstag, den 19. Februar, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Charité nach dem Charité-Kirchhof, Müllerstraße.  
Kege Beteiligung erwartet.  
Die Ortsverwaltung.

**Bekanntmachung.**  
Wegen Verlegung des Kassenlokals nach

**Burgstrasse 1b I.**  
bleibt die Kasse am

**Donnerstag, 5. März 1903**  
geschlossen.  
Berlin, den 16. Februar 1903.  
Der Vorstand der Betriebs-Krankenkasse der Stadtgemeinde Berlin.

271/2 N. Pl.: Rittershausen.

**Siebengebirgs-Geld-Lotterie**  
Ziehungsanfang 4. März.  
Gewinne = 450 000 Mark.  
Ganze Lose à 4 M., halbe à 2 M.  
Porto u. Liste 30 Pf. extra  
empfehlen die Glückskollekte

**J. Rosenberg,**  
51 Kommandanten-Strasse 51.

**Dr. Simmel,** Prinzen-Str. 41.  
Spezialarzt für [59]6\*  
**Haut- und Harnleiden.**  
10-2, 5-7. Sonntags 10-12 2-4.

**5. Siebengebirgs Geld-Lotterie.**  
Ziehung 4. März er. u. folgende Tage, 12 000 Gewinne im Betrage von **450 000 Mark bar.**

Die Hauptgewinne sind: 613L  
100 000, 60 000, 40 000, 20 000, 10 000 M. etc.  
1/2 Lose a 4 M., 1/4 a 2 M. (Porto und Liste 30 Pf. extra)  
empfehlen u. versenden auch gegen Nachnahme und Briefmarken

**Werner & Co.,** Bank-Geschäft, Friedrich-Str. 108/109, Echo Krauson-Strasse.



Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Theater.**  
Mittwoch, den 18. Februar.  
Anfang 7 1/2 Uhr:  
Opernhaus, Subscriptionsball.  
Schauspielhaus, Ohjes und sein Ring.

Deutsches, Roma Bama.  
Berliner, Mi-Deibelberg.  
Veßing, Der blinde Passagier.  
Neues, Die Flegel. Vorher: Der Oberlehrer.  
Reisens, Lufti (Loute).  
Westen, Der Propbet.  
Thalia, Der Cameliönkel.  
Central, Geschlossen.

Welle-Alliance, Am Telefon.  
Girauj, Cupido u. Cie.  
Anfang 8 Uhr:  
Schiller O. (Wallner-Theater).  
Das Geheimnis der Gilde.  
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädt. Theater). Wohlthätige Frauen.  
Carl Weh. Das sechste Gebot.  
Buntes, Vorano di Medici.  
Luifen, Der Reineidbauer.  
Kleines, Kadtschl.  
Trianon, Die Rotbrücke.  
Apollo, Frau Luna.  
Metropol, Rappé! Rappé!  
Casino, Cavalleria rusticana.  
Palast, Berliner Luft. Spezialitäten.  
Wintergarten, Spezialitäten.  
Reichshallen, Stettiner Sänger.  
Steidl, Steidl-Sänger.  
Passage-Theater, Spezialitäten.  
Passage-Panoptikum, Spezialitäten.  
Irauta, Taubenstraße 48/49.  
Das Land Tirol.

Jubiläumstraße 57/62, Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

**Central-Theater**  
Mittwoch wegen Vorbereitung: Geschlossen.

Donnerstag, den 19. Februar 1903:  
Erstes Ensemble-Gastspiel der Wiener Operetten-Gesellschaft von Venedig in Wien, unter Leit. d. Dir. Gabor Steiner.  
Zum erstenmal, 7 1/2 Uhr:  
Das Mädchen von der Heilsarmee.

**Thalia-Theater.**  
Dresdenerstraße 72/73.  
Anfang 7 1/2 Uhr:  
Der Cameliönkel.

Morgen und folgende Tage: Der Cameliönkel.  
Sonntagmittag 3 Uhr: Romeo und Julia.

**Luisen-Theater.**  
Der Reineidbauer.  
Anfang 8 Uhr.

Morgen: Gastspiel des Opern-Theaters des Westens: Der Waffenschmied.  
Freitag: Benefiz für Herrn Bartels.  
Zum erstenmal: Der Fall Clémenceau.  
Sonntag: Die Maschinenbauer von Berlin.

**Residenz-Theater**  
Direktion: Sigmund Lautenburg.  
Abends 7 1/2 Uhr:  
Lutti (Loute).

Schwanz in 4 Akten von Pierre Veber.  
Deutsch von Max Schönau.  
Morgen: Dieselbe Vorstellung.  
Sonntag 12 Uhr: Leonarda.  
Vorher: Conference von St. George Banar.

**Trianon-Theater.**  
Georgenstrasse,  
zwischen Friedrich- u. Universitätsstr.  
Die Rotbrücke.  
Luftspiel in 3 Akten von Fred Grézac und Francis de Croisset.  
Anfang 8 Uhr.

**Buntes Theater**  
Köpnickerstrasse 68.  
Abends 8 Uhr:  
Lorenzo de Medici.

Donnerstag, den 19. Februar, bei bedeutend ermäßigten Preisen.  
(Parkett 1,60 M.)  
Jugend.

**Metropol-Theater.**  
Mit glänzender Ausstattung:  
Neuestes!  
Allerneuestes!

Revue in 5 Bildern von J. Freund.  
Musik von Victor Holländer.  
Gastspiel Julius Spielmann.  
Emil Thomas a. G., Henri Bender.  
Frid Frid, Fl. Siding, Hansi Reichsberg.  
300 Mitwirkende.  
Grandioses Ballett.  
Anfang 8 Uhr.  
Rauchen überall gestattet.

**Kleines Theater.**  
Unter den Linden 44.  
Anfang 8 Uhr.  
Nachtasyl.

### Schiller-Theater.

**Schiller-Theater O.**  
(Wallner-Theater).  
Mittwoch abends 8 Uhr:  
Das Geheimnis der Gilde.  
Schauspiel in 4 Akten von August Strindberg.  
Deutsch von Ernst Krausweller.  
Donnerstag abends 8 Uhr:  
Der Meister von Palmyra.  
Freitag abends 8 Uhr:  
Wohlthätige Frauen.

**Schiller-Theater N.**  
(Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater).  
Mittwoch abends 8 Uhr:  
Zum erstenmal:  
Wohlthätige Frauen.  
Luftspiel in 4 Akten von Ad. L'Arronge.  
Donnerstag abends 8 Uhr:  
Heimat.  
Freitag abends 8 Uhr:  
Ein Ehrenwort.

### Urania.

Taubenstrasse 48/49.  
Abends 8 Uhr:  
Das Land Tirol.

**Sternwarte**  
Invalidenstrasse 57/62.

**CASTANS Panoptikum**  
Friedrichstrasse 165.  
Neu! Miss Karri  
die schöne Tätowierte.  
Neu ausgestellt:  
**Otto Reutter.**  
Gr. Promenaden-Konzert.

**Passage-Theater.**  
Anf. Sonnt. 3. Wochent. 5.  
Abendvorst. 8 U. Ende 11 U.  
Ganz Berlin zerbricht sich den Kopf über

**Aga**  
die schwebende Jungfrau.  
Mysteriöses Theaterstück in 1 Akt.  
The three Devils: Die Wettfahrt im Todesring.  
14 erstklassige Nummern.

**Apollo-Theater.**  
Heute um 8 Uhr:  
Frau Luna.

Um 9 1/2 Uhr: 8 orakl. Spezialitäten.  
Um 10 1/2 Uhr: Original-Cake-Walk.  
Sensationell!  
(3 Regier und 3 Regierinnen)  
Robert Steidl auf d. Sängerboden.  
Donnerstag: Raffris Hochzeit.  
Sonntagmittag 3 Uhr: Frau Luna.

**Belle-Alliance-Theater.**  
Abendlich 7 1/2 Uhr:  
Am Telefon.

**Cupido & Cie.**  
Schauspiel mit Gesang und Tanz in 3 Aufzügen.

**Casino-Theater**  
Lothringersstr. 37.  
Bischofsplatz 8, Sonntag 7 1/2 Uhr.  
Neue Debuts!  
Molly Verch! Raponé!  
Dazu: Bonné Atlessy.

**Unteroffizier Lehmann**  
Cavalleria rusticana.

**Carl Weiss-Theater.**  
Große Frankfurter Straße 132.  
Das sechste Gebot.  
Modernes Zeit- und Sittenbild in sechs Vorgängen von Ernst Krenek.  
Vorher:  
Wie denken Sie über Treysus?  
Anfang 8 Uhr:  
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

**Cirkus Schumann**  
Mittwoch, den 18. Februar 1903, abends 7 1/2 Uhr:  
Grosse Parade-Vorstellung.  
Phänomenales Novitäten-Programm.  
Direktor Albert Schumanns neueste Kreationen.  
Die Billard-Künstler Les Brunin.  
Am 27. Februar unwiderruflich letztes Auftreten.  
Sans Rival!

**Palast-Theater**  
Burgstraße 22. Früher: Fern-Palast.  
8 1/2 Uhr.  
Berliner Luft.

**Berliner Luft.**  
Zwickel . . . . . Dir. R. Winkler.  
Unerreicht  
ist das neue Februar-Programm.  
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.  
Morgen und folgende Tage: Berliner Luft.

**Gratweils Bierhallen**  
Theater u. Variété  
Kornmarktstr. - Straße 77/79.  
Direktion: Carl Haverland.  
Täglich: Gr. Vorstellung.  
Das grosse amüsante  
Februar-Programm.  
Nur allererste Kunstkräfte.  
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.  
Jed. Sonnabend, Sonntag u. Mittwoch nach der Vorstellung:  
TANZ.

**Gefellschaftshaus „Oftend“**  
Wilmersdorferstr. 67. 22866  
Noch einige Sonntage sow. zweiter  
Osterfeiertag zu vergeben. E. Herzog.

**Königstadt-Casino.**  
Holzmarktstr. 72. Ecke Alexanderstr.  
Täglich erstl. Spezialitäten-Vorstellung. Jed. Mittwoch, Sonnabend und Sonntag Tanzkränzen.  
Auf. Wochent. 8. Sonntags 6 Uhr.

### Cirkus Busch.

Mittwoch, den 18. Februar 1903, abends 7 1/2 Uhr:  
Grosse Vorstellung.  
Dahomey mit Elefanten-Schauspielen.  
Clown Ghezzi, Seelöwen.  
Boeren als Kunstschützen.  
Sonntag, den 21. Februar er. nachm. 3 Uhr: Parade-Gala-Vorst.  
Der Ertrag wird wohlthätigen Zwecken zugewendet.

### WINTERGARTEN

Aus dem interessanten  
Februar-Programm

Cireling the Cire.  
Otto Reutter.

Les Darts  
etc. etc.

**W. Noack's Theater.**  
Direktion: Robert Dill.  
Brunnenstrasse 16.  
Mit neuer Dekoration!  
Mit verstärktem Personal!

**Die Räuber.**  
Donnerstag:  
Luftschlösser.

**Bernhard Rose-Theater**  
Babür. 58.  
Mittwoch, den 18. Februar 1903:  
Othello,  
der Mohr von Venedig.

Trauerpiel in 5 Akten von William Shakespeare.  
Anfang 8 Uhr.  
Nach der Vorstellung: Tanz.  
Freitag: Das Mädel ohne Geld.  
Volksstück mit Gesang.  
Dienstag, 24. Februar (Festnach):  
Ein Sommertag in der Jungfernheld.

**Sanssouci**  
Jeden Sonntag, Montag, Donnerstag:  
Hoffmanns  
Norddeutsche Sänger.  
Nach jeder Solree:  
Tanz-Kränzen.  
Lott ist dot.  
Sensationenparodie.  
Sätze zu Festlichkeiten.

**Steidl-Theater**  
Linienstr. 132.  
Oranienburger Thor.  
Täglich 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

Das unvergleichliche Programm  
mit  
**Unser Kakeknecht**  
Entree 50 Pf.  
(Vorverkauf 40 Pf.) Speerth 1 M.

**Palast-Theater**  
Burgstraße 22. Früher: Fern-Palast.  
8 1/2 Uhr.  
Berliner Luft.

**Berliner Luft.**  
Zwickel . . . . . Dir. R. Winkler.  
Unerreicht  
ist das neue Februar-Programm.  
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.  
Morgen und folgende Tage: Berliner Luft.

**Gratweils Bierhallen**  
Theater u. Variété  
Kornmarktstr. - Straße 77/79.  
Direktion: Carl Haverland.  
Täglich: Gr. Vorstellung.  
Das grosse amüsante  
Februar-Programm.  
Nur allererste Kunstkräfte.  
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.  
Jed. Sonnabend, Sonntag u. Mittwoch nach der Vorstellung:  
TANZ.

**Gefellschaftshaus „Oftend“**  
Wilmersdorferstr. 67. 22866  
Noch einige Sonntage sow. zweiter  
Osterfeiertag zu vergeben. E. Herzog.

### Reichshallen.

**Stettiner Sänger.**  
Anfang: Sonntags 7.  
Bischofsplatz 8 Uhr.  
Zum erstenmal:  
Wohlthätige Frauen.  
Luftspiel in 4 Akten von Ad. L'Arronge.  
Donnerstag abends 8 Uhr:  
Heimat.  
Freitag abends 8 Uhr:  
Ein Ehrenwort.

**Deutsche Konzerthallen**  
Spandauer Brücke 3  
Special-Ausschank  
der Berliner  
Bockbrauerei.  
Grosser  
Bock-Trubel.

Um 10 Uhr abends  
Einzug Gambirinus  
mit Gefolge.

**Etablissement Buggenhagen**  
am Moritzplatz.  
Jeden Tag:  
Der schöne Max aus  
Franz-Budholz.  
Heute: Bockbierfest.  
Im Kaiser-Saal:  
Norddeutsche Sänger  
und Tanz.

**Siebengebirgs-Geld-Lotterie.**  
Ziehung:  
4. März cr.

12 000 Geldgewinne baar  
ohne jeden Abzug zahlbar von Mk.

450 000  
100 000  
60 000  
40 000  
20 000

Hauptgewinn: Mark  
Lotto à 4 Mk. Halbo à 2 Mk.  
Für Porto und Listo 30 Pf. extra

**Oscar Bräuer & Co. Nachf.**  
G. m. b. H. Bank-Geschäft  
Berlin W. Friedrichstr. 161.  
FILIALEN:  
NW., Wilsnackerstr. 63.  
O., Andreasstr. 46a.  
SO., Oranienstr. 177.

### Socialdemokrat. Wahlverein Charlottenburg.

Donnerstag, den 19. Februar, abends 8 Uhr, im „Volkshaus“,  
Hofenstr. 3:  
**General-Versammlung.**

Tages-Ordnung:  
1. Unsere Vorbereitungen zu den kommenden Reichstagswahlen. Referat: Reichstags-Abgeordneter Fritz Jubeil. 2. Diskussion. 3. Bericht des Vorstandes, des Kassierers und der Revisoren. 4. Diskussion. 5. Verschiedenes.  
Neue Mitglieder werden in dieser Versammlung aufgenommen.  
Zahlreichen Besuch erwartet

Der Vorstand.  
**Steinarbeiter!**

Freitag, den 20. Februar, abends 8 Uhr, im Englischen Garten,  
Alexander-Str. 27c:  
**Versammlung.**

Tages-Ordnung:  
1. Fortsetzung der Beratung aus der letzten Versammlung. 2. Die neue Tarifvorlage seitens der Steinmetz-Gewerkschaft. Das Erscheinen aller Kollegen erwartet

Der Vertrauensmann.  
**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**

Heute Mittwoch, den 18. Februar, abends 8 1/2 Uhr,  
im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:  
**Vertrauensmänner-Versammlung**  
sämtlicher Bezirke und Branchen.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Gewerbe-Inspektors Herrn Dr. Rasch über: „Die Gewerbe-Raffinerie in Holzbearbeitungsfabriken.“ 2. Bericht über die Differenzen. 3. Verhandlungsangelegenheiten.  
Die Kollegen werden ersucht, aus jeder Bezirk Vertrauensmänner zu entsenden. Auch nicht Vertrauensmännerliche legitimiert.

Die Ortsverwaltung.  
Sonntag, den 21. Februar, bei Keller, Sobbenstraße:  
**Masken-Ball.**

**Verein socialdemokrat. Gast- u. Schankwirte**  
Berlins und Umgegend.  
Freitag, den 20. Februar 1903, nachmittags 5 1/2 Uhr,  
bei Franke, Sebastianstr. 39:  
**Versammlung.**

Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Vereinsangelegenheiten.  
In dieser Versammlung tritt zum erstenmal der Beschluss der letzten Generalversammlung betreffend den Unterstützungsfonds in Kraft.

Der Vorstand. H. v. Ferdinand Ewald.

**Central-Verband der Maurer Deutschlands.**  
Bezirk Moabit.  
Sonntag, den 21. Februar 1903, im Restaurant Karolinenhof, Bismarckstr., Spandauer Schiffbaukanal:  
**Grosser Wiener Maskenball.**  
Zahlreichen Besuch erwartet  
Das Komitee und der Jubiler Max Brey.

**Cohns Festsäle, Beuthstr. 19.**  
Sonntag, den 21. Februar 1903:  
Für Fester des  
**40. Stiftungs-Festes**  
**Gr. Wiener Maskenball**  
veranstaltet vom  
**Verein der Former.**

Anfang 9 Uhr. 12 Uhr: Demoskierung. 1 Uhr: Pause.  
Nach der Pause: Große Ueberraschung.  
Billets à 50 Pf.  
Zu diesem unserm 40. Stiftungsfeste laden Freunde und Gönner unseres Vereins ergebenst ein

Der Vorstand. Das Komitee.  
H. v. Wilhelm Friedrich, Söhnleinstr. 22.

### Central-Verband der Maurer etc.

Zweigverein Berlin.  
Donnerstag, den 19. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:  
**Mitglieder-Versammlung**  
der Zahlstelle Berlin (Maurer) und der Sektion der Putzer.

Tages-Ordnung:  
1. Vornahme der Stichwahlen zum Verbandstag. 2. Vortrag des Genossen Mauasse über: „Vom Wahn zur Wahrheit.“  
Mitgliedsbuch legitimiert. Um rege Beteiligung bittet

Der Vorstand.

**Verband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands**  
Verwaltungsstelle Berlin und Umgegend.

Sonntag, den 21. februar:  
**Feier des 26. Stiftungsfestes**  
in den Gesanträumen der Brauerei Friedrichshain, am Königsthor.  
Ballmusik, ausgeführt von zwei Musikchören.

Während der Pausen:  
1. Reigenfahrten des Radfahrer-Vereins Nixdorf.  
2. Singschulung des Singschulungs-Vereins „Edelweiss“. Dirigent Behold.  
3. Lebende Bilder: „Nach Sibirien“, ausgeführt vom Radfahrer-Verein Nixdorf.  
4. Komische Vorträge.  
Jede Dame erhält beim Eintritt ein Präsent.

Einladung à 50 Pf. pro Person sind zu haben bei: E. Bonnowitz, Nixdorf, Lehnstr. 9 IV. Fr. Bochow, Reichensbergerstr. 107. A. Brunsicke, Neu-Göln a. B. 18. Joh. Guggenberger, Poststr. 12. C. Hesse, Alsterstr. 77/78. W. Jusel, Matternstr. 2. C. Kirschner, Bückerstr. 45. C. Konow, Friedrichsberg, Nieder Weg 10. K. Lehmann, Sidingenstr. 8. Hof III. H. Lenz, Streifenstr. 60 IV. O. Nauendorf, Steglitzerstr. 10. 2. C. Naeged. bei Brandt. Paschen, Neue Hofstr. 28. P. Rast, Bismarckstr. 21. Seitenstr. III. W. Rochow, Hochmeisterstr. 18. C. Rungel, I. W. Runge, Friedrichsberg, Berlinstr. 20. K. Lango, Weihensee, Königshausen 40a. F. Schröder, Gräfstr. 73 IV. H. Schwittau, Spittelmarkt 8/10. O. Schulz, Rixdörferstr. 4. Jul. Siwert, Rixdörferstr. 14 v. I. Um zahlreichste Beteiligung wird gebeten.  
Das Komitee.

188/7



**Vorwärts-Buchhandlung**  
SW., Lindenstrasse 69.

**Vornehmer Zimmerschmuck!**  
Die Freiheit führt das Volk.  
Kupfer-Gravure nach dem Gemälde von G. Delacroix, 95 x 72 cm, M. 6.—  
Der erste Mai, Kupferdruck, 95 x 73 cm, M. 3.—  
Porträt von Engels, Vassalle, Marx, Original-Kupfergravierung auf feinstem Papier, 85 x 65 cm, pro Blatt M. 4.—  
Porträt von Bebel, Liebknecht, Singer, Original-Kupfergravierung auf feinstem Papier, 53 x 40 cm, pro Blatt M. 1,50.  
Farb. Künstler-Zeichnungen, herausgegeben von der Kunstbruderei Künstlerbund Markstraße, sehr hübsche Motive, pro Blatt M. 2,50, pro Blatt gerahmt M. 5,00.

**Photographien**  
von 233/7  
Bebel, Engels, Jacoby, Vassalle, Liebknecht, Marx, Singer.  
Rabatt, Größe 16 1/2 x 10 1/2 cm, a M. 0,50.  
Dieselben, Post-Größe 10 1/2 x 6 1/2 cm, a M. 0,25.  
Bebel, Liebknecht, Boudoir-Größe 13 x 20 cm, a M. 1.—  
Bebel, Vassalle, Liebknecht, Bromsiber-Photographie, 40 x 30 cm, a M. 1.—

**Bayrisch Malzextraktbier.**  
Bestes und billigstes all. Nährliches Malz-Bier. Nährstoffreich. Nährmittel für Diätarmer, Schwächliche und Jungensleibende.  
Stiefelkränze empfohlen. Mehrfach prämiert.  
50 Fl. 3 M. in Haus od. fr. Bahn, Berlin.  
Brauerei Bavaria Berlin NO., Wassmannstr. 29.  
Versand nach allen Bahnhöfen. Kein Flaschenpfand.



**Bekanntmachung.**  
Den Mitgliedern der Central-Präsidenten- und Elerbeleg der Zimmerer, E. F. D. - Kasse Hamburg II, sowie den Mitgliedern des Centralverbandes der Zimmerer zur Mitteilung, daß vom 17. Februar d. J. ab alle Angelegenheiten Poststraße Nr. 47 abgehandelt werden.  
Allen Freunden, Bekannten und Gönnern zur Nachricht, daß ich wegen Weib mein Geschäft verlegen muß, und ersuche, das bisherige Vertrauen auch auf mein Geschäft Poststr. 47 zu übertragen. Achtungsvoll  
**F. Schumann,**  
Poststraße 32a. 6232\*

**Naturlandbutter** netto 8 Pf. 6,50 Pf.  
Reich. Otto Steiner, Preisbrosch. D. 19. 22315

**Land 2 Mk.**  
pro Woche 45 Zahlung, Garzele 840 qm 300 M., nur mündlich, verkauft Herronymy, Blumenstr. 79.

**Vereinszimmer,** 80 und 40 Personen, mit Piano, für Gesangsvereine geeignet. 5332\*  
Dirksenstr. 39, I. Etage, an der Michaelkirchstr. 23a, meine Berliner **Magendoktor-Fabrik** nach Michaelkirchstrasse 20 verlegt habe. Entsprechend der ununterbrochen steigenden Beliebtheit, welcher sich der konzentrierte Kräuterliqueur

# Zur gefl. Beachtung!

Meiner geehrten Kundschaft in Berlin und Umgebung teile ich ergebenst mit, dass ich infolge des Brandes am 3. d. M. in der Michaelkirchstr. 23a, meine Berliner **Magendoktor-Fabrik** nach Michaelkirchstrasse 20 verlegt habe. Entsprechend der ununterbrochen steigenden Beliebtheit, welcher sich der konzentrierte Kräuterliqueur

## Wurms Magendoktor

auch in Berlin und Umgebung zu erfreuen hat, wird die neue Fabrik ganz erheblich vergrößert. Während der nächsten Monate wird hier **ausschliesslich alt abgelagerte Ware aus meiner Fabrik in Barmen zur Abgabe kommen.** Ausser diversen Eilgutsendungen sind bereits 2 Waggonsladungen von Barmen hier eingetroffen und werden weitere Waggonsladungen regelmäßig folgen.  
Das höchst amüsante und sehr harmlose Spiel: „Springen wir einen Wurm aus?“ (geschützt D. R. G.-M.) wird von jetzt ab in den Restaurationen verbreitet und wird dasselbe nicht vorzuziehen, den zahlreichen Gönnern von „Wurms Magendoktor“ manches fröhliche Viertelstündchen zu bereiten.  
Selbstverständlich können die neun Reisenden, welche ich hier beschäftige, nur allmählich meine werte Kundschaft besuchen. Diejenigen Herren Gastwirte, welche besonderen Wert darauf legen, das hübsche Spiel-Service bald zu erhalten, wollen sich daher per Karte oder telephonisch nach Michaelkirchstr. 20, Tel.: Amt VII 3745 wenden.  
Mit der Bitte an alle meine Freunde und Gönner in Berlin und Umgebung, mir das bisher geschenkte Wohlwollen auch weiterhin zu bewahren, verbleibe  
Hochachtungsvoll  
**Apotheker A. WURM.**



**Raucher Haas-Tabak**



**Specialität: Berliner Shag hell**  
in 10 Pfg. Packeten  
Hochfein im Geschmack u. Aroma.  
ENGROS-NIEDERLAGE:  
**H. SALTZMANN**  
Berlin S. Luisenufer 3

**Cigarren**  
durch Reisende oder Agenten bezogen, kauft man viel zu teuer. Man muß direkt von der Fabrik beziehen. Wir empfehlen zwei preiswerte Marken in milder Qualität:  
„La Bouquet“ a Mille 50 Mk.  
„La Bianca“ a Mille 40 Mk.  
Probefendung 100 Stk. jeder Sorte M. 3.— franko Nachnahme.  
Bei ferneren Bezug nur portofrei bei 500 Stk. 4252\*  
**C. F. Harzer & Söhne,**  
Deutsch-Neudorf (Sachsen). Cigarrenfabrik, gegr. 1842.

**Anzüge nach Maß für Herren-Knaben**  
größte Auswahl in in u. ausländischen Stoffen für Paletots, Anzüge, Bekleidungs- etc., werden unter Garantie des guten Zinses zu überaus billigen Preisen schnellstens angefertigt im Ladengeschäft bei **A. Karle, Waldemarstr. 66.**

**Baumaterialien**  
neue und gebrauchte jeder Art, mit Kantholz, Bretter (neue Schalbretter pro qm von 45 Pf. an), Gatten (neue von Kiefer u. 10 Pf. an), Dachpappe (10 Mr. Rolle u. 1,50 Pf. an), Leisten, Zäunen, Fenster billig. **Kottbuser Damm 22.**

# Kleine Anzeigen.

**Anzeigen** für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstr. 69. bis 4 Uhr angenommen.

**Verkäufe.**  
Bäckerei-Niederlage billig veräußert Caprivistraße 21. 724\*  
Mit-Öfen- und Metall-Geschäft. Wegen plötzlicher Kündigung meines Lagerplatzes zum 1. April lege ich mich gezwungen, auch mein Öfen-, Ofen- und Installations-Geschäft aufzugeben. Selbiges ist in ganzen oder auch einzeln für jeden annehmbaren Preis zu verkaufen. Karl Kaufmann, Müllenhofstraße 16-19.  
Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. 737\*  
Vorjährige elegante Herren-Winterpalätois und Anzüge aus feinsten Stoffen 25 bis 40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21, II. 14932\*  
Teppiche! (schlechteste) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Berlin, Gadestraße 14, Bahnhöfische. 11975\*  
Teppich, Betten, Steppdecken, Gardinen, Böden, Anzüge, Remontieren, Reparieren (spottbillig), Velhaus, Reanderstraße 6. 6132\*  
Möbel, Spiegel, Bilder, Standuhren, Regulatoren (spottbillig) Velhaus, Reanderstraße 6. Teilzahlungen gestattet. 6132\*  
Overhafterbetten, Eland 23 Mark, Domburger, Spanbauer-Strüde 13.  
Betten Umstände halber sehr billig zu verkaufen Lindenstraße 223a, II links. 21596\*  
Kranenfahrträhle für Zimmer und Straße künstlich und teilweise in allen Preislagen. Kopp, Clästerstraße 95. 128/17\*  
Nähmaschinen ohne Anzahlung, möglichen 1,00. Bobbin, Ringstuhl, Adler, Schneidnäher, Turmstraße 39. Bernauerstraße 47B. 150433\*  
Steppdecken billigh Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. 737\*  
Kranenfahrträhle, Justizweibchen verkauft Remond, Schlegelstraße 30. \*  
Garzer Kranenfahrträhle 4,00, Weibchen, Schwappelbüchse billig, Schneide, Große Frankfurterstraße 13. 14802\*  
Kranenfahrträhle, Justizweibchen, billig, Krause, Poststraße 38. 494\*

Teppiche mit Farbenfehlern abdrücken-lage Große Frankfurterstraße 9, parterre. 737\*  
1000 neue Nähmaschinen gebe auf Abzahlung, ohne Anzahlung. Langjährig, hochartig, Wheeler Wilson, komplett, mit allen Apparaten, keine Ausbesserung, drei Jahre volle Garantie. Für die Güte meiner Nähmaschinen sprechen Tausende meiner Kunden. Preiswert hoher Beköden. Ernst Bellmann, Gollnowstraße 28, nahe Landbergerstraße. Alle Maschinen nehme in Zahlung. 15038\*  
Malzextraktbier, blutbildend, für Blutmangel, Brustkrankheiten, Schwäche, Genesungsmittel, bessere Verdauung, überraschend, 14 Flaschen 3 Mark, 1/2 Tonne 3,50 extra. Nicht fälschbar, Qualität entspricht. Vorier-Kellerei Ringler, Bernauerstraße 119. 128/18\*  
Vorzügliche Justizweibchen billig veräußert! Neu, Blumenstraße neuzugew. Abends oder Sonntags.  
Pianino 140,00, grochartiger Ton, Vorwärts-Verer Kabatt. Turmstraße 7 parterre. 794\*  
Schuhgeschäft (spott billig) Poststraße 88. 22705  
Neustadt (Poststraße) überlassen Dandlern. Günstigste Bedingungen. Recollection, Hauptpost. 22736  
Vorteilhaft kauft man Central-Bohbin, Ringstuhl, Adler, rad- und vorwärts nähend, ohne Anzahlung, Woche 1,00, Bernstraße 44, Reiner. \*  
Wasserkommat, stehend, Gelegenheitskauf, spottbillig, Reilmann, Quistenstraße 67. 776

**Verschiedenes.**  
Leibschale. Lesen 5 Pfennige, Chausseestraße 121. 23006\*  
Patentbureau Dammann, Dreierstraße 57 (Rochplatz), bis abends neun. 21282\*  
Unfallkosten, Klagen, Eingaben, Reklamationen, Puffer, Stenographenstraße 65. 16705\*  
Rechtsbureau Radisch, Bruner Weg vierundneunzig (Andreasplatz), Gerichtsbescheid, Eingabengehülfe, Katerkennung. 22535\*  
Rechtsbureau, Prozessbestand, Eingabengehülfe, Katerkennung, Hoff, Brunnenstraße vierzig. 22475  
Kunstkopiererei von Frau Kolodny, Steinmetzstraße 48, Cuergelände hochparterre. \*

Maschengarderobe, Herren und Damen. Große Auswahl ionischer Anzüge, billige Räder, Rheinsbergerstraße 62. 7138\*  
Bücherkauf, Bücherheime, David, Lotzingerstraße 59. 14952\*  
Wissenschaft! Wer sich über diese wichtige Wissenschaft unter Zeit unterrichten will, verlange die Flugblätter des Weltbundes gegen Wissenschaft, welche unentgeltlich versendet werden vom Berliner Literaturverein, Köpenickerstraße 108. Um gütigen Rückruf wird gebeten. 1615\*  
Vereine, Saal mit Bühne Sonntag zu vergeben Müllerstraße 7. \*  
Vereinszimmer, 50 Quadratmeter, täglich frei Plamser 68, Urbanhafen.  
Reparaturen an Nähmaschinen werden gemeinschaftlich ausgeführt. J. Geddes, Straußbergerstraße 4. Poststraße 47. 22775\*  
Teilnehmer mit Kapital oder Verleger, gutes literarisches Unternehmen, gewünscht. „Waldau“, Postamt 90.  
75 Pfennige! Steuerberatung, Eingabengehülfe, Zahlungsbefehle, Anterstellung, Überbilligt, Straußaufschlag, Beschuldigung, Intervention, Beschuldigung, Alimentenklagen, Unfallkosten, Stadteingehülfe, Kautow, Stallerstraße 141. 22855  
Wer leiht einem Genossen 500 Mark gegen Sicherheit und gefelmäßige Zinsen? Offerten unter H. W. Expedition Postfach 1415.  
Rahradrahmen, einen, hohes Modell, Preisangabe, kauft Post, Bodestraße 25. 7120  
Wäsche wird lauter billig gewaschen, Laden, Bezug, Leibwäsche 0,10, Handtücher 3 Stk. 0,10. Abholung Sonnabend. Frau Perke, Balkenmarkt, Köpenick, Waggelheimerstraße 41. 1518K

**Vermietungen.**  
**Zimmer.**  
Kleines Zimmer, einfach möbliert, Nähe Lindenstraße, gesucht. Preisofferten: „Q“ Postamt 53. 22665

**Arbeitsmarkt.**  
**Stellengesuche.**  
Buchhändler mit allen vornehmenden Arbeiten vertraut, in Verlehen mit Druckereien beschäftigt, bestens empfohlen, sucht per 1. April selbständige Stellung. Gefällige Angebote unter „Franz“ nimmt der „Vorwärts“, Kastanien-Allee 96, entgegen. 795\*

**Stellenangebote.**  
Gehilfenbedienstet für jedermann. Antritt kostenlos. Herrn. Bolt, Zwickauer, Köpenickerstraße. 19665  
Verhänger für meine Preisergolde-Anstalt, welcher die I. Klasse bezieht hat, verlangt Hugo Frick, Buchbindermeister, Kurfürsterstraße 12. (Gehilfenlohn 24 bis 40 Mark). 92415  
Arbeiter-Gesangsverein sucht tüchtigen Dirigenten (Männer). Offerten mit Gehaltsansprüchen sind zu richten an H. Haas, Weihenau, Friedländerstraße 36 I. 7129  
Kunstmaler, geübte, verlangen Otto Grund u. Co., Wasserstraße 3. 22605  
Metallschleifer auf Bronze und Eisenwaren sucht in Berlin eine dauernde Stellung. Offerten an Emil Weidenleben, Pflasterberg, Frankfurterstraße 36, III, erbeten. 22725  
Dirigent wird von einem mittleren Arbeiter-Gesangsverein in Posen gesucht. Offerten mit Gehaltsansprüchen erbeten an H. Schels, Posen. 1517K  
Garnierinnen für steife Herrenhüte finden dauernde Beschäftigung. J. Dombard u. Co., Petersburgerstraße 77.  
Buchdrucker und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Kartonarbeiterin, geübte, verlangt Anders Nachfolger, Adalbertstraße 7. 22706  
Maschinenwärterin verlangt Bolter, Kleine Nachstraße 30. 22636  
Junges Mädchen zum Nähen und Ziern verlangt Bolter, Kleine Nachstraße 30.  
Schwarze Schärzenwärterin auf Kinderstrümpfen verlangt Wäffe, Landberger Allee 144, Hof III. 749  
Malerinnen auf Wandputzen, Umkleeträger, Strohtragen, in und außerhalb, verlangt Max Teppe, Schönhauser Allee 167 a, Fabrikgebäude IV. 798  
Ordentliches Mädchen für kleinen Haushalt verlangt Geschäftskunde. Offerten unter J. 1 in der Expedition dieses Blattes abzugeben. 22835  
Karton- Arbeiterinnen verlangt Zappert, Höchststraße 17. 22145  
Kistenmacher verlangt. Offerten u. E. Y. 1289 Rudolf Mosse, Prinzenstr. 41. 62/1  
Glockenausheber verlangt Schirop, Ebersstr. 8. \*  
Ein tüchtiger Holzpresser, welcher langjährige Erfahrung auf Schindelmäschinen nachweisen kann, wird von einer Schraubenfabrik als Vorarbeiter gesucht. Offerten unter H. 1 in Angabe d. Lohnansprüche an die Exped. d. Zig. einzureichen.  
**Grundierer-Meister,**  
tüchtig, selbständig für Maschinen-Grundrißer sofort gesucht! Tüchtige Offerten mit Ansprüchen u. unter K. C. U. 321 an Rudolf Mosse, Köln.  
**Kreissägenscheider**  
auf Köthen verlangt Off. u. E. Z. 1290 Rudolf Mosse, Prinzenstr. 41. 61/20  
**Achtung! Klavierarbeiter!**  
Die Kollegen der Pianofabrik von **Biasendorf & Kloss,** Löhnerstr. 5, 78/5 befinden sich im Streik. Der Betrieb ist für alle Arbeiter gesperrt. Die Werkstatt-Kontrollkommission des Holzarbeiter-Verbandes.



Das Urteil im Kurpfuscher-Prozess.

Am Dienstagmittag ist im Prozess wider Kardenkötter und Genossen das Urteil gesprochen worden. Es geht dahin: Kardenkötter ist des fortgesetzten Betruges und des Vergehens gegen das Gesetz betreffend den unlauteren Wettbewerb sowie der Übertretung der Verordnungen über den Verkehr mit Arzneimitteln und Giften schuldig und deshalb wegen der Vergehen zu 3 Jahren Gefängnis, 3000 Mark Geldstrafe und 5 Jahren Ehrverlust, wegen der Übertretungen zu 600 Mark Geldstrafe event. 60 Tagen Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte Klesper wird freigesprochen. Der Angeklagte Dr. Kronheim wird wegen Beihilfe zum Betrüge zu 6 Monaten Gefängnis und 1 Jahr Ehrverlust verurteilt.

Die Schwere des Gesetzes hat also wirklich von mehreren Schuldigen eigentlich nur einen Mann getroffen. Unbewusstliche Optimumen hatten gehofft, daß der flüchtige Hauptschuldige und Organisator des Heilschwindels durch die Findigkeit der Behörde doch noch auf die Anklagebank zurückgeführt werden könnte. Herr Kardenkötter hat es aber vorgezogen, das über ihn gefällte Urteil aus den Zeitungen zu erfahren.

Nicht oft kommt es vor, daß sich die sozialdemokratische Presse in einem Strafprozeß so ganz auf die Seite der Richter hätte schlagen können, wie in diesem. Der Wert dieser Verhandlung lag vornehmlich in ihrem volkserzieherischen Zweck, seine Absicht ging dahin, die Ausbeutung unwissender und meist beschloßener Leute durch den Hauptangeklagten zu bestrafen und ein warnendes Exempel aufzustellen. Trotzdem kann man nicht behaupten, daß sich der Gerichtshof ganz auf der Höhe seiner Aufgabe stehend gezeigt hätte. Der Eifer der Richter zeigte sich mehr in ihren Worten als in ihren Anordnungen. Das Entkommen Kardenkötters, das der Staatsanwalt ahnungsvoll vorausgesehen hatte, war — so wenig man sich darüber auch zu erheben braucht — keine Probe besonderer Geschicklichkeit. Der Vorliegende hatte den Angeklagten förmlich in die Hand getrieben durch seine zahlreichen dem Urteil vorgehenden temperamentsvollen Kennerungen.

Dr. Kronheim wurde im Publikum viel bemitleidet. Ob er dieses Mitleid verdient, konnte, wie in der Urteilsbegründung gesagt wird, nicht festgestellt werden. Und doch war es für die Beurteilung des Falles außerordentlich wichtig zu erfahren, ob der Angeklagte wirklich unter dem Druck wirtschaftlicher Verhältnisse gehandelt hat. Der Gerichtshof glaubte das nicht annehmen zu müssen, gab aber zu, daß er über diesen Punkt keine volle Klarheit gewonnen hätte. Alzshuser wäre es nicht gewesen, im Beweisverfahren auch diesen Punkt aufzuhehlen und damit vielleicht manche schöne Gefühle überflüssig zu machen, die den Verurteilten in Schutz nahmen. Viel weniger wichtig war die Feststellung des Sachverhalts, es sei dem Gerichtshof schwer gefallen, einen gebildeten Mann so hart zu verurteilen. Es sind schon viel gebildete Leute wegen eines freien Wortes zu längeren Freiheitsstrafen verurteilt worden, ohne daß die Richter ihr Herz dadurch beschwert hätten.

Auch wird die Begründung des Urteils in ärztlichen Kreisen wohl einiges Kopfschütteln verursachen. Daß es für einen Arzt leicht sei, „in irgend einer Klinik unterzukommen“, daß die Gefährlichkeit einer Arznei dadurch bewiesen wird, daß sie die Politik der Möbel beschädigt und dergl. mehr, sind Behauptungen, die nicht ganz einwandfrei sind. Sie waren auch freilich nicht notwendig, um das Urteil zu stützen.

Heilmittelschwindel und Kurpfuschertwesen zu beseitigen, dafür gab es für die Richter dieses Kurpfuscherprozesses freilich ebenso wenig die Möglichkeit, wie für einen Strafrichter überhaupt. Erst müßte man Dummheit und Unwissenheit beseitigen, die bekanntlich die besten der staatsverhaltenden Mächte sind.

Vor der Urteilsverkündung erbat sich der Sachverständige Dr. Kahnt das Wort zur Verhütung einer irrtümlichen Auffassung einer von ihm im Laufe der Verhandlung gethanen Aeußerung. Er habe, als er davon sprach, daß in der Charité bei der Honorarhöhe eine Genossenschaftsuntersuchung auch nicht üblich war, natürlich nur die Zeit vor 20 Jahren gemeint. Im übrigen sei er stets der Ansicht gewesen und sei derselben auch heute noch, daß die Thätigkeit der Ärzte in der Charité den höchsten wissenschaftlichen Anforderungen entspricht.

Hierauf verläßt der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Müller das bekannte Urteil. Zur Begründung

führt er kurz folgendes aus: Der Gerichtshof ist bei Kardenkötter der Ansicht, daß nicht ideale Konkurrenz vorliegt, sondern drei selbständige Handlungen in Frage stehen. Kardenkötter ist ein Kurpfuscher der allerstimmigsten Sorte gewesen. Er hat in seiner Heilfabrik die Kranken schematisch und schablonenhaft behandelt ohne die erforderlichen medizinischen Kenntnisse zu besitzen. Die Beweisnahme hat in ihren tatsächlichen Resultaten das Vorliegen des Betruges ergeben. Das Gericht ist in der Lage, die Darstellung, die in dieser Beziehung der Staatsanwalt gegeben, sich vollinhaltlich zu eigen zu machen. Kardenkötter ist ein Kurpfuscher, der unglückliche und verhärmte Leidende

in schamloser Weise gerubt

hat, er hat Unheilbare und Heilbare wieder individuell noch sorgsam behandelt, er hat ihnen die schmerzhaften Gifte verschrieben und sich dabei der Hilfe studierter Leute bedient, die bei ihm gegen ungerade Löhne arbeiteten. Die Kurpfuscherei an sich ist nicht strafbar, sie findet aber ihre Grenze in dem Betrugsparagrafen. Kardenkötter hat diese Grenze weit überschritten, er hat versucht, dem Gesetze ein Schnippchen zu schlagen und seine dreifache Frechheit zeigt sich auch darin, daß er trotz der Erhebung der Anklage den Betrieb ungeschwächt fortgesetzt hat. Er hat sich des Betruges schon dadurch schuldig gemacht, daß er den Patienten etwas versprochen hat, von dem er von vornherein wußte, daß es es nicht erfüllen konnte. Eine Vermögensschädigung der Patienten liegt zweifellos vor. Er hat ferner in einer Region von Fäulen falsche Thatsachen vorgepiegelt; solche Vorgepiegelung findet sich in den Reklamезetteln, in der Broschüre und in den persönlichen Auskünften, die er gab. Mit schlan ausgebackenen Unwahrheiten lockte er die Leidenden in seine Netze und zahlreich sind die falschen Vorgepiegelungen und gräßlichen Verletzungen der Wahrheit, die die Beweisnahme bei den Einzelfällen festgestellt hat. Sie werden im schriftlichen Erkenntnis des näheren beleuchtet werden. — Was den

Angeklagten Klesper

betrifft, so hat der Gerichtshof nicht mit Sicherheit feststellen können, daß er Kenntnis von dem betrügerischen Handeln seines Schwagers hatte. Viele Momente deuten darauf hin, daß er bis zu einem gewissen Grade eingeweiht war, das reicht aber nicht aus und deshalb ist er von der Anklage der Beihilfe zum Betrüge freigesprochen. Für die Beihilfe zum unlauteren Wettbewerb hat sich aus der Beweisnahme nichts Thatsächliches ergeben. — Bezüglich des

Angeklagten Dr. Kronheim

ist es dem Gerichtshof schwer geworden, die ganze Schwere der Strafe über diesen gebildeten Mann zu verhängen; andererseits waren die Thatsachen so gravierend, daß der Gerichtshof davor nicht zurücktreten durfte. Dr. Kronheim hat dem Kurpfuscher jahrelang seine Dienste geweiht, er hat selbst nach Einleitung des Verfahrens nicht davon Abstand genommen und der Gerichtshof hat keinen Zweifel darüber, daß ihm alle Requisite des Betruges, wie er von Kardenkötter fortgesetzt verübt wurde, voll bewusst waren und er in voller Kenntnis der Sachlage die Standbesuche in Schutze gezogen hat. Er mußte deshalb schwer bestraft werden. — Was die Strafmaßnahme betrifft, so hat der Gerichtshof bei Kardenkötter eine nachdrückliche Strafe für geboten erachtet, weil er seine Betrügereien in fesseltem Umfange verübt hat. Er ist zuerst durch die Not in dieses Kurpfuschertum hineingetrieben worden, andererseits hat er es

aber in erstaunlich rascher Weise vervollkommen. Dem Gerichtshof ist dies erst in der Verhandlung im ganzen Umfange bekannt geworden, jedenfalls war es in diesem Umfange nicht bekannt, als die Haftentlassung in Frage stand. Der Vermögensschaden ist ein erheblicher, Kardenkötter hat damit viele kleine Leute getroffen, ebenso ist der Gesundheitschaden und die Gefährdung der Gesundheit erheblich, sein ganzes Treiben gewissenlos. Dr. Kronheim ist nur der Beihilfe schuldig. Er sagt, er habe aus Not gehandelt. Es ist dem Gerichtshof nicht ganz klar geworden, ob bei ihm wirklich ernste Not vorgelegen hat. Was ihn zu Kardenkötter gezogen, hat die Verhandlung nicht näher ergeben — es muß die Bequemlichkeit des Lebens gewesen sein. Er hat die strafbare Handlung anherdentlich intensiv begangen und schließlich mußte berücksichtigt werden, daß er seine Ehre als Arzt und auch als gebildeter Mensch in den Schmutz getreten hat. Darum mußte gegen ihn auf Ehrverlust erkannt werden.

Rechtsanwalt Dr. Davidsohn beantragte die Haftentlassung des Dr. Kronheim. Erster Staatsanwalt Dr. Pelz widerspricht dem Antrage sehr energisch und der Gerichtshof lehnt die Haftentlassung ab.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Der Verband der Kurbelsticker veranlaßt am Sonnabend, den 21. Februar, in Scherachs Festhale (Leo-Hofstr.) Rübendörferstr. 45, einen Maskenball. Da dieses Lokal der Arbeiterschaft zu Versammlungen nicht mehr zur Verfügung steht, folgedessen auch auf der am Sonntag, den 15. Februar, ertheilten Lokalliste nicht mehr verzeichnet ist, so erwarten wir von jedem zielbewußten Arbeiter und Mitglied obigen Verbandes, daß er dieses Vergnügen mit seinen Freunden und Bekannten nicht besucht und daß das Lokal streng gemieden wird.

Am gleichen Tage arrangiert der Vergnügungsverein „Eichengrün“ einen Maskenball im Restaurant „Ordnungshof“. Auch dieses Lokal steht der Arbeiterschaft zu Versammlungen nicht zur Verfügung, folgedessen sind die angebotenen Billets zurückzuweisen und das Vergnügen zu meiden.

Am Donnerstag, den 19. Februar, veranstaltet der „Märkische Central-Sängerbund“ in der Neuen Philharmonie, Köpnickstr. 96/97, einen sogenannten „Harmonie-Abend“. Wir machen die beteiligten Sänger darauf aufmerksam, daß das Lokal der Arbeiterschaft zu Versammlungen nicht zur Verfügung steht.

Die Lokalkommission.

Erster Wahlkreis. Wir machen wiederum auf die am nächsten Montag, den 23. Februar (das Datum wurde in der letzten Anzeige versehentlich fortgelassen. D. R.), stattfindende Volksversammlung in der Tonhalle, Friedrichstr. 112, aufmerksam, in welcher Genosse Wollenbutz referieren wird. Es wird bestimmt erwartet, daß alle Parteigenossen zur Stelle sind. Der Vorstand.

Charlottenburg. Am Donnerstag, den 19. d. M., abends 8 Uhr, findet im großen Saale des Volkshauses, Köpenickerstr. 3, die Generalversammlung des Wahlvereins mit folgender Tagesordnung statt: 1. Umre Vorbereitungen zu den kommenden Reichstagswahlen. Referent: Genosse Fritz Jubelil-Berlin. 2. Diskussion. 3. Bericht des Vorstandes, des Kassierers und der Revisoren. 4. Vereinsangelegenheiten. Der Vorstand.

Rixdorf. Die Parteigenossen machen wir auf die heute abend 8 1/2 Uhr bei Bernide, Hermannstr. 49, stattfindende Mitglieder-versammlung des Wahlvereins aufmerksam. Pflicht der Mitglieder ist es, zahlreich zu erscheinen, da wichtige Angelegenheiten auf der Tagesordnung stehen. Der Vorstand.

Aldershof. In der außerordentlichen Generalversammlung des Wahlvereins, die Donnerstagsabend 8 1/2 Uhr bei Rechner, Oppenstr. 56, stattfindet, hält Stadt Dr. Alfred Bernstein-Berlin einen Vortrag über „Schulhygiene“.

Wilmersdorf. Nächsten Sonntagabend 6 Uhr tagt bei Witte, Berlinerstr. 40, eine Volksversammlung, in der Genosse Variels einen Vortrag hält. In der Handzettelverteilung am Freitag wollen die Parteigenossen sich zahlreich an folgenden Stellen einfinden: 1. und 2. Bezirk bei Katusa, Hlbrandstr. 71. 3., 4. und 5. Bezirk bei Witte, Berlinerstr. 40. 6. Bezirk bei Kubloff, Bruchsalstr. 13. 7. Bezirk bei Hilpert, Galense, Kurfürstendamm 126.

Lokales.

Gemeindeinterese und Tarifgemeinschaften.

Die Litzgauer-Kommission im Baugewerbe hat bekanntlich den bestehenden Tarifvertrag auf einer neuen und beiden vertragsschließenden Teilen genehmigen Grundlagede verlängert und damit aller Voraussicht nach auch für die nächsten Jahre den Frieden im Beruf gesichert. Daß bei derartigen Verträgen Arbeitgeber wie Arbeitnehmer relativ günstig fahren, hat die Erfahrung sowohl im Baugewerbe als namentlich auch im Buchdruckgewerbe gelehrt, und aus diesem sehr materiellen Grunde darf vorausgesetzt werden, daß Unternehmer und Arbeiter hinfür alles thun, um das Geltungsbereich des Tarifvertrages nach Möglichkeit zu erweitern. Aber in diesem dem sozialen Frieden dienenden Streben können die Beteiligten unsterblich Erachtens auch anderweitige Hüfe nicht entbehren, und da sind vor allem die Gemeinden verpflichtet, das Friedenswerk fördern zu helfen. Soweit der Buchdrucktarif in Betracht kommt, haben eine ganze Anzahl staatlicher und städtischer Behörden erklärt, daß sie ihre Arbeiten grundsätzlich nur von tarifreuen Unternehmern ausführen lassen. Wichtiger in den meisten Fällen ist noch der Vertrag im Baugewerbe, weil hier die Gemeinden viel fruchtbarer als im Buchdruckgewerbe ihr Gewicht in die Waagschale legen können. Machen doch die für kommunale Bauten alljährlich auszuverleihen Summen zumeist einen ganz erheblichen Teil des Etats aus. Um so bedauerlicher ist es, daß die Gemeinden hier noch bisher gar nichts gethan haben. Soweit wir unterrichtet sind, ist unser Vorort Wilmersdorf die einzige Gemeinde, in der und zwar auf eine Anregung von sozialdemokratischer Seite hin, man sich mit der Frage des Tarifvertrages im Baugewerbe befaßt hat. In der Sitzung der Gemeindevertretung vom 19. Dezember vorigen Jahres war von unseren Parteigenossen folgender Antrag eingebracht worden:

Bei Vergebung von Gemeinde-Arbeiten ist darauf zu halten, daß in Fällen, wo Organisationen der Unternehmer und Arbeiter bezüglich der Lohn- und Arbeitsbedingungen dauernde Verträge (sogenannte Tarifgemeinschaften) abgeschlossen haben, diese Arbeiten keinen Unternehmern übertragen werden, welche ihre Arbeiter schlechter stellen, als es in den für den Beruf in Betracht kommenden Verträgen vorgesehen ist.

Der Antrag wurde einer Kommission überwiesen, in die man einen Gemeindebauamt und drei Gemeindevorsteher, darunter auch einen der Antragsteller, delegierte. In einer Beratung, welche diese Kommission kürzlich abhielt, wurde von einem Gemeindevorsteher, der in seinem bürgerlichen Beruf dem Baugewerbe angehört, gegen den Antrag namentlich geltend gemacht, daß die Tarifverträge im Baugewerbe noch zu jungen Datums seien und daher nicht allein auf Seiten der Unternehmer, sondern auch auf Seiten der Arbeiter keine rechte Beachtung fänden. Gegen die Tendenz des Antrages an sich könne weder vom Standpunkte des organisierten Unternehmers noch vom Gemeindeinterese aus etwas Wesentliches eingewendet werden; es komme nur darauf an, ob der Tarifvertrag im Gewerbe selber den nötigen Rückhalt finde, und daher sei es angebracht, zunächst das Ergebnis der Verhandlungen in der Ab-

zehner-Kommission abzuwarten. Die Kommission kam darauf überein, ihre nächste Sitzung erst dann abzuhalten, wenn der Tarifvertrag im Baugewerbe verlängert sei; gleichzeitig beschloß sie, zu den künftigen Beratungen aus der Einwohnerschaft des Ortes Angehörige des Baugewerbes hinzuzuziehen, und zwar zu gleichen Teilen Arbeitgeber wie Arbeitnehmer. Hoffentlich führen die ferneren Beratungen zu einem befriedigenden Ergebnis. Vielleicht, daß man auch an anderen Berliner Vororten der Tarifrfrage die gebührende Beachtung schenkt. Nicht allein, daß den Gemeinden die moralische Pflicht obliegt, alle Bestrebungen zu unterstützen, die dem sozialen Frieden am Orte förderlich sind, giebt ihnen eine Bestimmung, wie die im Wilmersdorfer Ortsparlament eingebracht, auch einige Gewähr dafür, daß sie solche Arbeit erhalten. Denn wesentlich sind es die oft mit billigen und daher minderwertigen Arbeitskräften aus dem Auslande operierenden Schwindelunternehmer, die sich den bestehenden Tarifgemeinschaften fernhalten.

In der gestrigen Sitzung der städtischen Hochbau-Deputation berichtete Stadtbaurat Hoffmann über die Absätze des Magistrats am Hochbau-Etat. Der Etat schließt mit 8 714 054 M. ab, worin 541 000 M. Grundverköstungen enthalten sind. Der Magistrat hat nicht weniger als 3 050 831 M. abgesetzt. Aus Anleihen sollen 4 841 600 M. gedeckt werden, so daß aus laufenden Mitteln im ganzen nur 3 872 454 M. zu bestreiten sind. Stadtbaurat Hoffmann legte die besonderen Entwürfe und Kostenaufschläge zum Neubau des Kessel- und Maschinenhauses und zweier Beamtenwohnhäuser, von vier Förderröhrenhäusern und einem Kostentragsanfang über den Ausbau der Baracken für das Rudolf-Virchow-Krankenhaus vor. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 853 000 M. Diese und ein Entwurf zum Erweiterungsbau des Kaiser- und Kaiserin-Friedrich-Kinder-Krankenhauses wurden mit einem Kostenaufschlag von über 800 000 M. von der Deputation genehmigt. Die Deputation genehmigte außerdem die Pläne und Kostenaufschläge für den Umbau des Kesselhauses, der mehr als 300 000 M. kosten wird und noch der Zustimmung der Gemeindebehörden bedarf. Die Kosten für die Anlagen zur elektrischen Stromerzeugung für Licht und Kraft, maschinelle Einrichtungen, Leitungen, Terrain-Beleuchtung zc. für den Neubau des Rudolf-Virchow-Krankenhauses sind vom Stadtbaurat Tiede auf 402 000 M. veranschlagt und von der Deputation gutgeheißen worden.

Ein neues vereinfachtes Abfertigungs-Verfahren für Eis- und Frachttügel-Güter wird, wie die Eil-Eisenbahndirektion Berlin mitteilt, vom 1. März d. J. ab für den Eil- und Frachttügel-Verkehr von und nach Berlin eingeführt werden. Da das neue Verfahren eine beschleunigte Behandlung der Sendungen auf der Abgangswie auf der Bestimmungsstation ermöglicht, so dürfte die baldige Einführung den Geschäftsleuten willkommen sein. Es werden die Fracht- und sonstigen Gebühren hierbei unter Verwendung geldwerter Marken beglichen, welche der Versender in den verschiedenen Wertstufen bei den Güterklassen erhält. Und an die Stelle des Frachttügel tritt die „Eisenbahn-Güterkarte“, welche, auf zwei Abschnitten, das Benachrichtigungs-Schreiben und die Empfangs-Bestätigung einerseits sowie den Nachnahme-Schein darstellt. Durch diese Einrichtungen werden die Rechnungs- und Abfertigungsarbeiten auf den Stationen ganz bedeutend verringert, so daß die Güter zu den einzelnen Beförderungs-Gebühren früher abgefertigt und nach Ankunft ohne Verzug ausgeliefert werden können. Die Sendungen können frankiert oder unfrankiert, mit oder ohne Nachnahme verhandelt werden. Die Vorstände der Verkehrs-Inspektionen sowie die Güterabfertigungsstellen erteilen jede gewünschte Auskunft.

Die Stadtverordneten-Versammlung hat sich in ihrer Sitzung am Donnerstag mit folgender Tagesordnung zu befassen: Vorschläge des Ausschusses für die Wahlen von unbesoldeten Gemeindebeamten — Vorlagen betr. die Festsetzung des Stadthaushalts-Etats für das Etatsjahr 1903 — die Etats- der städtischen Gasanstalten und der öffentlichen Petroleumbeleuchtung, der Wasserwerke, der Markthallen, der Kanalisationswerke und Kielesfelder, des Viehmarktes, des Schlachthofes und der Fleischschau auf dem Schlachthofe, der Hauptkasse der städtischen Werke, der Dr. Friedrich Wilhelm Kube-Stiftung, der Neuler-Stiftung und für die Verwaltung des städtischen Abwässerwerks für das Etatsjahr 1903 — die Auffstellung eines Desinfektions-Apparates und die Ummänderung der Brausebad-Anlage im städtischen Obdach — die Teilung des Gemeinde-Waisenratsbezirks Nr. 124 B — die Anrechnung von Dienst- und Beschäftigungszeit — die in den Etatsentwurf für 1903 ausgenommenen Gehaltsveränderungen — die Verwilligung zeitig begrenzter Unterstühtungen neben dem Aufgebod auf Grund des Gemeindebeschlusses vom 9. Mai 1901 — die erfolgte Sanahme der Neubauten auf dem Grundstüd des städtischen Krankenhauses Noobit — den Verkauf des städtischen Grundstüdes in der Faldenseinstraße — den Jahresabschluss der Hauptkasse der städtischen Werke für die Kassenverwaltung und den Gesamt-Jahresabschluss dieser Kasse für das Etatsjahr 1901 — und die Auswahl der im Rechnungsjahr 1903 neu- und umzuwählenden Strahen und Plätze. — Berichterstaltung betreffend die Keuwahl je eines Lagator-Stellvertreeters für die Pferde-Ausgebungs-Kommissionen I, VI und X und eines Bürgerdeputierten für die Gewerbe-Deputationen.

Auch einen „Epilog zum Fall Kardenkötter“ veröffentlicht im „Reichsboten“ ein praktischer Arzt. Er stellt fest, daß in Berlin, Leipzig und anderen Städten noch andre viel größere Schwindel-Institute bestehen und fährt später fort:

Eine ernste Pflicht — und hierin bin ich mir der Ueber-einstimmung mit zahlreichen, darüber befragten Kollegen bewußt — erwächst aber auch gewissen Koryphäen der medizinischen Wissenschaft, insofern sie von bedeutsamen Erfindungen neuer Heilmittel fortan keine materiellen Vorteile für ihre Person mehr ziehen sollten. Früher galt es als standesunwürdig, wenn ein Arzt ein erprobtes neues Heilverfahren nicht der Allgemeinheit zugänglich machte, und auch heute noch würde derjenige Arzt, der für besondere, von ihm erdachte Heilmethoden etwa diffizierte Rezepte in die Apotheke sendet und sich mit dem Apotheker in das Einvernehmen gegenseitiger Geheimhaltung setzen wollte, sehr schnell dem ärztlichen Ehrengericht verfallen. Nun dem — ist es etwa ein andres, daß doch und Wehring von den ihr Tuberkulin und Diphtherie-Heilserum anfertigenden jährlich loslassende jährliche Summen beziehen? Auch dies muß endlich einmal auf Tadel gebracht werden. Der Staat beaufsichtigt ja bis ins Kleinste sonst den Apothekenbetrieb, die Verjorgung des Publikums mit garantiert guten Medikamenten; warum kann denn der Staat nicht auch die Herstellung des Heilserums übernehmen, dessen Preis infolge jener standesunwürdigen Monopolisierung noch dermaßen hoch ist, daß wir praktischen Ärzte häufig gar nicht in der Lage sind, einem armen Arbeiter oder Handwerker zuzumuten, für Anpflanzung des Wehring'schen Serum vier Mark fünfzig Pfennige zu zahlen — denn so viel kostet uns selbst der Bezug des winzigen Flüsschens! Es ist ja bekannt, daß die Heilunde nicht nur von unwissenden Schwindlern, sondern auch von berühmten Kapazitäten nach allen Regeln der Kunst kapitalistisch exploitiert wird. —

Ein Zusammenstoß zwischen drei Fuhrwerken fand gestern mittag gegen 12 Uhr in der Spandauerstraße vor dem Rathause statt. Dortselbst fuhr ein Kollwagen des Transportkomptoirs Inhabler Bahnhof neben einem Straßenbahnwagen der Linie 72 Schöneberg-Alexanderplatz. Der Kutscher des Kollwagens verlor die Motorwagen zu überholen und dann unmittelbar vor diesem das Geleise zu kreuzen. In demselben Augenblick nahte auch der Straßenbahnwagen Nr. 1816 der Linie Schönehauser Allee-Weich, der nur ebenso wie der erstere Motorwagen auf den quer aus dem Geleise befindlichen Kollwagen



aufführte. Die drei Führer wurden förmlich ineinander verwickelt und konnten erst nach längerem Bemühen frei gemacht werden. Bei beiden Straßenbahnwagen waren die Plattformen zertrümmert und die Kontrollen eingedrückt. Beide Gefährte mußten außer Betrieb gesetzt werden.

**Den Bruder erschossen.** Am Montagmorgen um 8 Uhr gingen die Brüder Niemann, der 24jährige Arbeiter Franz, der 24jährige Gärtner Otto und der 18 Jahre alte Tischler Hermann durch die Amnestrasse. Alle drei waren in gehobener Stimmung und schienen sich glücklich gehen zu haben. Der jüngste Bruder hatte Otto wiederholt auf den Hut geschlagen, dieser aber nahm die Sache ernst auf, als sie gemeint war. Dadurch entstand eine Schlägerei, bei der Otto zum Messer griff und dem Bruder Hermann einen Stich in die Brust beibrachte. Ein Schuttmann vom 55. Revier wollte den Gestochenen in ärztliche Hilfe nach der Unfallstation am Mariannenufer bringen, der Täter fuhr mit, als ob nichts geschehen wäre. In der Drochstraße starb der Gestochene. Otto R. wurde verhaftet.

**Ein gefährlicher Straßenräuber** ist endlich der Kriminalpolizei in die Hände gefallen. Vor einigen Monaten war der Schiffer Girkow in der Courbierstraße von zwei Männern überfallen, zu Boden geworfen und seiner Brieftasche beraubt worden. Einer der Räuber, Namens Scharenski wurde gleich gefasst, während der zweite entkam. Der Schiffer war mit Sch. in einem Wirtshaus zusammengetroffen. Dabei hatte dieser bemerkt, daß jener noch mehrere Goldstücke besaß. Auf diese war es abgesehen. Sch. trat nun in dem Lokale mit dem schon bestrafte Räuber Johannes Töpfer in Verbindung, der gleich mit ihm auf der Straße schlug er den Schiffer zu Boden, bearbeitete ihn gehörig und nahm ihm das Geld ab, das zu gleichen Teilen den beiden Spießgesellen zufiel. Sch. spielte im Gefängnis den Tölpel und nannte in den Selbstgesprächen den Namen Töpfer. Die Behörde suchte nun in den vorhandenen Akten, fand dabei den Gefährten und setzte ihn fest. Er bestritt zwar den Raub, wurde aber von Gästen aus dem Lokale wiedererkannt und kam als der Täter überführt gelten.

**Ein schwerer Unfall** trug sich gestern Dienstagmittag auf dem Neubau Urbanstr. 63/64 zu. Dort sollte eine Ladung Strine auf den Bau gebracht werden und der Kutscher des Fuhrwerks, Puhmann, bei dem Fuhrmann Koppel, Nirdorf, Kopstr. 50, beschäftigt, erfaßte die Pferde am Jügel, um rückwärts vor den Tieren gehend, sie besser in die Einfahrt hineinzuleiten. Hierbei glitt der Kutscher aus, stürzte und geriet unter seinen eignen Wagen. Die Räder des schweren Gefährtes streiften den Unglücklichen am Kopf und zerschmetterten ihm den Unterschenkel des linken Beines. Puhmann wurde mittels Drochstraße nach dem Urban-Krankenhaus gebracht.

**Professor Mommsen** ist gestern von einem Unfall betroffen worden. Als der Gelehrte mittags an der Mittelstraße den Damm der Friedrichstraße überschreiten wollte, wurde er von einer Drochstraße umgefahren und zu Boden geworfen. Glücklicherweise war es dem Kutscher noch im letzten Augenblick gelungen, sein Gespann herumzulenken und das Pferd zum Stehen zu bringen. Prof. Mommsen, den der Sturz auf das Pflaster etwas mitgenommen hatte, war von dem Publikum sofort erkannt worden. Es strömten sich ihm zahlreiche Hände entgegen: man half ihm von der Erde auf und suchte für ihn Bücher, Brille und Hut zusammen, die ihm entfallen waren. Der Gelehrte hatte sich alsbald erholt und lehnte jede Unterstützung ab. Er befragte eine Drochstraße und begab sich nach seiner in Charlottenburg gelegenen Wohnung. Er hatte es selbst abgelehnt, sich dorthin auch nur begleiten zu lassen.

**Wegen Kautionsveruntreuung** wurde der Agent L., der in der Gartenstraße ein Cigarengeschäft besaß, aus dem Laden weg verhaftet. L. engagierte einen Verkäufer und verlangte eine Kaution in Höhe von 600 M., begnügte sich jedoch mit einer Anzahlung von 50 M. Dieses Geld gab er, als das Engagement nach wenigen Tagen gelöst wurde, nicht zurück, stellte jedoch statt dessen einen neuen Verkäufer ein, der 1000 Mark Kaution zahlen mußte. Inzwischen hatte der erstgenannte junge Mann eine Anzeige bei der Staatsanwaltschaft erstattet. Gleichzeitig wurden von anderer Seite Beschuldigungen wegen verschiedener Unrechtheiten bei Verkaufsvermittlungen, die L. verübt haben soll, erhoben. Die Staatsanwaltschaft verfuhr daraufhin in der Verhaftung des Agenten, der von zwei Kriminalbeamten in seinem Geschäft festgenommen wurde. Der Laden wurde polizeilich geschlossen. Wie sich nunmehr herausstellte, waren auch die tausend Mark, die der zweite junge Mann als Kaution gestellt hatte, nicht mehr vorhanden, und so ist auch dieser Untrene wegen gegen L. das Strafverfahren eingeleitet.

**Im Zoologischen Garten** ist wieder ein ebenso eigentümlicher als schöner Vertreter der südamerikanischen Vogelwelt eingetroffen. Im neuen Vogelhaus kann man den Riesentukan (Rhamphastus magnirostris) sehen. Der Vogel ist so groß wie eine Krähe und zeichnet sich durch einen unförmig großen, langen, lebhaft orangegelb gefärbten, an der Spitze des Oberkiefers und an der Schnabelwurzel schwarz gezeichneten Schnabel aus. Man nennt diese Vögel auch Pfefferkresser. Sie brüten in Baumhöhlen, nähren sich von Früchten, sollen aber auch für Vögel eine gewisse Vorliebe haben. Sehr merkwürdig ist ihre Schlafstellung; sie ziehen dann den Schwanz senkrecht nach oben. Der Riesentukan ist schwarz mit weißen Wangen, weißer Kehle, weißen Oberflügeldecken und roten Unterflügeldecken. Die nackte Augengegend ist orangegelb.

**Feuerbericht.** Dienstagabend gegen 8 Uhr wurde ein großes Lösungsgebot nach Luisen-Platz 12 gerufen, wo im zweiten Stock durch Unvorsichtigkeit in einer Arbeitsstube ein Feuer ausgebrochen war. Die Gefahr konnte indes bald beseitigt werden. Kurz darauf erfolgte ein Alarm nach der Wallstr. 80. Hier hatten in einer Weinhandlung die Gardinen eines Schaufensters Feuer gefangen, das aber auch noch im Keime erstickt werden konnte. Um 7 Uhr hatte die Wehr in der Dranienstr. 100 einen Brand zu beseitigen, der in einer Wäscheküche entstanden war. Kleidungsstücke, Möbel etc. gingen in der Nacht zum Dienstag in der Reinholdsdorferstr. 53 in einer

Wohnung in Flammen auf, während in der Charlottenstr. 55 ein Schornsteinbrand beobachtet werden mußte. Zur selben Zeit hatte die zweite Compagnie in der Köpferstr. 103 längere Zeit zu thun. Hier war in einer im Erdgeschoß des Seitenflügels belegenen Schuhmacherwerkstatt ein Feuer entstanden, das Schuhwaren, Tische, Werkzeuge etc. erfaßt hatte. Kurz nach 10 Uhr mußte in der Linienstr. 21 ein Brand beseitigt werden, der die Dachkonstruktion des Hauses ergriffen hatte. Außerdem hatte die Wehr in den letzten 24 Stunden noch von einigen anderen Stellen Alarmierungen zu verzeichnen. In diesen Fällen handelte es sich indes um „blinden“ Alarm.

### Aus den Nachbarorten.

**Die Schöneberger Stadtverordneten-Versammlung** ist am Montag in die diesjährige Etatsberatung eingetreten. Vor Eingang in die Tagesordnung erfolgte in der üblichen Weise die Einführung des Stadtv. Treugebrodt, der an Stelle des ausgeschiedenen Stadtv. Schulz im 8. Bezirk der II. Abteilung gewählt worden ist. Der Wieder-eingetretene ist derselbe Herr, den im November 1901 unser Parteigenosse K. I. ter im 5. Bezirk der III. Abteilung, trotz des Zusammengehens des gesamten bürgerlichen Mittelmäßigen, zum großen Aerger des letzteren aus dem Sattel gehoben hatte. — Die Versammlung erklärte sich mit der Anstellung eines Brandmeisters einverstanden. Das Anfangsgehalt beträgt inklusive 900 M. Mietsentschädigung 4500 M. — Die Vorlage betr. Aufbesserung der Gehälter von Lehrpersonen an Mittel- und Volksschulen sowie an den Vorschulen der höheren Lehranstalten (einschließlich der technischen und verrichteten Lehrpersonen) fand einstimmige Annahme. Unfre Vertreter haben auch dieser Erhöhung der Lehrgelälter zugestimmt. — Ferner lag ein Antrag der Stadtverordneten Wahmannsdorf und Gen. vor, die Besoldungsordnung der städtischen mittleren und Unterbeamten einer Prüfung durch eine gemischte Deputation zu unterziehen. Eine Belastung des diesjährigen Etats ist natürlich ausgeschlossen. Nach kurzer Debatte, in der auch der Magistratsvertreter seine zustimmende Ansicht äußerte, fand der Antrag einstimmige Annahme.

**Köpenick.** Der Stadthaushalts-Etat für 1903 balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 1.594.005 M. 42 Pf. An Steuern werden wie bisher erhoben 170 Proz. Zuschlag zur Staatseinkommensteuer, 170 Proz. Zuschlag zur Betriebssteuer, 250 Proz. Zuschlag zur Gewerbesteuer der I. und II. Klasse und 180 Proz. zur III. und IV. Klasse, und an Grundwertsteuer 3 M. vom Tausend. Im Ordinarium betragen die Ausgaben 766.855 M. 42 Pf., im Extraordinarium 827.150 M. Im letzteren sind neben mehreren regelmäßigen Beiträgen zu Bau- und Tilgungsfonds vorgesehen 800.000 M. zum Bau der elektrischen Bahn sowie zur Regulierung der Marienstr. 5000 M. zu Vorarbeiten für die Kanalisation und das Wasserwerk, 13.500 M. zur Regulierung des Kieggabens sowie zur Errichtung eines Kohlenwerks und einer Mühle, 2200 M. zum Umbau der Bade-Anstalt in der Gartenstraße, 1650 M. für Anschlagslöcher, 500 M. zur Errichtung einer Volksbibliothek und 300 M. zu Restamezwecken.

**Sommerurlaub für die Rixdorfer Gasarbeiter.** Die Arbeiter der städtischen Gasanstalt in Rixdorf hatten beantragt, ihnen einen Sommerurlaub zu gewähren. Mit der Frage beschäftigten sich vor einiger Zeit bereits die Gasanwalts-Deputation und die Bau-Deputation. Beide sprachen sich dahin aus, daß den Arbeitern der Gasanstalt, die bereits zehn Jahre in städtischen Diensten wären, ein Sommerurlaub von einer Woche mit Fortbezug des Lohnes zu gewähren sei. Die Gas-Deputation wollte jedoch für den Fall eines Verzichts auf den Urlaub die Prämie eines doppelten Wochenlohn gewähren, während die Bau-Deputation dies ausdrücklich ausschließen wollte. Jetzt hatte sich nun auch die Gewerbe-Deputation als die sogenannte socialpolitische Deputation zu der Gelegenheit zu äußern. Eine Prämierung des Verzichts auf Urlaub wurde ohne weiteres verworfen, und zwar einstimmig. Ein socialdemokratisches Deputationsmitglied warf ein, daß zehn Jahre Wartezeit denn doch etwas sehr viel wären, eigentlich sei doch jeder Arbeiter eines Urlaubs bedürftig. Von anderer Seite wurden gegen eine zu kurze Wartezeit besonders technische und finanzielle Bedenken geltend gemacht. Man einigte sich dahin, den städtischen Behörden anheimzugeben, den Arbeitern möglichst schon nach fünf Jahren einen Urlaub von einer Woche unter Fortbezug des Lohnes zu gewähren.

### Gerichts-Zeitung.

**Der kaiserliche Gänsebraten.** Ein umfangreicher Prozeß wegen Jahre hindurch fortgesetzter Vergehen gegen das Nahrungsmittelgesetz beschäftigte gestern in längerer Verhandlung die vierte Strafkammer des Landgerichts I unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Oppermann. Auf der Anklagebank hatten folgende Personen Platz zu nehmen: 1. die Schächtermeister-Chef Frau Emma Hildebrandt, 2. deren Schwager, der Schächter Friedrich Hildebrandt, 3. der Koch Eugen Jepernik, 4. der Handelsmann Kirchenbühl und 5. der Schächtergeselle Friedrich Schuller. Ein sechster Angeklagter, der Schächtermeister Heinrich Hildebrandt, der Ehemann der erkrankten Angeklagten, war nicht erschienen, sondern hatte sein Ausbleiben durch Krankheit entschuldigt. Heinrich Hildebrandt hat in seinem Geschäft nicht vorwärts kommen können. Nachdem er sich durch Leistung des Offenbarungseides seiner Schulden entledigt, richtete er seiner Ehefrau und seinem Bruder Friedrich Hildebrandt ein Restaurationslokal in dem Hause Linienstraße 200 ein. Das Geschäft wurde unter der Firma Hildebrandt u. Co. geführt, Inhaber waren die Ehefrau Hildebrandt und ihr Schwager Friedrich Hildebrandt. Heinrich Hildebrandt galt als Geschäftsführer, der zumeist den Einkauf besorgte. Die Firma Hildebrandt u. Co. wechselte häufig mit ihrem Lokale, von der Linienstraße verzog sie nach der Hustenstraße, von dort nach der Rosenhale- und von dort nach der Anwaltenstraße. Am 30. August v. J. erfuhr der Schächter Mag Hermann auf dem Polizeirevier und machte folgende Angaben: Er sei seit etwa einem Jahre bei Hildebrandt beschäftigt gewesen, habe jetzt seine Stellung aufgegeben und wolle nun Entschuldigungen machen über die unverantwortliche Art, wie die Inhaber der Firma

Hildebrandt u. Co. ihr Geschäft führten. Es wurde dort len Gästen nur Geflügel, hauptsächlich Gänsebraten, von kreierteerten Leren vorgelegt. Heinrich Hildebrandt fuhr des Morgens in der Frühe nach der Central-Markthalle und fragte dort die Großhändler mit beziehender Beherde, „ob sie etwas hätten“. Die Großhändler wüßten schon Bescheid, sie erwiderten in häufigen Fällen: „Hier ist etwas!“ und holten dann unter dem Tische in ihrem Verkaufshand Sätze hervor, in denen sich Gänse befanden, welche nicht frei auf den Tisch gelegt werden durften, weil sie sonst von dem revidierenden Tierarzt beschlagnahmt worden wären. Es seien Gänse gewesen, deren Aussehen schon ihre Rindwertigkeit verriet. Hildebrandt kaufte die Gänse und andres Geflügel im Sauf und Bogen, zumeist durchweg für eine Mark das Stück. In Hause angekommen, würden die Gänse ausgenommen und mit Salzwasser ausgewaschen, der Koch erhielt den Bescheid, bei der Zubereitung mit Zwiebeln und Gewürz nicht zu sparen und den Braten recht dunkel herzustellen. In dieser Form sei den Gästen das Fleisch vorgelegt worden. Viele hätten es dennoch gemerkt, daß es mit dem Fleische nicht in Ordnung war, hätten es auch getadelt und seien fortgeblieben. So hätte das Hildebrandtsche Geschäft beispielsweise in der Hustenstraße gegen 200 Mittagsgäste gehabt, die aber bald bis auf 60 zusammengeschnitten seien.

Auf Grund dieser Angaben Hermann ließ die Polizei am folgenden Tage eine tierärztliche Revision im Hildebrandtschen Lokal vornehmen. Der Tierarzt erschien zur Mittagzeit. Er stellte fest, daß der Gänsebraten, der den Gästen gerade vorgelegt war, auffallend dunkel gebraten war, dagegen einen schlechten Geruch nicht ausströmte. In der Küche befanden sich keine rohen Gänse und auf die Frage des Tierarztes, ob noch Vorratsräume vorhanden seien, erwiderte Heinrich Hildebrandt verneinend. Der Tierarzt ermittelte aber, daß noch ein kleiner Keller zum Lokal gehörte. Er besuchte auch diesen Ort. Er fand ihn angefüllt mit allerlei Gerümpel und einem Vieh, welches auf sein Viehtragen vom Koch zum Ruhen nach dem Mittagessen benutzt zu werden pflegte. Der Tierarzt hob die Weidende hoch und machte eine überraschende Entdeckung. Im Viehtragen, in Fleisch und Obst nebeneinander, viele Gänse. Nach dem Gutachten der Sachverständigen waren es Tiere, welche schon vor der Schlachtung kreierte waren. Auch in verschiedenen Akten verstreut wurden kreierte Gänse gefunden, im ganzen 41 Stück. Die Hauptverhandlung ergab die volle Schuld sämtlicher Angeklagten. Die drei Angeklagten Jepernik, Kirchenbühl und Schuller wurden überführt, den beiden Hauptangeklagten Frau Hildebrandt und Friedrich Hildebrandt bei ihrem strafbaren Treiben Hilfe geleistet zu haben. Kennzeichnend für den Charakter des letzteren war eine Bemerkung von ihm, die der als Hauptbelastungszeuge auftretende Schächter Hermann befandete. Dieser habe ihm eines Tages vorgehalten, daß es doch böse Folgen haben könne, wenn er den Gästen solche Speisen vorsehe. Darauf habe Hildebrandt erwidert: „Ach was, laß sie ma se . . . daran werden sie nicht gleich kreiern“. Die Sachverständigen begutachteten, daß derartige Fleisch, wenn auch nicht geradezu als gesundheitsschädlich, so doch als verdorben bezeichnet werden müßte. Die Angeklagten wurden aus § 19 des Nahrungsmittel-Gesetzes, beginn wegen Beihilfe dazu verurteilt, und folgende Strafen festgesetzt: Frau Hildebrandt 2 Monate Gefängnis und 500 Mark Geldstrafe, Friedrich Hildebrandt 4 Monate Gefängnis und 1000 Mark Geldstrafe, Jepernik 2 Wochen Gefängnis, Schuller 1 Woche Gefängnis und Kirchenbühl 30 Mark Geldstrafe.

### Witterungsübersicht vom 17. Februar 1903, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. 7/8 u. 9/10	Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. 7/8 u. 9/10
Eutinende	775	WSW	3heiter	-6	Haparanda	751	R	4heiter	-13		
Hamburg	778	WSW	2wolkenl	-4	Betersburg	770	WSW	2Schnee	-10		
Berlin	778	WSW	2wolkenl	-5	Cott	775	WSW	6bedeckt	9		
Kranf./M.	780	D	2wolkenl	-3	Überbeem	-	-	-	-		
Münster	779	SW	3heiter	-6	Paris	775	WSW	2wolkenl	-3?		
Wien	780	WSW	2wolkenl	-6							

**Wetter - Prognose für Mittwoch, den 18. Februar 1903.**  
Einmal gelinder, zeitweise wolkig bei lebhaften westlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge

## Neue Freie Volksbühne.

Sonntag, den 22. Februar, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Belle-Alliance-Theater: Vorstellung der III. Abteil.: Die versunkene Glocke.

Ein deutsches Märchenrama von Gerhart Hauptmann. Mitglieder zur III. Abteilung werden noch in allen Zahlstellen aufgenommen. Das Einschreibegeld beträgt 50 Pf., der Monatsbeitrag (inkl. Vereinschrift) 75 Pf.

Am gleichen Tage, nachmittags 3 Uhr, im Schiller-Theater O.: Extra-Vorstellung: „Ein Ehrenwort“

Schauspiel in 4 Akten von Otto Erich Hartleben. Karten für Mitglieder a 75 Pf., für Gäste a 50 Pf. sind in den Zahlstellen von H. Bohn, Kommandantenstr. 62; H. Beller, Gohlensdammstr. 9; H. Kaufhold, Wangenstraße 52; H. Hirsch, Rattenstraße 3, sowie beim Kassierer zu haben.

Der Vorstand. J. H.: Heine, Neff, Kassierer, Georgenkirchstr. 22, u. III. H. Lipkes Restaurant, Melchiorstr. 15. Kleiner Saal mit Piano zu Vereinen und Werkstättenungen noch einige Tage in der Woche zu vergeben. 5172\* Garten, Billard und Regelbahn, diverse Biere, große Küche 20 Pf.

# H. Greifenhagen Nachfg.

Brunnenstrasse 17. (Inh.: Trapp & Morris). Brunnenstrasse 17.

## Extraverkauf wegen Erweiterungsbaues.

**Die Extra-Preise**  
sind neben den bisherigen auf den Etiketten vermerkt.

**Alle Waren sind im Preise ermässigt**  
mit Ausnahme weniger Artikel, bei denen eine Herabsetzung unmöglich ist.

**Wir weisen darauf hin, dass eine derartige Gekogenheit selten geboten wird.**

**Nur einmaliges Angebot!**

Serie I.  
**Grosse Schmortöpfe, Bratpfannen, Kuchenformen, Kasserollen etc.** Wert 2,50 . . . . . jetzt 48 Pf.

Kaffeekannen, alle Formen und Grössen . . . . . jetzt 39 Pf.  
Salatschüsseln, rund u. oval, versch. Grössen . . . . . jetzt 38 Pf.

**Sämtliche Emaille-Waren kommen an diesen Tagen zu bedeutend ermässigten Preisen zum Verkauf.**

**Holz-Vogelbauer** mit Glas und Säulen . . . . . jetzt 1,25 M.  
**Paneelbretter** mit geschnittener Rückwand . . . . . jetzt 68 Pf.

**Braunes sogen. Feuerfestes Geschirr.**

Serie II.  
**Schmortöpfe, Bratpfannen, Kuchenformen, Kasserollen etc.** Wert bis 1,50 . . . . . jetzt 34 Pf.

**Porzellan, weiss**

Zuckerdose mit Deckel . . . . . jetzt 8 Pf.  
Milchtöpfe, verschiedene Grössen . . . . . jetzt 15 Pf.

**Holzwaren**

Uhrhalter, geschnitten . . . . . jetzt 27 Pf.  
Bürstentasche, geschnitten, 2teilig . . . . . jetzt 45 Pf.

**Nur einmaliges Angebot!**

Serie III.  
**Fischformen, kleine Tiegel, Schmalzbüchsen etc.** Wert 1 Mk. . . . . jetzt 20 Pf.

**Kaffee-Service** für 2 Personen, ff. dekoriert . . . . . jetzt 1,15  
Stellig, dekoriert . . . . . jetzt 1,05

**Bauern Tisch** m. viereckig, reich graviertes Platte . . . . . jetzt 2,85 M.  
**Schirmständer** in guter Ausführung . . . . . jetzt 1,78 M.

Verantwortlicher Redakteur: Carl Reid, in Berlin. Für den Inzeratenteil verantwortlich: Th. Glode in Berlin. Druck und Verlag: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.